

# ROTFUCHS

ZEITUNG DER GRUPPE BERLIN-NORDOST DER DEUTSCHEN KOMMUNISTISCHEN PARTEI

## Feindbilder?

Einer unserer vielen treuen Leser in Schwerin-Genosse Günter Buschow, dem wir so manchen guten Rat verdanken - zeigte sich darüber besorgt, daß wir den Hauptfeind nicht immer genügend im Visier hätten. Zwar sei es richtig und wichtig, Revisionisten in der Arbeiterbewegung, Opportunisten unter den Linken beharrlich zu attackieren und auch in den eigenen Reihen bisweilen eine scharfe Klinge zu schlagen. Doch das Feuer müsse auf jene konzentriert werden, die rechts und rechtsaußen stünden: die faschistoiden Kräfte in der CDU/CSU, die rabiaten CDU-Leute in der SPD und bei den Grünen; vor allem aber das Nazigesindel der NPD und andere vom Kapital für alle Fälle in Bereitschaft gehaltene Totengräber der bürgerlichen Demokratie: rassistische Kopffäger und Luntenleger, Ausländerhasser und Anbeter einer Neuauflage des Dritten Reiches, blutrünstige Feinde der Gewerkschaften und der linken Parteien.

Günter Buschow hat recht. Es genügt nicht, beim Leser vorauszusetzen und zu unterstellen, er wisse um unsere kompromißlose Entschlossenheit, den Kampf gegen die rechte Gefahr und ihre Träger - und zwar in einer breiten Phalanx aller linken und demokratischen Kräfte über ideologische und politische Unterschiede hinweg - zu führen. Man muß das Feindbild auch immer wieder schärfen, die Dinge beim Namen nennen und deutlich machen, daß wir unsere Verbündeten bei der Abwehr der faschistischen Drohung auch in jenen sehen, mit denen wir in anderen Fragen keinen gemeinsamen Nenner finden. Bis weit ins bürgerliche Lager hinein. Die Tatsache, daß sich nun eine breitgefächerte Allianz für das sofortige Verbot der faschistischen NPD und ihrer als Jugendorganisation drapierten Sturmabteilung JN, für die kompromißlose Zerschlagung aller Nazistrukturen formiert, ist ein ermutigendes Signal. Wir Kommunisten unterstützen diese Forderung mit allem Nachdruck. Mögen Verfassungsschutz, Polizei und Justiz der BRD den Beweis liefern, daß sie nicht immer auf dem rechten Auge blind sind! Doch wieder einmal entlarven sich deutsche Sozialdemokraten - vom NRW-Innenminister Behrens bis zu Bundesinnenminister Schily -, indem sie tausend legalistische Einwände gegen ein Stoppen der braunen Flut erheben. Man müsse die Faschisten - sie werden natürlich ebensowenig als solche bezeichnet wie die als Nationalsozialisten hofierten Hitleristen - einfach „wegwählen“, erklärte einer dieser Herolde der Demokratie. 6000 in

der Legalität „besser kontrollierbare“ NPD-Mitglieder bildeten keine Bedrohung der verfassungsmäßigen Ordnung, solange sie sich „an die Spielregeln“ hielten, vernahm man aus Fernsehkanälen. Wurden nicht zwischen 1928 und 1932 ähnliche Reden gehalten?

Übrigens - wir sprechen klipp und klar vom Feindbild. Wir unterscheiden dabei zwischen Feinden und Gegnern. Unser Hauptfeind - das ist im sozialen Sinne das Kapital, im politischen Sinne die Rechte, die seine Herrschaft stützt. Die derzeitige gefährliche Mobilisierung der extremen Rechten und deren Stimulierung durch die Medien lassen sich eindeutig mit dem Ausfall der CDU als intakter Trägerpartei des Systems erklären.

Die Gegner sehen wir vor allem in jenen, von denen uns ideologische Gräben trennen, ohne daß prinzipielle Differenzen die Verständigung in Einzelfragen ausschließen.

Hier ist vom Feindbild die Rede. Ist dieser Ausdruck nicht tabu? Gibt es da nicht Leute, die keine Feindbilder mehr kennen? Die im Überschwang des „Ankommen-Wollens“ gar behaupten, diese Begleiter des angeblich beendeten „Kalten Krieges“ seien verschwunden? Haben wir nicht solches gerade auch aus dem Munde von PDS-Politikern immer wieder vernommen? Wurde da nicht verkündet, das „Gerede vom Klassenfeind“ müsse endlich aufhören? Geht so manchem nicht das Wort „Klassenkampf“ gehörig auf die Nerven?

Die Preisgabe eines scharf umrissenen Feindbildes, ohne das man in der politischen Auseinandersetzung nicht bestehen kann, war eine entscheidende Voraussetzung für den Sieg der Konterrevolution in den Jahren 1989/90. Die Zerstörung des Wissens um Freund und Feind trug maßgeblich dazu bei, die noch kampfbereiten Genossen der SED und die staatsstreuen Bürger der DDR ideologisch zu entwaffnen. Sie war damit eine Bedingung der Kapitulation. Ja, Günter Buschow, wir behalten die echten und wahren Feinde fest im Visier, und wir messen uns mit unseren Gegnern. Wir blenden wir jene nicht aus, die dem Feind ungewollt in die Hände spielen. Die Zeit drängt zu Kampf und Widerstand. Wir haben keine Illusionen. Ganz im Sinne der Brechtschen Erkenntnis aus dem „Lied vom Klassenfeind“, daß der Regen nicht von unten nach oben fließen kann, „weil er's plötzlich gut mit uns meint“.

Klaus Steiniger



Feindbilder?	S. 1
Von Tonking bis Kosovo	S. 2
Kommunisten gehören zusammen	S. 3
Gegen Schmäher und Schönfärber	S. 4
Die Verweigerer und der Dieb	S. 6
12.000 überdauerten im illegalen Kampf	S. 7
Auf den Schultern von Engels	S. 8
Fall einer Diva	S. 9
Sind Kommunisten Patrioten?	S. 10
Heiße Luft und kaltes Kalkül	S. 11
Selbstgespannte Stolperdrähte	S. 12
Die Eigentore der DDR-Delegitimierer	S. 13
Weder Gnade noch Recht	S. 13
Schluß mit der politischen Verfolgung von Antifaschisten	S. 14
Marxismus-Leninismus in Asien	S. 15
Die Enkel Sen Katayamas	S. 16
*Reporterskizzen (26)	
Die Zukunft heißt Sozialismus	S. 17
Anklage gescheitert	S. 17
Zielklarer Kurs	S. 17
Mysteriöse Parteigründung	S. 17
Das größere Übel schlagen	S. 18
Kurzer Prozeß	S. 18
In schlechter Gesellschaft	S. 18
„Leuchtfeuer“ verbreitet Finsternis	S. 19
Eine Meinung zum Rotfuchs	S. 20
Stellungnahme	S. 20
Leserbriefe	S. 21
Anzeigen und Termine	S. 24

## Warum die Wahrheit immer der erste Kriegstote ist

# Von Tonking bis Kosovo

Im Golf von Tonking hat in jenen Tagen nichts stattgefunden. Trotzdem steht heute in Geschichtsbüchern, dort seien im August 1964 amerikanische Zerstörer einem Angriff nordvietnamesischer Torpedoboote ausgesetzt gewesen: Eine zählige Lüge, mit der Washington damals „Vergeltungsschläge“ gegen Hanoi begründete. Bismarck fälschte einst eine Depesche, um 1870 von seinem König die Zustimmung zur Kriegserklärung an Frankreich zu erpressen: die „Emser Depesche“. Mehr als fünf Wochen dauerte es 1914 nach dem Attentat von Sarajevo, bis die österreichisch-ungarische Regierung dem Druck aus Berlin nachgab und Rußland den Krieg erklärte. So begann der Erste Weltkrieg. Hitlers Lüge von einem „polnischen Überfall auf den Reichssender Gleiwitz“ stand 1939 am Anfang des Zweiten Weltkriegs. Und daß „das kommunistische Nordkorea 1950 Südkorea angegriffen“ habe, gehört ebenso in die verlogene Geschichtsschreibung des Imperialismus bis auf den heutigen Tag.

Schon immer stand am Beginn eines imperialistischen Krieges eine Lüge, war die Wahrheit das erste Kriegsoffer. Auch die NATO-Aggression gegen Jugoslawien wurde im Zeichen handfester Lügen entfesselt: Die Medien, NATO-Sprecher und ein Scharping verbeiteten wider besseres Wissen Horrormeldungen von Massenmorden und Massengräbern in Serbiens Provinz Kosovo und begründeten damit ihre „humanitären Maßnahmen“. Den 50. Jahrestag des Kriegsbeginns in Korea nutzten Medien, Politiker und „Geschichtsexperten“ des Imperialismus zum Aufwärmen der alten Lüge vom „Überfall aus dem Norden“.

Ich war im Frühsommer 1950 im Auftrag des Deutschlandsenders auf einer Reportagefahrt durch jenen Teil Koreas, der sich mit sowjetischer Hilfe von der japanischen Okkupation befreit hatte. Aus demokratischen Wahlen war die Koreanische Demokratische Volksrepublik hervorgegangen. 1948 hatte die Sowjetarmee dem Ersuchen der Obersten Volksvertretung der KDVR entsprochen und ihre Truppen aus Nordkorea zurückgezogen. Die USA-Regierung hingegen verzögerte den Abzug ihrer Einheiten. Sie hatte einen gewissen Syngman Rhee mit seiner Marionettenregierung eingesetzt. Dieser war in den USA, wo er 37 Jahre gelebt hatte, ausgebildet worden. Per Wahlfälschung hatte man ihn ans Ruder gebracht und mit Dollarspritzen und modernsten Waffen für seine Aufgabe fit gemacht.

Am 25. Juni 1950 waren für mich an der Grenze Reportagen und Interviews mit Soldaten, Offizieren und Einwohnern des Gebiets vorgesehen. Dazu kam es jedoch

nicht. Denn im Morgengrauen gingen Granatfeuer und Bombenhagel auf uns nieder, und ich war gezwungen, unter Zurücklassung meiner Geräte 35 Kilometer zurückzulaufen, um nicht in die Hände der Südkoreaner zu fallen. Es handelte sich nicht um eine der 2.617 Grenzprovokationen, derer sich die Koreanische Volksarmee zu erwehren hatte, sondern um den Beginn einer großangelegten Intervention. Zwei Tage vorher waren die Vorbereitungen dafür durch USA-Außenminister John Foster Dulles am 38. Breitengrad überprüft worden.

Das „timing“ war gut gewählt: Den UN-Sicherheitsrat hatte kurz zuvor der sowjetische Vertreter aus Protest gegen die Blockierung des chinesischen Sitzes durch Taiwan verlassen; er vermochte deshalb kein Veto einzulegen; im Juli 1950 aber hätte die Sowjetunion gar den turnusmäßigen Vorsitz des Gremiums übernehmen sollen. In erbitterten Kämpfen konnte die Koreanische Volksarmee den südkoreanischen Überfall zum Stehen bringen und die Aggressoren vor fluchtartigen Rückzug zwingen. Dokumente und Zeugenaussagen haben bewiesen, daß die bereitstehenden Amerikaner in den Krieg eingriffen und mit einem mörderischen Luftwaffeneinsatz Nordkorea besiegen wollten. Als sich nach massivem Bombenterror amerikanische Truppenteile der Grenze am Yalu näherten, schalteten sich chinesische Volksfreiwillige in die Kämpfe ein und warfen gemeinsam mit der Koreanischen Volksarmee - die Angreifer weit in den Süden zurück.

In dieser Phase eskalierte General Mac Arthur den Luftkrieg noch mehr. Seine Grausamkeit überstieg selbst das Maß der Massenbombardements in Europa während des Zweiten Weltkriegs. Hinzu kamen Blutorgien, Vergewaltigungen und Brandschatzungen durch amoklaufende GIs. Nach der zeitweiligen Befreiung Seouls hatte Mac Arthur sogar in einem Tagesbefehl erklärt: „Greift Euch Seoul! Die Stadt soll drei Tage Euch gehören! Koreaner sind anders als Amerikaner! Deshalb gibt es keinen Grund, Gnade walten zu lassen! ...“

So brach der menschenverachtende Rassismus durch wie einst in den Indianerkriegen und im Kolonialkrieg auf den Philippinen. Die Aggressoren, die fast an den Rand der Niederlage gebracht worden waren, konnten aufgrund ihrer waffentechnisch-materiellen Überlegenheit (die USA, Frankreich, Großbritannien, die Türkei und andere NATO-Staaten sowie Australien waren beteiligt und Japan leistete logistische Hilfe) wieder bis zum 38. Breitengrad vorrücken. Zum Ausgangspunkt ihrer Aggression. Doch

Amerika hatte seinen Krieg verloren ... Das alles begann vor 50 Jahren. In Bonn war man damals noch nicht so weit. So konnte man sich an diesem ersten großen NATO-Verbrechen, das mit der UNO-Flagge getarnt wurde, nicht beteiligen. Aber die Bundesrepublik und andere westeuropäische Staaten nutzten die Gelegenheit, um den Antikommunismus hochzupeitschen. „Die Kommunisten wollen Krieg!“ Die Medien stimmten in diesen Schreckensschrei ein. Konrad Adenauer beschwor im Bundestag die Abgeordneten: Angesichts der roten Gefahr brauchen wir eine starke Bundeswehr! Sie muß in die NATO!“ Angst wurde geschürt, der Antikommunismus erlebte einen hysterischen Aufschwung. Ältere werden sich an Adenauers Bundestagsausbruch erinnern: „Ich sage nur eins: China!“ Mit Blitz- und Sondergesetzen wurde gegen Kommunisten, linke Sozialdemokraten, Friedenskämpfer und besorgte Christen vorgegangen, der Kalte Krieg bis an die Grenze des heißen angefacht.

Vergessen (gemacht) ist heute, daß es damals den Warschauer Vertrag noch nicht gab. Die Deutsche Demokratische Republik trat diesem Friedensbündnis erst fünf Jahre nach der Aufnahme der BRD in die NATO bei. Eine „Mauer“ existierte ebenfalls nicht und es bestanden keine Reisebeschränkungen für DDR-Bürger. „Für Einheit und gerechten Frieden!“ war in jenen Tagen unsere Losung.

50 Jahre nachdem ich Augenzeuge der Aggression gegen Nordkorea wurde, sieht die Lage ganz anders aus. Die Gefahr ist noch größer geworden. Das Friedenspotential des Sozialismus in Europa besteht nicht mehr. Der Imperialismus hat freie Hand. Deutschland steckt wieder im Krieg. Deutsche Soldatenstiefel stampfen erneut über den Balkan. Eine auf den neuesten Stand der Waffentechnik gebrachte „flexible Eingreiftruppe“ soll die Bundeswehr werden - weltweit einsetzbar und im Bündnis mit diesen USA ...

Doch kehren wir zum Ausgangspunkt zurück: Die Wahrheit ist immer der erste Kriegstote. Das galt schon früher. Es galt auch für Korea, Tonking und Kosovo. Es gilt auch heute. Man sollte dabei bedenken: Allen großen Kriegen, die der Imperialismus seit 1945 entfesselte, war etwas gemein: Sie standen im Zeichen des Antikommunismus. Wer Frieden will, muß sich seiner erwehren!

**Karl-Eduard von Schnitzler**

**Diese Zeitung wird durch Spenden finanziert.**

## Die Wege führen aufeinander zu

# Kommunisten gehören zusammen

Auch mich bewegt der Gedanke, daß das imperialistische Deutschland eine große kommunistische Partei dringend braucht.

Die konkret-historische Situation nach der Konterrevolution von 1989/90 ist auf organisatorischem Gebiet aber derzeit folgende:

1. Ein großer Teil der deutschen Kommunisten, vor allem im Osten, gehört noch der PDS an und verfügt damit über keine eigenen Parteistrukturen. Diese Genossen sind mit dem Kurs ihrer reformistischen Führung zwar unzufrieden, hängen aber an der alten Partei und zeigen vorerst wenig Bereitschaft, diese zu verlassen, zumal sie zur Zeit noch keine Alternative sehen.

2. Die Kommunistische Plattform (KPF) erfaßt nur einen Sektor der PDS-Kommunisten; sie hält es offensichtlich nicht für sinnvoll, gegenwärtig den organisatorischen Bruch mit den Opportunisten zu vollziehen.

3. Die im Januar 1990 als Antwort auf den „Sonderparteitag“ der Gysi-Gruppe gebildete Kommunistische Partei Deutschlands (KPD) ist eine in sich abgeschlossene Gruppierung geblieben und hat derzeit kaum Aussicht, größeres Gewicht zu erlangen.

4. Einige tausend Kommunisten Deutschlands gehören der DKP an. Dazu zählen auch ostdeutsche Genossen, die die PDS verließen oder direkt aus der SED kamen. Die DKP-Ost war de facto eine Neugründung - und zwar im Rahmen einer historisch westdeutschen Partei. Diese Tatsache darf nicht verkannt werden, da bei den ostdeutschen Kommunisten das Bewußtsein der sich bis 1989 vollziehenden Herausbildung einer sozialistischen DDR-Nation mehr als bei jeder anderen gesellschaftlichen Gruppe ausgeprägt war. Vielen im Klassenkampf erfahrenen DDR-Kommunisten mit hoher Qualifikation, die einstmals bedeutende Verantwortung für die Geschicke ihres Staates trugen, fällt es schwer, mitzuerleben, wie andere „das Fahrrad neu erfinden“ wollen, statt auf ihre Kenntnisse zurückzugreifen. Seit 1989/90 sind sie mit mutigen und klassenkampfbewährten DKP-Genossen aus dem Westen in einer Partei vereint. Daraus ergab sich eine einmalige Chance. Beide Erfahrungsströme hätten zu einer bisher nicht dagewesenen Legierung verschmelzen können, aus der eine qualitativ neue Partei hervorgegangen wäre. Diese Auffassung ostdeutscher Kommunisten hat der PV in Essen nicht geteilt. So wird die DKP im Osten nur zögerlich angenommen. Ihre Mitgliederzahl wächst zwar, gemessen an dem objektiv vorhandenen Potential aber viel zu langsam.

5. Schließlich gibt es zahlreiche DDR-Kommunisten, die nach 1989 die SED oder die PDS verlassen haben und derzeit nicht organisiert, aber auf der Suche nach einer neuen politischen Heimat sind.

Heute, zehn Jahre nach der konterrevolutionären Zerschlagung der SED als marxistisch-leninistischer Partei, müssen verstärkt Wege gesucht und gefunden werden, um diese

unterschiedlichen kommunistischen Gruppierungen einander anzunähern und in gemeinsamen Aktionen zu verbinden. Hoffnungen auf die rasche Schaffung einer großen kommunistischen Partei haben sich nicht erfüllt. Es mißlang der Versuch, den politisch-ideologischen Niedergangsprozeß der PDS aufzuhalten; die KPD hat ihren Einfluß nicht ausbauen können, und die DKP hat mit ihrem bisherigen Politikstil gegenüber dem Osten wenig Aussichten, in der früheren DDR zu einer großen Partei anzuwachsen. Dennoch bin ich der Meinung, daß sich das Schicksal einer künftigen größeren und vereinigten kommunistischen Partei der BRD in Ostdeutschland entscheiden wird. Hier hat die Entwicklung der DDR tiefe Spuren hinterlassen. Die Tatsache, daß heute auf ihrem gesamten einstmaligen Gebiet ein bedeutender Wähleranteil - anders als im Westen - für die in den Augen der Bevölkerung linkssozialistische PDS votiert, zeigt deutlich, daß der Schwerpunkt der deutschen Linken im Osten liegt. Um so unverständlicher ist es, daß die DKP-Führung immer noch in Essen residiert. Die Zentrale einer kommunistischen Partei Deutschlands gehört in die Hauptstadt. Im roten Ostberlin, wo die PDS die stärkste Partei ist, könnten UZ-Pressefeste eine ganz andere Resonanz finden als im Westen. Hier leben die meisten Kommunisten Deutschlands - geradezu ein „Missionisgebiet“ für die DKP. Es ist nicht zu begreifen, warum der Parteivorstand diese Realitäten bis heute ignoriert.

Während unmittelbar nach dem Sieg der Konterrevolution von westdeutschen Genossen mit gutem Grund auf die fehlenden Kapitalismus-Erfahrungen der Ostdeutschen verwiesen werden konnte, trifft dieses Argument nach zehn Jahren „deutscher Einheit“ und der Ausprägung eines kolonialen Kapitalismustyps im Osten nicht mehr zu. Inzwischen wurden genügend Kenntnisse innerhalb dieses Systems erworben. Wer heute noch behauptet, die ostdeutschen Kommunisten müßten den Klassenkampf unter bürgerlichen Bedingungen erst erlernen, geht fehl. Sie besitzen jetzt Erfahrungen sowohl mit der Macht als auch im Widerstand gegen die Macht. So können sie ihr spezifisches Gewicht im Interesse der gemeinsamen Sache viel besser zur Geltung bringen. Keine geringe Bedeutung besitzt auch die erlebte Konterrevolution in der DDR. Hinzu kommt die tägliche Vor-Ort-Erfahrung mit der PDS - im positiven wie im negativen Sinne.

Wenn Umfragen bürgerlicher Medien zu dem Ergebnis gelangen, es bestehe in Deutschland ein gesellschaftliches Interesse an einer neuen 20-Prozent-Partei links von SPD und PDS, dann ist natürlich Vorsicht am Platze. Die Zahl dürfte sicher sehr hoch gegriffen sein und nur die wenigsten davon sehen sich bereits als Kommunisten. Doch wer hätte eine solche Sondierung sonst vornehmen können? Etwa das linksliberale ND, das die Meldung ganz und gar verlutete?

Meiner Ansicht nach geht es zunächst darum, in einer ersten Etappe ein kommunistisches Koordinationsbündnis ins Leben zu rufen, bei dem jeder in seiner Formation verbleibt. In einer zweiten Etappe müßte aus dieser Allianz die gemeinsame Partei hervorgehen. Sie sollte sich auf eine Reihe von Prinzipien verständigen. Dazu gehören aus meiner Sicht:

1. Akzeptanz des Marxismus-Leninismus, d. h. Anerkennung der Lehren von Marx, Engels und Lenin als der Klassiker des wissenschaftlichen Sozialismus.

2. Bejahung der vorrevisionistischen Sowjetunion, d. h. historisch exakte Bewertung der Oktoberrevolution und des Kampfes von UdSSR und KPdSU für den Aufbau des Sozialismus, im Großen Vaterländischen Krieg und für die Erhaltung des Weltfriedens.

3. Anerkennung von DDR und SED als der vorläufig höchsten Errungenschaft und der erfolgreichsten Partei der deutschen Arbeiterbewegung.

4. Klassifizierung der Rolle Gorbatschows und seiner Clique als Verräter nicht nur an der kommunistischen Bewegung und der sozialistischen Staatengemeinschaft, sondern auch in Bezug auf den gesellschaftlichen Fortschritt überhaupt.

5. Ablehnung antikommunistischer Kampfbegriffe wie „Stalinismus“ und anderer bürgerlicher Schlagworte.

Vor allem geht es im Sinne von Hans Heinz Holz darum, die Klarheit der Begriffe wiederherzustellen. Die Rückkehr zu eindeutigen marxistisch-leninistischen Termini und Definitionen ist eine unabdingbare Voraussetzung für wissenschaftliche Analysen und politisch-ideologische Präzision. Kompromisse in dieser Frage würden sich später rächen.

Ich weiß nicht, wie sich die DKP-Führung zu einem solchen Projekt stellt. Doch wenn es ernst um die Sache ist, der müßte Bedenken und Zurückhaltung überwinden können. Was die PDS-Führung betrifft, so wird sie sich der hier skizzierten Entwicklung mit Gewißheit entgegenstemmen. Sie will keine große und einheitliche kommunistische Partei zu ihrer Linken, zumal sie glaubt, die KPF weiter „unter dem Deckel“ halten zu können. Allerdings gibt es bestimmt auch Leute in der PDS, die „ihre“ Kommunisten gerne auf solche Weise loswürden.

Das hier Gesagte will nichts aufdrängen. Es ist ein Beitrag zur Diskussion, die nur fruchtbar sein kann, wenn jeder über den eigenen Tellerrand hinausschaut. Mit den Worten der 1993 vom Mannheimer Parteitag der DKP beschlossenen Thesen zur „Programatischen Orientierung“ wäre festzustellen: „... Unser Ziel ist, daß sich alle Kommunistinnen und Kommunisten in Deutschland in einer kommunistischen Partei zusammenfinden.“

**Bernhard Majorow**

## Warum die SED die erfolgreichste Partei der deutschen Arbeiterbewegung war

# Gegen Schmäher und Schönfärber

*Am 25. Juli 2000 hielt Genosse Ernst Heinz auf einer von etwa 70 Mitgliedern, Sympathisanten und Interessenten besuchten Versammlung der DKP-Gruppe Berlin Nordost einen Vortrag, den wir aufgrund seiner besonderen Bedeutung in dieser und der folgenden Ausgabe leicht gekürzt dokumentieren. Dabei überschreiten wir bewußt das für den „RotFuchs“ geltende Autorenmaß von einer Seite. Wir verzichten diesmal - auch wegen des Urlaubs unseres Chronisten Frank Mühlefeldt - auf die beliebte Rubrik „Aus dem Leben unserer Gruppe“.*

Unter dem Titel „Licht und Schatten“ brachte der „Rotfuchs“ in Nr. 28 den Artikel von Dieter Itzcrott zum Thema „SED - die erfolgreichste Partei der deutschen Arbeiterbewegung“. Auch ich will mich heute dazu äußern.

Seit ich vor 50 Jahren als Kandidat in die SED aufgenommen wurde und bis Ende November 1989 - damals war ich einer der Sekretäre der Berliner Bezirksleitung - habe ich mich immer verantwortlich gefühlt, für unser Tun und Lassen als Partei auch in der Öffentlichkeit einzustehen. Das war ja, besonders zum Schluß, nicht immer ganz einfach. Ich möchte Euch bitten, die Gedanken, die ich hier ausdrücken will, als Versuch und Diskussionsanstoß, nicht aber als Verkündung von Weisheiten zu betrachten. Es wird auch deutlich werden, auf welche Fragen ich keine Antwort weiß. Die SED - erfolgreichste Partei in der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung?

Diese Geschichte ist reich an revolutionärer Partei-Erfahrung. Vom Bund der Kommunisten, dem Marx und Engels das Manifest gaben, über ADAV und VDAV, die revolutionäre Sozialdemokratie August Bebels und Wilhelm Liebknechts, die Kommunistische Partei Karl Liebknechts und Rosa Luxemburgs, die Thälmannsche KP, aufrechte Sozialdemokraten bis zur SED, der vereinten Partei der deutschen Arbeiterklasse, war es ein widerspruchsvoller Weg und zugleich der Weg, der erst alle Erfolge und Errungenschaften des 40 Jahre an der Seite der Sowjetunion und der anderen Bruderländer existierenden, sich entwickelnden sozialistischen Staates der Arbeiter und Bauern auf deutschem Boden ermöglichte.

Erfolgreich war unsere Partei, solange und insoweit sie den Leninschen Prinzipien der Avantgarde-Partei, des bewußten und organisierten Vortrupps der Klasse gerecht wurde. Lenins Parteitheorie entstand unter den Bedingungen der Vorbereitung, Durchführung und Fortsetzung der sozialistischen Revolution, als die von Marx und Engels angenommenen materiellen Vor-

aussetzungen dieser Revolution und der sozialistischen Gesellschaft keineswegs bereits bestanden; es waren nicht die entwickelten kapitalistischen Industrieländer, in denen das Proletariat zur Revolution antrat; es war nicht die gemeinsame Weltrevolution; es war der Sieg dort, wo sich das schwächste Kettenglied des Imperialismus befand. So entstanden die kapitalistische Umkreisung mit heißem und Kaltem Krieg - beide auf Leben und Tod - und die Notwendigkeit der Verteidigung der Revolution gegen einen mächtigen Feind. All das mußte notwendigerweise auch den Aufbau der neuen Gesellschaft und die Methoden der Führung durch die Partei, z. B. das Verhältnis von Zentralismus und Basisaktivitäten und vieles mehr, beeinflussen. Und das galt auch für uns bis zum Ende der SED; das mußte gelten und mindert nicht, sondern bestätigt die Gültigkeit der Leninschen Parteauffassung.

Lenin stellte fest, daß die Avantgarde ihre Aufgaben nur dann erfüllt „... wenn sie es versteht, sich von der unter ihrer Führung stehenden Masse nicht loszulösen, sondern die ganze Masse wirklich vorwärtszuführen.“ (LW 33/213) Mit anderen Worten: Wenn sie unablässig wissenschaftliches Bewußtsein in diese Masse hineinträgt und sie zu bewußtem Handeln befähigt; wenn die Vorhut den werktätigen Massen dient. Ich möchte mich auf Lenins Rede zur Rolle der Kommunistischen Partei in der proletarischen Revolution und die vom II. Kongreß der Kommunistischen Internationale 1920 auf dieser Grundlage beschlossenen Leitsätze beziehen. Da heißt es in These I: „Die Kommunistische Partei ist ein Teil der Arbeiterklasse, und zwar der fortgeschrittenste, klassenbewußteste und deshalb revolutionärste Teil. Die Kommunistische Partei entsteht durch die Auslese der besten, klassenbewußtesten, selbstlosesten, weitblickendsten Arbeiter. Die Kommunistische Partei hat keine von den Interessen der Arbeiterklasse verschiedenen Interessen. Die Kommunistische Partei unterscheidet sich von der gesamten Masse der Arbeiter dadurch, daß sie den ganzen geschichtlichen Weg der Arbeiterklasse überschaute und an allen Wendepunkten dieses Weges nicht die Interessen einzelner Gruppen, einzelner Berufe, sondern die Interessen der Arbeiterklasse in ihrer Gesamtheit verteidigt. Die Kommunistische Partei ist jener politisch-organisatorische Hebel, mit dessen Hilfe der fortgeschrittenste Teil der Arbeiterklasse die gesamte Masse des Proletariats und des Halbproletariats auf den richtigen Weg führt.“ (Lenin. Rede über die Rolle der Kommunistischen Partei. Anhang. Dietz Verlag 1959, S. 7)

Als SED haben wir den Anspruch erhoben,

führende Kraft der Entwicklung der DDR zu sein. Damit tragen wir die Hauptverantwortung sowohl für die Erfolge als auch für die Niederlage im Kampf. Es fragt sich: Sind wir diesem Anspruch gerecht geworden? Ich finde: ja und nein.

Ja - über weite Strecken, sicher auch da mit Einschränkungen, aber anders wäre die erfolgreiche Entwicklung der DDR nicht erklärbar, wäre die Tatsache nicht verständlich, daß wir vier Jahrzehnte lang dem Druck der stärksten imperialistischen Macht Europas standgehalten sind.

Nein - zumindest in der letzten Periode nicht mehr, sonst wäre der Ausgang der Schlacht - auch wenn ich dabei berücksichtige, was von uns nicht zu beeinflussen war - anders verlaufen. Aber wenn ein Gysi heute die SED als „reaktionäre Partei“ verunglimpft, wenn jetzt ihre pauschale Verdammung erfolgen soll, wenn - wie Erich Hahn es ausdrückte - alles Gute der DDR irgendwelchen anonymen Kräften zugeschrieben, alles Finstere hingegen der SED angelastet werden soll, dann ist das platteste Lüge.

Indem sie die Einheit der deutschen Arbeiterklasse im Osten des Landes auf marxistischer Grundlage verwirklichte, wurde die SED zur größten Errungenschaft der deutschen Arbeiterbewegung. Sie erfüllte ihre historische Pflicht in der antifaschistisch-demokratischen Umwälzung, bei der Beseitigung der ökonomischen und ideologischen Wurzeln von Faschismus und Imperialismus in Ostdeutschland und beim Aufbau eines sozialistischen Staates der Arbeiter und Bauern, der die fortschrittlichste Verfassung und Verfaßtheit besaß, über die jemals ein deutscher Staat verfügte; sie erfüllte diese Pflicht bei der Gestaltung des Bündnisses der Arbeiterklasse, der Genossenschaftsbauern und der sozialistischen Intelligenz. Unter Führung der SED entstand ein entwickelter Industriestaat mit einem modernen Agrarsektor. Die Wirtschaft wurde geplant. Man überließ es nicht dem Markt, im Nachhinein festzustellen, ob und in welchem Maße die Produkte dem Bedarf entsprachen. Allein diese Planung, obzwar noch mit Unwissenschaftlichkeit und Bürokratie behaftet, und wenn auch oft der Mangel zu verwalten war - aber allein diese Planung mit ihren versuchten volkswirtschaftlichen Verflechtungsbilanzen - das war eine große Sache. Der in den 60er Jahren unternommene Versuch, ein ökonomisches System mit neuen, wahrhaft sozialistischen Triebkräften für wirtschaftliches Handeln zu schaffen, nämlich durch die bewußte Herbeiführung konkreter Übereinstimmung der Interessen der einzelnen Werktätigen, ihrer Kollektive und Betriebe mit den gesamtgesellschaftlichen Erfordernissen - all das ist von bleibendem Wert.

Weder unser festes Bündnis mit der Sowjetunion und den anderen Staaten der sozialistischen Gemeinschaft noch unsere internationalistische Hilfe für die Völker der Dritten Welt, weder unsere sozialistische Landesverteidigung noch die Gestaltung friedlicher Koexistenz-Beziehungen zu den kapitalistischen Staaten, darunter der BRD, wären ohne die SED denkbar gewesen. Die Schaffung eines in der Welt anerkannten Bildungssystems, der Zugang zu den Gütern der Kultur für jeden, Gesundheits- und Sozialfürsorge, Geborgenheit vom Kindes- bis zum Greisenalter, die Gleichberechtigung von Mann und Frau, die Entwicklung wahrhaft humaner zwischenmenschlicher Beziehungen und einer hohen sozialistischen Moral - nichts wäre gegangen ohne unsere Partei und deren führende Rolle; ohne daß die Menschen sich von unserer Partei führen ließen über weite Wegstrecken und nicht etwa als die Unwissenden, die Dummen, die man an der Nase herumführt.

Die unter Führung der SED vollzogenen gesellschaftlichen Veränderungen waren zutiefst demokratischer Natur - auch wenn sozialistische Demokratie in unterschiedlicher Qualität verwirklicht wurde. Sie trugen den Charakter der sozialistischen Revolution und waren und sind bislang ohnegleichen auf deutschem Boden.

Nun haben wir aber eine bittere Niederlage erlitten, und diese Niederlage, ihre Ursachen, die daraus zu ziehenden Lehren werden uns wohl nie mehr loslassen. Sicher gibt es objektive und subjektive Faktoren. Der dreifache Anspruch, dem Imperialismus paroli zu bieten in der Rüstung, in der Beherrschung der wissenschaftlich-technischen Revolution und hinsichtlich des materiellen Lebensniveaus der Menschen überstieg objektiv unser Vermögen. Sicher haben wir die noch vorhandenen Entwicklungspotenzen des Kapitalismus unterschätzt, auch seine Einflußmöglichkeiten auf viele Bürger der DDR, die niemals das Positive ihres Landes verlieren, aber außerdem Reisen, Autos, verschiedene Konsumgüter haben wollten.

Unsere sozialen Errungenschaften waren selbstverständlich geworden; um die Sozialpolitik weiter auszubauen - über das ökonomisch Abgesicherte hinaus -, entfernten sich Beschlüsse und Vorhaben von der nüchternen Einschätzung der Realitäten. Subjektivismus und Voluntarismus griffen um sich. Ich sehe die Ursachen unserer Niederlage sowohl in Bereichen, die zu beeinflussen uns unmöglich war - ich nehme hier nur das Wegbrechen der Hauptmacht des Sozialismus mit allen politischen und ökonomischen Folgen daraus -, als auch in den Mängeln, die wir als SED selbst zu verantworten haben. Verdienstvoll hat sich die SED gegen die revisionistischen Einflüsse aus der KPdSU unter Gorbatschow gewehrt, um dann selbst im SED-SPD-Papier zum „Streit der Ideologien“ eben diesen Einflüssen zu erliegen; nämlich den Illusionen der Friedensfähigkeit des Imperialismus, eines „Wettbewerbs“, welche Gesellschaft den Menschen mehr zu

bieten hat, ohne zu beachten, daß das Kampffeld dafür durch vom Kapitalismus erzeugte Bedürfnisse bestimmt wurde, zu deren Befriedigung er die Völker besonders der Dritten Welt und die Naturressourcen der Menschheit gnadenlos ausbeutet.

Unverzeihlich für Marxisten-Leninisten waren das idealistisch-illusionäre Wunschbild-Herangehen an die Realitäten des Klassenkampfes, die fehlende nüchterne Analyse des erreichten Entwicklungsstandes des Sozialismus, das Nichtsehenwollen der tatsächlichen eigenen Lage, besonders in der letzten Phase der DDR, deren Schönfärbung in unseren Massenmedien. All das hat uns mindestens so viel Vertrauen gekostet wie die materiellen Probleme - nicht vorhandene Ersatzteile, verschlissene Maschinen, fehlende Investitionen usw.

Indem wir uns als Vorhut von den Massen entfernten, indem wir in der Praxis die Leninschen Prinzipien der Führungsrolle der Partei mißachteten, büßten wir unsere Führungsfähigkeit ein. Zu den subjektiven Gründen dafür, daß wir im Kampf unterlagen, zählt ganz bestimmt auch unser Unvermögen als Partei, in der kritischen Situation, in die wir geraten waren, und in die wir uns hineinmanövriert hatten, verständliche Antworten auf die drängenden Fragen zu geben, die von den Menschen gestellt wurden. Wir waren außerstande, sie zum Kampf für ihre ureigenen Interessen zu mobilisieren und überließen dem Gegner, der sie irreführte, schließlich das Feld.

Nun wird gesagt, der demokratische Zentralismus, die Disziplin, die gewohnte Unterordnung unter zentrale Entscheidungen, die dann ausblieben, hätten uns in diese Lage gebracht. Ich will nicht verhehlen, daß eine falsch verstandene Parteidisziplin bei uns eine Rolle spielte, auch bei mir persönlich, wenn ich heute zurückdenke; gerade das aber hatte seine Wurzeln nicht im Leninschen Parteiverständnis, sondern in seinem Gegenteil. Tatsächlich zählt m. E. unser in der Praxis gezeigtes vielfaches Nicht-Verstehen des Prinzips der Einheit von aktiv-schöpferischem Willen aller Parteimitglieder, ihrer Teilnahme am Meinungsbildungsprozeß und der Geschlossenheit der Partei bei der disziplinierten Durchführung der im Ergebnis freimütiger Diskussion gefaßten Beschlüsse ebenfalls zu den Ursachen unserer Niederlage. Als verhängnisvoll und unleninistisch betrachte ich heute unsere Einstellung, angesichts der Nähe des Klassenfeindes sogenannte Fehlerdiskussionen zu vermeiden.

Genosse Hans Heinz Holz stellt zurecht die These auf: Die KP darf nicht Motor nur in der sozialistischen Revolution sein und sich dann bei der weiteren Gestaltung des Sozialismus auf die Rolle eines Vollzugsorgans beschränken oder sogar, wie in der Sowjetunion, eine Defensiv-Linie zur Erhaltung des gesellschaftlichen Status quo beziehen. (Sozialismus statt Barbarei, S. 119 ff.) So war es falsch, daß ich als Sekretär der Bezirksleitung die Arbeit von

sieben Stadträten des Magistrats zu doublieren hatte, gefaßt unter dem Begriff „Parteikontrolle“, aber immer mit der konkreten, persönlichen Sachverantwortung, oft sogar für Kleinigkeiten.

Im Wechselspiel von Basis und Führung, wie es der demokratische Zentralismus vorsieht, überwog bei uns dann der Zentralismus, der Parteiapparat verschmolz fast mit der staatlichen Administration, das revolutionär-motorische Element der Partei ging oft verloren.

In einem Material des PDS-nahen Vercins „Helle Panke“ bemüht sich ein Herbert Mayer auf 60 Seiten um die These „Der ... als leninistisch begriffene Parteityp nach sowjetischem Vorbild“, die Entwicklung der SED als eine Partei von neuem Typus sei die Hauptursache der Niederlage (Heft 51 des Forscher- und Diskussionskreises DDR-Geschichte, S. 1, 59) In Wahrheit aber finden sich auch bei ihm nur Beweise dafür, daß gerade das Abweichen von den Leninschen Prinzipien der Partei zur Niederlage beitrug. Wo wissenschaftliche Analyse des erreichten Entwicklungsstandes und der sich bietenden realen Möglichkeiten durch Wunschenken, durch Subjektivismus ersetzt wurde, ja Selbstbeweihräucherung und Erfolgshymnen an die Stelle von Kritik und Selbstkritik traten; wo die enge Bindung Partei-Klasse-Masse verlorenging; wo der Feind unterschätzt und die klassenmäßige Erziehung vernachlässigt wurden - da sind die Ursachen der Niederlage zu suchen. Diese Bewertung ist für unsere Zukunft von entscheidender Bedeutung: Nicht die Leninsche Parteiauffassung, sondern ihre Mißachtung in der Praxis gilt es zu fürchten!

Könnte denn eine Partei, die sich nicht als bewußter Vortrupp, als mit einer wissenschaftlichen Gesellschaftstheorie ausgerüstete, organisierte Vorhut der Arbeiterklasse bewährt, die revolutionäre Umwälzung, die Errichtung der sozialistischen Gesellschaft herbeiführen?

Die Geschichte kennt kein Beispiel dafür, daß etwa irgendwo unter sozialdemokratischer Regie ein Stückchen Sozialismus herausgekommen wäre - es sei denn, man verwechselte die Kindergärten in Schweden mit der sozialistischen Gesellschaft.

Kann denn eine Partei, die innerparteiliche Demokratie als Schwatzbude versteht; in der jeder von allem überzeugt sein darf und gesellschaftswissenschaftliche Analyse von vornherein ausgespart bleibt; in der Politik als Resultante sich kraß unterscheidender, ja einander entgegengesetzter Handlungsrichtungen entsteht und zufälligen Kräftekonstellationen unterliegt - kann eine solche Partei die Gesellschaft umwälzen?

Sie wird es nie können, ganz abgesehen davon, daß die sozialdemokratischen Parteien es heute auch nicht mehr wollen, und in der PDS-Führung die revolutionär-marxistischen Kräfte nicht gerade die Mehrheit bilden; ein völliges Abgleiten ins Sozialdemokratisch-Nebulöse muß vielmehr befürchtet werden.

(Fortsetzung in „RotFuchs“-Nr. 32)

## Als Parteisekretär im „Karl-Liebknecht-Werk“ (3)

# Die Verweigerer und der Dieb

Am 7. September 1949 entstand aus der amerikanischen, der britischen und der französischen Besatzungszone die Bundesrepublik Deutschland. Damit wurde die Spaltung Deutschlands vollzogen, die praktisch schon mit der separaten Währungsreform, d. h. der Einführung eigenen Geldes im Westen, 1948 stattgefunden hatte. Einen Staat mit zwei verschiedenen Währungen gibt es nicht. Damit wurde deutlich, daß die auf den Konferenzen von Teheran (1943), Jalta (Februar 1945) und Potsdam (August 1945) beschlossene Politik einer gemeinsamen Antihitlerkoalition endgültig durch den Kurs zur Wiederherstellung des deutschen Imperialismus abgelöst worden war.

Für die SED - hervorgegangen aus der Vereinigung von KPD und SPD im April 1946 - entstand eine äußerst schwierige Situation. Es galt, trotz Demontagen und im Potsdamer Abkommen festgelegten Reparationsleistungen, trotz des beginnenden Embargos - keine Stahllieferungen aus dem Westen mehr - die Wirtschaft der DDR zu stabilisieren, das Leben der Menschen zu erleichtern. Es galt, mit vorerst wenig marxistisch-leninistisch gebildeten Parteimitgliedern die Bürger vom faschistischen Denken zu lösen und den Kampf der Nationalen Front um ein einheitliches, friedliebendes und demokratisches Deutschland fortzusetzen.

Viele Mitglieder der SED waren dem noch nicht gewachsen. Einerseits gab es Sektierertum und Radikalismus, den „Demokratischen Block“ - ein Bündnis auch mit Parteien wie CDU und LDP, die von bürgerlichen Politikern geführt wurden und sich teilweise gegen die Enteignung der Kriegsverbrecher und Naziaktivisten stellten - lehnten manche Genossen ab. Andererseits gab es opportunistische und revisionistische Tendenzen - eine Folge des Einflusses des fanatischen Antikommunisten Kurt Schumacher, der im Westen die SPD führte. So verließen Erich W. Gniffke und andere den SED-Parteivorstand und gingen nach dem Westen, auch Bruno Gleitze, ehemals SPD, jetzt Präsident der Staatlichen Zentralverwaltung für Statistik, also ein Mann, der alles wußte, was die DDR betraf.

Um die Partei zu festigen, wurde beschlossen, im 1. Halbjahr 1951 eine Überprüfung aller Mitglieder durchzuführen. Das war nicht nur nötig, sondern inzwischen auch möglich geworden. Sechs Jahre nach dem Krieg konnte man feststellen, ob zum Beispiel der Häuer Josef Rudanski aus Beuthen, Oberschlesien, wirklich Häuer, oder vielleicht ein Nazi-Steiger gewesen war. Und ob der Dr. med. Lehmann, promoviert an der Universität Königsberg, oder der Dipl.-Ing. Schulze, Technische Universität Breslau, in Wahrheit nicht Sanitätsfeldwebel der Wehrmacht bzw. Meister in einer Rüstungsfabrik in Oppeln gewesen waren. In der ersten Nachkriegszeit hatten wir jeden, der es wollte und von

dem keine Beteiligung an Naziverbrechen bekannt war, in die Partei aufgenommen - eine Kontrolle ihrer Vergangenheit war oft noch nicht möglich gewesen. Insgesamt wurden im Ergebnis der Überprüfung 7,3 % der Mitglieder und 3,4 % der Kandidaten ausgeschlossen und gestrichen; oder sie traten selbst aus.

Im „Karl-Liebknecht-Werk“ - unserer Schachanlage - hatten wir keine politischen Probleme mit der Überprüfung. Es gab weder Schumacher-Anhänger noch linksradikale „Ultra-Kommunisten“, der Aufruf zum Streik gegen den Technischen Direktor (s. RF Nr. 30) hatte andere Gründe. Aber von den 2 000 Genossen - die Belegschaft umfaßte 7 000 Mann, auch einige Frauen in der Verwaltung - wollten sich 200 nicht überprüfen lassen! Das waren die sogenannten Verweigerer.

Aber es durfte nicht sein, daß die Partei 200 Arbeiter, Bergleute, verlor! Was also tun? Die Verweigerer wollten nicht mit uns reden. „Hab' kei' Zeit! Muß um sieben Uhr elf ci'fahr'n!“ „Na, dann nach der Schicht!“ „Nee, muß den Bus kriegen, sonst kann ich nach Stollberg loof'n!“ „Nächste Woche hast Du Spätschicht, da kommst Du 'ne halbe Stunde früher, dann reden wir. Oder willst Du die Partei im Stich lassen?“ „Nee. Aber Ihr mit Euren seitenlangen Fragebögen und dann dem handschriftlich geschriebenen Lebenslauf! Ich setz' mei' Nam' unter die Lohnlist', alles Schriftliche macht mei' Fraa!“ So war das also: Der Genosse war praktisch ein Analphabet! Und die anderen Verweigerer waren es auch. Das erklärt sich aus dem Lebensweg vieler Bergleute. Von den acht Klassen Volksschule hatten sie vielleicht drei oder vier besucht. Sitzengeblieben, geschwänzt, geschlafen. Denn schon das Leben des Sohnes eines Bergmanns war hart. Kartoffeln auf dem winzigen Feld neben dem armseligen Häuschen anbauen, im Wald Holz sammeln, hacken usw. Dann, mit vierzehn, Knecht bei einem Großbauern, bis genügend Muskeln gewachsen waren, um in die Grube einzufahren. Lesen? Niemals! Radio hören? Besaß man denn eins?

Nachdem ich das begriffen hatte, beauftragte ich den Strombach Willi, sich der Verweigerer anzunehmen. Der war so Mitte fünfzig, hatte mal seinen Arm nicht rechtzeitig weggezogen, als die Kohle niederbrach. Der Arm war platt, Willi Invalide. Er arbeitete als Instrukteur der Parteileitung. War vor 1933 in der SPD gewesen, hatte auf dem Schacht die Vereinigung mit organisiert. Er kannte alle 2 000 Genossen, auch deren Familien, von den parteilosen Bergleuten die meisten. Willi griff sich die Verweigerer, füllte 200 Fragebögen aus, verfaßte 200 handschrift-

liche Lebensläufe. Wir brauchten niemanden zu streichen.

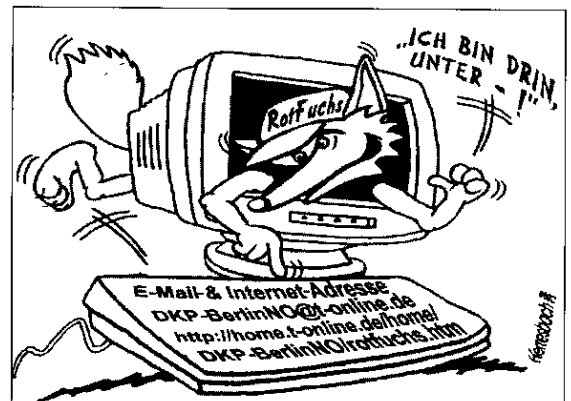
Aber außer den Analphabeten gab es auch noch andere, mit denen wir so unsere Probleme hatten. Da war der Dieb. Auf dem Friedrich-Engels-Schacht gab es einen kleinen Raum mit Platz für ein Dutzend Stühle, einen Tisch, ein Schränkchen mit Glasscheibe. Da wurden die Gruppenversammlungen und das Parteilehrjahr durchgeführt, jeweils eine halbe Stunde, damit die Bergleute ihre Busse oder Bahnen erreichten. Im Schränkchen standen Bücher, unter anderem „Marx/Engels Ausgewählte Schriften“ vom Verlag für fremdsprachige Literatur, Moskau 1951. Und die beiden Bände waren eines Tages weg! Geklaut!

„Ich weiß, wer's war!“ Einer der Genossen, sie waren alle stinkwütend, nannte den Namen des Diebes. „Na, wenn der ausfährt, den greifen wir uns, der hat dann nichts zu lachen!“

Der Dieb kam. Die Genossen fielen über ihn her. „Mal langsam“, sagte ich. „Die Bände von Marx und Engels sind keine Ikonen, keine Marienbildchen, denen man sich nur mit ehrfurchtsvoller Scheu nähern darf!“ „Warum hast Du die denn geklaut?“ „Na, ich wollt' malläs'n, was die so geschrie'mham!“ „Und was glaubt Ihr wohl, was Marx und Engels gesagt hätten, wenn ein Bergmann ihre Schriften geklaut hätte, um sie zu lesen?!“, fragte ich die Genossen. Schweigen. Dann: „Racht haste!“ Ich: „Wie hat's Dir denn gefallen?“ „Na, das Manifest kannte ich ja schon. Aber das Vorwort zur Kritik der politischen Ökonomie - das is was! 'Lohn, Preis und Profit' hab' 'ch aber nicht verstanden. So viele Fremdworte, und die Rechnerei mit Pfund und Sterling. Aber Engels 'Von der Autorität'! So ist's richt'ch. Es war auch gut, daß Du den Streik gegen den Technischen Direktor verhindert hast. Ohne einen, der was kann, ohne Disziplin und Autorität keine Industrie, sondern zurück zum Handwerk.“

„Aber bezahl'n muß er!“ Der Dieb holte zwanzig Mark aus der Hosentasche. „Hier. Nix rausgeben, den Rest in die Parteikasse!“ „Also dann: Glück auf!“ „Glück auf!“

Walter Florath



**KPD-Veteran Kurt Erlebach über die schweren 50er Jahre**

## 12.000 überdauerten im illegalen Kampf

Kurt Erlebach, 1922 in Landshut (Schlesien) geboren, lebt seit 1946 in Hamburg, wo er ab 1949 als KPD-Abgeordneter der Bürgerschaft angehörte. Bis 1953 war die Partei dort mit fünf Mandatsträgern vertreten. In sowjetischer Kriegsgefangenschaft kam Kurt zum ersten Mal mit kommunistischen Antifaschisten in Kontakt. Er lernte Leute vom Nationalkomitee Freies Deutschland kennen und schloß sich später der KPD an. Kurt sah sein Hauptbetätigungsfeld im Wirken unter der Jugend. Er trat der Freien Deutschen Jugend bei und wurde FDJ-Landesvorsitzender. 1954 wählten ihn seine Genossen in den Parteivorstand der KPD. Zum Zeitpunkt des Verbots - im August 1956 - hatte die Partei 84 000 Mitglieder. In der Illegalität sank deren Zahl auf ca. 12 000. Seit dem Verbotsurteil leistete Kurt Parteiarbeit im Verborgenen, bis schließlich im September 1968 die DKP konstituiert wurde. Von nun an war er viele Jahre Mitglied des Parteivorstandes.

Doch werfen wir einen Blick auf die 50er Jahre. Im Kampf gegen die Remilitarisierung bildete sich schnell eine breite Widerstandsbewegung. Die KPD spielte in ihr zwar eine wichtige Rolle, aber sie ging weit über die Partei hinaus. „Die Sache begann als ‘Ohne-mich-Bewegung’“, berichtet Kurt Erlebach. „Als die letzten Jahrgänge bis 1922 für die Bundeswehr erfaßt wurden, gab es eine ganze Reihe von Männern, die sagten: ‘Ohne mich!’ Aus einzelnen Verweigerern entstand schließlich die ‘Ohne-uns-Bewegung’. Alle beteiligten sich, die keine Wiederaufrüstung, keine neue westdeutsche Armee wollten. Konferenzen wurden veranstaltet, in den einzelnen Bundesländern Friedenskomitees gebildet. Ein zentraler Ausschuß koordinierte den Widerstand. An seiner Arbeit beteiligten sich sowohl Kommunisten als auch Menschen anderer Richtungen, darunter Sozialdemokraten. Am Ende verbot die Adenauer-Regierung die Friedenskomitees. Es kam zu Urteilen gegen einige ihrer Leiter. Die Antwort waren Massendemonstrationen.“

Die Bewegung wurde immer breiter. Nach Essen fand eine Friedenskarawane statt, bei der es zum ersten Mal einen Toten - Philipp Müller - gab. Er war ein Eisenbahner aus München und gehörte - wie Kurt Erlebach - zu den Organisatoren der Aktion. Die Polizei eröffnete auf die Demonstranten das Feuer. Mehrere Friedenskämpfer wurden verletzt. Die Schuld an den blutigen Geschehnissen schob man den Teilnehmern der Friedenskarawane in die Schuhe.

Kurt Erlebach erinnert sich an spektakuläre Flugblattaktionen jener Zeit. „Eine kleine Gruppe von FDJlern war auf den Hamburger Michel aufgestiegen. Sie hatte ein großes Paket Flugblätter mitgenommen, die von oben runtergeworfen wurden. Auch in der Bürgerschaft - dem Stadtparlament -

wurde eine solche Aktion unternommen.“ Stolz erzählt Kurt von der „Raketentruppe“. Die schoß mit einem selbstgebastelten „Raketenerwerfer“ ganze Bündel von Handzetteln hoch, die dann hinter anderen Häuserblocks landeten. Sofern richtig gezielt wurde. Eines Tages sollten die Flugblätter in der Mönckebergstraße runtergehen. „Doch Folgendes passierte: Die ‘Raketentruppe’ stand im Hinterhof, wo sich die Kanzlei eines Anwalts befand, der viele Kommunisten vor Gericht verteidigte. Von dort wollten unsere Genossen die Flugblätter über das Haus in die Straße schießen. Leider zieltensie zu kurz und trafen genau ins Büro von Anwalt Wessig. Der war Österreicher und hatte im 1. Weltkrieg in der Armee seines Landes gedient. Er meinte nur scherzhaft, die k. u. k.-Truppe habe auch oft zu kurz geschossen.“ Damals hatte man viele kühne Ideen. Bei Ansammlungen oder Kundgebungen nahm die „Raketentruppe“ den jeweiligen Platz unter Beschuß. Eines Tages schwebten zwei rote Fahnen mit dem Schriftzug KPD im Volksparkstadion nieder. Es war versucht worden, vor dem Fußballspiel Flugblätter zu verteilen, aber die Leute nahmen nichts an. Da ließen sich einige Genossen eben etwas einfallen. Im alten Stadion am Rothenbaum wurde das Grün des Rasens während eines Spiels mitten auf dem Platz an einigen Stellen immer heller. Man konnte schließlich die drei Buchstaben KPD lesen. Studenten hatten in der Nacht eine Mixtur draufgekippt, die genau zu dieser Zeit das Grün aus dem Gras herauslaugte. Ohne Zweifel eine Aktionsform, die bei den Bündnisgrünen heute auf barsche Ablehnung stoßen würde.

Bereits in der ersten Hälfte der 50er Jahre wurde die KPD durch Polizei und Justiz stark behindert. Es gab Verhaftungen und Verbote. Dem Urteil gegen die Partei gingen Richtersprüche gegen die FDJ und die DSF voraus. Nach der Entscheidung von Karlsruhe mußte die Arbeit der Partei völlig reorganisiert werden. Aber die KPD war auf den Tag X vorbereitet und setzte ihre Tätigkeit in allen Bundesländern fort. Aus den Wohngebietsgruppen wurden kleinere mobile Einheiten. Die Funktionäre, soweit sie nicht auf Beschluß der Partei in die Emigration gingen, waren in anderen Bezirken tätig. Der Parteivorstand verwandelte sich in ein Zentralkomitee. Kurt Erlebach gehörte ihm an.

Die Zeitung der Partei wurde zum wichtigsten Mittler unter den Genossen. Damit konnten sie ihr politisches Wirken auch weiterhin nach außen richten. „Wir kämpften vor allem um zwei Dinge“, berichtet Kurt Erlebach. „Erstens um das Recht auf freie Publikation. So versuchten wir mit Erfolg, neue progressive Zeitungen zu entwickeln, darunter das Hamburger ‘Blinkfuer’. Es erschien legal. In NRW und Bayern gab es ähnliches. Zweitens haben wir versucht, unsere Bürgerrechte durchzusetzen, indem wir bei der Bundestagswahl 1961 um die Kandidatur gekämpft haben. Unterschriften wurden gesammelt,

Versammlungen einberufen. Eshagelte Verbote. Polizei und Verfassungsschutz wurden zum ständigen Begleiter der Aktiven. Zahlreiche Prozesse fanden statt. Der Anklagevorwurf lautete: Fortführung einer verbotenen Organisation. Etliche Genossen waren jahrelang in Haft, viele andere erhielten kürzere oder Bewährungsstrafen. Initiativausschüsse gegen das Verbot entstanden im Zusammenwirken mit weiteren demokratischen Kräften, die sich ebenfalls für eine legale KPD in der Bundesrepublik einsetzten. Auch diese Ausschüsse sahen sich mit Verboten konfrontiert.“ Aber die Partei stand nicht allein. Den westdeutschen Kommunisten kamen ihre Genossen im Ausland zu Hilfe, vor allem aus der DDR. Die KPD hatte einen eigenen Sender. Er nannte sich „Deutscher Freiheitssender 904“ und stand bei Magdeburg. Die Station übertrug die neuesten Nachrichten über die illegale Arbeit der Partei oder zu Gewerkschaftsfragen - Berichte, die der sonstige Rundfunk unterschlug. Oft waren sie verschlüsselt. „612 bitte bei 313 melden“ oder „Rotkäppchen hat heute Schnupfen, deshalb nicht kommen“. Das waren Hinweise für die illegalen Kader oder einfach Ablenkungsmanöver. Die westdeutsche Polizei wußte natürlich, daß das etwas mit Nachrichtenübermittlung zu tun hatte, konnte den Code aber nicht brechen.

(Dieser Beitrag beruht - überarbeitet und gekürzt - auf einem Material von Karin Leukefeld, das in Langfassung als Buch unter dem Titel „Solange noch ein Weg ist ...“ im Verlag Die Werkstatt, ISBN 3-89533-161-9 erschienen ist.)

**Gerhard Feldbauer**  
**Agenten, Bomben,**  
**Staatskomplott**

Rote Brigaden,  
CIA und der Mord  
an Aldo Moro

 Papyrus

Sobald erschienen! Broschur, etwa 200  
Seiten, 28,00 DM/EUR 14,30/SFR  
26,00/ÖS 207,00 ISBN 3-89438-207-4

**Die Geschichte duldet kein Ausblenden von Tatsachen**

## Auf den Schultern von Engels

Obwohl die seit Ende 1843 erarbeitete Weltanschauung des Proletariats vor allem mit dem Namen von Karl Marx verknüpft wird, enthält sie eine Reihe grundlegender Elemente, die der am 5. August vor 105 Jahren gestorbene Friedrich Engels beige-steuert hat. Von nur einer solchen Position soll hier die Rede sein.

Im Januar 1844 - da war er noch keine 24 Jahre alt - schrieb Engels: „Uns fällt es nicht ein, die ‘Offenbarung der Geschichte’ zu bezweifeln oder zu verachten. Die Geschichte ist unser Eins und Alles und wird von uns höher gehalten als von irgend einer andern, früheren philosophischen Richtung, höher selbst als von Hegel ... Der Hohn gegen die Geschichte, die Nichtachtung der Entwicklung der Menschheit ist ganz auf der andern Seite ... Wir reklamieren den Inhalt der Geschichte; aber wir sehen in der Geschichte nicht die Offenbarung ‘Gottes’, sondern des Menschen, und nur des Menschen.“ (MEW 1, S. 545)

Das war nicht die überschwengliche, schwärmerische Formulierung eines jungen Mannes, der sich schon als Schüler des Gymnasiums zu Elberfeld gern mit Geschichte beschäftigte hatte. Das sollte sich vielmehr als der Schlüssel für seine wissenschaftliche Erkenntnis, für sein weltanschauliches und praktisches Schaffen sowie seine Wirkung und Überzeugungskraft in der internationalen Arbeiterbewegung erweisen. Man beachte nur solche Arbeiten von Engels wie „Die Lage der arbeitenden Klasse in England“, „Der deutsche Bauernkrieg“, „Dialektik der Natur“ (mit „Der Anteil der Arbeit an der Menschwerdung des Affen“), „Herrn Eugen Dührings Umwälzung der Wissenschaft (Anti-Dühring)“, „Der Ursprung der Familie, des Privateigentums und des Staats“, „Ludwig Feuerbach und der Ausgang der klassischen deutschen Philosophie“, „Die Mark“ oder die Ergänzung von 1895 zum 3. Band des Kapitals („Wertgesetz und Profitrate“) - überall findet man das gleiche Vorgehen: Man begreift das

Wesen eines gegenwärtigen Zusammenhangs am besten, wenn man die Umstände seiner Entstehung und die Haupttappen seiner Entwicklung rekapituliert, denn jeder reale Sachverhalt ist unter bestimmten Bedingungen entstanden und gewordenes Sein!

Diese Position von Engels entsprach auch der von Marx. In „Die deutsche Ideologie“, worin sie 1845/46 in Brüssel zum ersten Mal ihre materialistische Auffassung von der menschlichen Gesellschaft und deren Geschichte darlegten, befindet sich der vermutlich von Engels stammende Passus: „Wir kennen nur eine einzige Wissenschaft, die Wissenschaft der Geschichte. Die Geschichte kann von zwei Seiten aus betrachtet, in die Geschichte der Natur und die Geschichte der Menschen abgeteilt werden. Beide Seiten sind indes nicht zu trennen; solange Menschen existieren, bedingen sich Geschichte der Natur und Geschichte der Menschen gegenseitig. Die Geschichte der Natur, die sogenannte Naturwissenschaft, geht uns hier nicht an; auf die Geschichte der Menschen werden wir indessen einzugehen haben, da fast die ganze (bisherige - E. K.) Ideologie sich entweder auf eine verdrehte Auffassung dieser Geschichte oder auf eine gänzliche Abstraktion (Außerachtlassung - E. K.) von ihr reduziert. Die Ideologie selbst ist nur eine Seite dieser Geschichte.“ (MEW 3, S. 18)

Etwas ein Jahr zuvor hatte Engels in „Die heilige Familie“ andererseits davor gewarnt, das Verhältnis zur Geschichte zu vergöttern und unfruchtbar zu machen: „Die Geschichte tut nichts, sie ‘besitzt keinen ungeheuren Reichtum’, sie ‘kämpft keine Kämpfe’! Es ist vielmehr der Mensch, der wirkliche, lebendige Mensch, der das alles tut, besitzt und kämpft; es ist nicht etwa die ‘Geschichte’, die den Menschen zum Mittel braucht, um ihre - als ob sie eine aparte (abgeteilte - E. K.) Person wäre - ... Zwecke durchzuarbeiten, sondern sie ist nichts als die Tätigkeit des seine Zwecke verfolgenden Menschen.“ (MEW 2, S. 98)

Im gleichen Sinne sei auch daran erinnert, daß die Geschichte keine Person ist, die etwas lehren könnte; es sind nur die lebendigen menschlichen Individuen oder Gemeinschaften, die aus der Geschichte etwas lernen können.

Soweit die Betrachtungen der beiden Klassiker. Ihre Kenntnis und Berücksichtigung heute wie künftig ist für jede politische Partei, die eine kommunistische sein will, von lebenswichtiger praktischer Bedeutung. Hierbei handelt es sich nicht um „Nostalgie“, um keine gefühlsuseligen, unproduktive Beschäftigung eines „Trachtenvereins“ mit Vergangem, wie uns gelegentlich

gedankenlos oder bössartig vorgeworfen wurde.

Im Referat Heinz Stehrs auf dem 15. Parteitag wurde mit Verwunderung die Frage eines jungen westdeutschen Arbeiters zitiert, warum er eigentlich Mitglied der DKP werden solle. Könnte die gleiche Frage nicht auch von fortschrittlichen Menschen, die in der Deutschen Demokratischen Republik aktiv die sozialistische Gesellschaft mitgestaltet haben und nun eine politische „Heimat“ suchen, gestellt werden? Und zwar angesichts des ambivalenten Verhältnisses zur geschichtlichen Wertung der DDR in grundlegenden Reden und Beschlüssen der Partei?

Möge jeder die nun der Öffentlichkeit zugänglich gewordenen oder werdenden Materialien selbst prüfen. Ist es übertrieben, wenn ich - um der Verdeutlichung des Problems und der produktiven Diskussion willen zugespielt formuliert - mich nicht des Eindrucks erwehren kann, daß sich maßgebliche Kräfte der Partei auf ihre Weise ähnlich zur DDR verhalten, wie andere westdeutsche Politiker nach 1989/90? Historische Wahrheiten werden einfach ignoriert, geschichtliche Tatsachen, die nicht ins Konzept passen, ausgeblendet.

Nach dieser Vorgehensweise haben der mit der Oktoberrevolution 1917 eingeleitete weltgeschichtliche Übergangsprozeß zum Sozialismus und die jahrzehntelange - durchaus nicht von Fehleinschätzungen und Mängeln freie - reale Gestaltung der ersten sozialistischen Gesellschaft auf deutschem Boden nicht oder bestenfalls als Versagen, als Zusammenbruch und Zerschlagung stattgefunden. In wichtigen Dokumenten einer deutschen kommunistischen Partei ist kein Platz für eine angemessene Würdigung des weltgeschichtlichen Ereignisses DDR! Das scheint mir ein dialektisch-materialistisches Verhalten zum historischen Prozeß zu sein.

Eine im Engelschen Sinne sachkundige Untersuchung der seit 1989/90 entstandenen Lage in Deutschland, in Europa und auf der Welt sowie der ihr innewohnenden Elemente, Triebkräfte, „Umschmelzungen“ und möglichen Entwicklungsrichtungen muß doch mindestens den Umstand zur Kenntnis nehmen und nutzen, daß es in der heutigen BRD, in Osteuropa, Asien und der Karik Millionen Menschen gibt, die jahrzehntelang unter sozialistischen Bedingungen gelebt, gearbeitet und produziert haben.

Wir sollten - auf „den Schultern“ von Friedrich Engels stehend - das Studium der Geschichte produktiv, konstruktiv, ohne Auslassungen und somit im besten Sinne des Wortes modern betreiben.

Übrigens finde ich, daß dabei auch die vom DKP-Landesverband Brandenburg monatlich herausgegebenen „Roten Kalenderblätter“ eine parteiweite Verbreitung über das derzeitige Maß hinaus verdienten.

**Eike Kopff**





## Wie die Lieblingspartei des Kapitals zur Statistin wurde

# Fall einer Diva

Bei der CDU-Parteispendenaffäre - eine verniedlichende Bezeichnung für die Sache - sind immer noch viele Fragen offen, z. B. zum Woher und Wohin von Geldern oder dazu, wer was wußte bzw. nicht wußte; das wird wohl undurchsichtig bleiben. Aber es gibt wichtigere Fragen. Haben wir es mit einem der seit langem üblichen Parteienskandale zu tun? Geht es nur um finanzielle Unregelmäßigkeiten oder steckt mehr dahinter? Wieso kann die jahrzehntelange Lieblingspartei des Großkapitals plötzlich öffentlich so demaskiert und halb stranguliert werden, ohne daß jemand schützend eingreift? Ist das einfach ein Sieg des demokratischen und rechtsstaatlichen Bewußtseins, oder hat die CDU etwa vorerst ausgedient, sollte sie geduckt werden? Nicht alles läßt sich von außen schlüssig beantworten. Die Krise, in die sich die CDU unter Kohl gestürzt hat, trägt nicht nur das Merkmal einiger Unregelmäßigkeiten und Ungesetzlichkeiten bei Parteispendingvorgängen. Und Kohl und sein Clan mauern bei deren Aufklärung gerade deshalb, um Schlimmeres, Brisanteres verdeckt zu halten: den fortschreitenden und schon fortgeschrittenen Abbau der bürgerlichen Demokratie im Gesamtsystem Bundesrepublik Deutschland. Deshalb konzentriert man alles auf Kohl, erklärt Frau Merkel die Ära Kohl für beendet. Es soll so aussehen, als ob damit alles geregelt, der Status quo ante hergestellt sei. Dem ist nicht so, denn die Affäre widerspiegelt vielmehr als einen traurigen Zustand der CDU, sie hängt mit dem Bestreben der Wirtschafts- und Finanzmächtigen zusammen, die vollkommene Herrschaft über Staats- und Parteienpolitik zu erlangen, oligarchisch zu regieren. Etwas zarter beschrieb seinerzeit der Chef der deutschen Bundesbank, Hans Tietmeyer, die Verhältnisse: „Die Politiker sind heute der Kontrolle der Finanzmärkte unterworfen.“ Damit wollte er freilich nur sagen, daß die Aktionen der Finanzmärkte so entscheidend sind, daß sich die Politiker nach ihnen richten müssen, wenn sie Erfolg haben wollen; doch bestätigt das die grundsätzliche Machtkonzentration, den Souveränitätsverlust der Politik. Insofern war das sogenannte System Kohl Bestandteil, und zwar der weniger gewichtige, in einem größeren oligarchischen System, das die Spitzen des Kapitals aufgebaut haben. Kohls autokratischer Stil entsprach dem. Er zielte darauf ab, die Regierungsmacht für die CDU mit allen Mitteln auf maximal mögliche Zeit zu sichern, gebündelt in der persönlichen Macht des Bundeskanzlers und Parteivorsitzenden. Gewissermaßen eine Art CDU-Staat.

Das Unternehmen endete jäh. Die CDU wurde abgewählt. Es wäre für sie indes nicht so dramatisch geworden, wenn nicht zwei Dinge hinzugekommen wären: Die Aufdeckung des Systems Kohl und der Finanzmanipulationen, wodurch die Partei in den Grundfesten erschüt-

tert wurde, und das gute Arrangement der von Schröder geführten sozialdemokratisch-grünstichigen Regierung mit dem Kapital - nach der Entfernung Oskar Lafontaines. Das alles macht es der CDU so schwer, in der Opposition wieder Tritt zu fassen. Über den vom Kapital abgesteckten Rahmen für die Politik kann sie auch beim Opponieren schlecht hinausgehen; aber der wird gut und im allgemeinen zur Zufriedenheit der Wirtschafts- und Finanzwelt von der SPD ausgefüllt. Eine fundamentale Opposition würde sich also gegen eine Partei in der Gunst des Kapitals richten und gegen die derzeit intakteste „Volkspartei“. Der Spiel- und damit Oppositionsraum ist somit ziemlich eng für die CDU, eine Folge der für alle geltenden Unterwerfung unter die Finanzmärkte, um noch einmal Herrn Tietmeyer ins Feld zu führen.

Wann und wie die CDU die Krise wirklich hinter sich lassen kann, hängt darum weniger vom Geschick der Merkel und Merz ab, als davon, wie die Wirtschafts- und Finanzgewaltigen nach Auswertung der Erfahrungen mit dem System Kohl künftig die Politik steuern werden. Man merkte es daran, wie der Vorsitzende des Industriellenverbandes (BDI), Herr Henkel, einerseits CDU/CSU zur Ordnung rief, indem er sie aufforderte, nicht die Steuerreform der Regierung Schröder zu vereiteln, und andererseits dieser zu verstehen gab, sie solle sich auch noch „ein bißchen bewegen“, natürlich entsprechend den Interessen des Kapitals. Beide Parteien stehen offenbar mehr denn je unter dessen Fuchtel. Das hat gar zu der kuriosen Erscheinung geführt, daß sich Herr Stoiber, der bayerische Landesfürst, bei der Wirtschaft beschwerte, sie übe einen unakzeptablen Druck auf die Union aus!

Nutzen aus der Krise und langen Handlungsunfähigkeit der CDU hat natürlich die Regierung Schröder gezogen, gewissermaßen als „Einäugige unter Blinden“. Ihr Ruf beim Volke wurde besser, besser als ihr Tun. Aber für wie lange? Wer sich den nicht gerade volkstümlichen Interessen des Kapitals, der Macht der Finanzmärkte so anpassen muß, kann schnell wieder Sturm erzeugen. Und die Wirtschafts- und Finanzgewaltigen denken keineswegs, sich zu mäßigen. Im Gegenteil. So wird das Diktat der Wirtschaft über die Politik, deren Entmündigung, weiter ausgebaut werden. Und der sozialdemokratische „Genosse der Bosse“ kann und will daran nichts ändern. Es widerspräche seinem Rezept für den SPD-Macherhalt. Die Weichen werden wie gehabt hinter den Kulissen gestellt, außerhalb des Parlaments. Demontage der bürgerlichen Demokratie heißt das Problem. Einige Kritiker dieser Entwicklung nennen es beschönigend Korporativismus. Demontage der Demokratie ist das eigentliche Problem des aufgeflogenen Systems Kohl, nicht der Parteispendingkandal an sich, nicht, wie viele

Gelder von wem und wie der gesetzlich vorgeschriebenen Verbuchung entzogen wurden.

Die zunehmende Diktatur des internationalisierten Kapitals kann neue Formen im politischen System gebären, ausgeprägtere oligarchische Strukturen und Vorgehensweisen, autoritären Herrschaftsstil, ohne formale Abschaffung parlamentarischer Institutionen. Und das sogenannte System Kohl war eben nicht nur Ausdruck für Unmoral, die „Moral“ der Mächtigen, sondern signalisiert die Tendenz zum Verlassen der demokratischen Staatsverfassung. So widerspiegelt der größte Parteienskandal in der Geschichte der BRD auch die im wahrsten Sinne des Wortes kapitalen Veränderungen, die sich aus der Potenzierung der Kapitalmacht im Zuge ihrer internationalen Organisation ergeben können. Da ist vieles noch offen.

Die CDU ist jedenfalls vorerst abgemeldet. Sie „befindet sich in einer existentiellen Krise“, sagte Frau Merkel. Und die großbürgerliche FAZ formulierte am 26. Juli: „Auf Bundesebene fällt die CDU als Machtfaktor gegenwärtig so gut wie nicht mehr ins Gewicht.“ Ich weiß nicht, ob hier übertrieben wird; auf jeden Fall belegt eine solche öffentliche Wertung, daß man oben derzeit nicht auf die Christdemokraten setzt. Wer hätte gedacht, daß die langjährige Lieblingspartei des Kapitals, die diesem beim Einfahren der überreichen Ernte aus der Angliederung der DDR so zu Diensten gewesen ist, daß die Diva auf der politischen Bühne so schnell zur Statistin herabgestuft werden würde!

Der Absturz aber war nicht nur hausgemacht, sondern vielmehr Ausdruck des möglichen Schicksals einer „Volkspartei“, die sich derart mit den Interessen der Finanz- und Wirtschaftswelt identifizierte. Darum kann es eben auch früher oder später die Schröder-SPD ereilen. Nur was dann, wenn die zweite „Volkspartei“ eine ähnliche Bruchlandung macht? Wohin würde dann das politische System der Bundesrepublik geraten? Eine letzte Frage. Von wem ist konkret die Rede, wenn der Begriff CDU fällt? Von der Gesamtheit der Partei, von der Parteibasis, von den Vorständen? Nein, es steht etwas anderes zur Debatte: die Machtstruktur der CDU. Daß diese nicht mit der Gesamtheit der Partei, ebensowenig mit dem Parteivolk, nicht einmal mit den Vorständen identisch ist, war ebenfalls aus dem erwähnten FAZ-Beitrag zu erfahren: „Nun zeigt sich, was es für die CDU bedeutet, sich für eine Vorsitzende entschieden zu haben, die sich zwar auf die Sympathie der Parteibasis stützen kann, in den eigentlichen Machtstrukturen der CDU aber ohne Rückhalt ist.“ Wir können fortfahren: Und da die Machtstrukturen der Partei auf die der Finanz- und Wirtschaftswelt ausgerichtet sind, fehlt der neuen Vorsitzenden offenbar auch dort der Rückhalt. Das kann einer Krisenüberwindung nicht dienlich sein. Frau Merkel hat die Ära Kohl für beendet erklärt. Aber weiß sie, ob er wirklich aus der Machtstruktur, in der er so lange das Sagen hatte, ausgeschieden ist?

**Dr. Hans Joachim**

## Zur Dialektik von Klassen- und nationalen Interessen

# Sind Kommunisten Patrioten?

Kurz vor seinem Sommerurlaub zog Bundeskanzler Schröder eine mit Zweckoptimismus vorgetragene Zwischenbilanz zu den Ergebnissen der ersten Halbzeit seiner Regierungstätigkeit. Deren Kardinalfehler besteht darin, daß Schröders Fazit mit der tatsächlichen Lage der Nation wenig gemcin hat. Glaubwürdiger wäre es gewesen, wenn sie auch folgende Sätze enthalten hätte: „Meine Regierung hat weder Kräfte noch Mittel gescheut, die anspruchsvollen Wünsche der Banken und Konzerne zu erfüllen. Das ist ihr gelungen und von berufener Seite bescheinigt worden. Wir machten in der NATO Dampf und zerbombten an der Seite der Amerikaner ohne UNO-Auftrag Jugoslawien. Wir waren federführend bei der Entwicklung der atlantischen Vorwärtsstrategie und reorganisieren jetzt die Bundeswehr, damit sie auch künftig allen Herausforderungen gewachsen ist.

Kriege kosten bekanntlich Geld. Darum hat meine Regierung einen strengen Sparkurs verordnet und einen harten Sozialabbau auf den Weg gebracht. Wir haben den Spitzensteuersatz von 51 % auf 42 % gesenkt, was einen Steuerausfall von rund 80 Milliarden DM verursacht. Wir holten uns bei diesem Steuergeschenk für die Topverdiener sogar die PDS ins Regierungsboot und brachten die neue CDU-Führung völlig durcheinander. Die 80 Milliarden-Lücke im Haushaltsgefüge werden wir mit einer höheren Mehrwertsteuer, mit der Streichung von Stellen im Staatsapparat und natürlich auch mit der Rentenreform stopfen. Bedauerlicherweise ist es kaum gelungen, neue Arbeitsplätze zu schaffen, da der leichte Rückgang bei der Zahl der Arbeitslosen fast ausschließlich auf altersbedingtem Ausscheiden aus dem Erwerbsleben beruht. Die gegenwärtige Konjunktur ist nur ein Ergebnis der von uns absichtlich herbeigeführten Euro-Schwäche, die einen Exportboom - vor allem in die USA - zur Folge gehabt hat.

Meine Regierung hat dafür gesorgt, daß endlich die noch lebenden Zwangsarbeiter entschädigt werden. Sie beteiligt sich an dem 10-Milliarden-Stiftungsfonds mit 5 Milliarden aus Steuermitteln, obwohl sie natürlich weiß, daß die 30 reichsten Familien unseres Landes diesen Betrag ohne Schwierigkeiten allein hätten aufbringen können. Aber wir wollen bei humanitären Aktionen den Staatsbürger nicht ausschließen.

Was unsere Justiz betrifft, so hat sie auch in meiner Regierungszeit zur Verteidigung des Rechtsstaates und der freiheitlich-antikommunistischen Grundordnung - vor allem durch Delegitimierung der DDR - nach Kräften beigetragen.

Leider sind die neofaschistischen Kräfte in meiner Amtszeit enorm erstarkt, die Ausländerfeindlichkeit hat erschreckende Ausmaße angenommen. Die meisten gewaltsamen Übergriffe haben sich - statistisch - übrigens im Westen zugetragen. Dagegen machen wir rücksichtslos Front, wie unsere Maßnahmen gegen die österreichische Konkurrenz in der EU beweisen. Denn es ist der Bundesregierung ernst

damit, wenn sie erklärt, alles dafür zu tun, daß die EU unter Führung Deutschlands die stärkste Wirtschaftsmacht der Welt wird.“

So etwa hätte es heißen müssen. Indes - Kanzler Schröder hatte eine andere Sicht und verschleierte seine Bilanz, was die Konzerne und deren Medien zu schätzen wußten. Wo aber bleibt die Stimme der Opposition? Hatte Gregor Gysi nicht feierlich versprochen, den Kanzler der Sozialdemokratie an August Bebel zu erinnern? Der aber forderte einst: „Diesem System keinen Mann und keinen Groschen!“ Doch die PDS hat jetzt im Bundesrat eine Steuerreform im Interesse der Superreichen mit auf den Weg gebracht, die selbst führende Politiker der CSU ob ihrer Generösität verblüffte.

Schröder verhält sich, wie das alle führenden Politiker der Bourgeoisie tun: Er gibt die Klasseninteressen des Bank- und Industriekapitals als nationale Interessen aus. In theoretischer Hinsicht geht es hier um die Dialektik der Beziehungen zwischen den Klassen und der Nation, um das Verhältnis von Klassenbewußtsein (der verschiedenen Klassen) und Nationalbewußtsein. Warum und wodurch gelingt es der bourgeoisen Minderheit der Nation immer wieder, ihre eigenen beschränkten Klasseninteressen als nationale Interessen und die Interessen der ausgebeuteten Mehrheit als antinational auszugeben? Das hat gewiß viele Ursachen. Die Bourgeoisie ist im Alleinbesitz der politischen und der ökonomischen Macht. Sie kann damit fast alles „regeln“. Und die antikommunistischen Massenmedien gehören zu den wichtigsten Instrumenten der imperialistischen Machtausübung. Sie entscheiden darüber, welche Informationen das Volk in welcher Verpackung erhält und was verschwiegen werden soll.

Es gibt aber auch historische Wurzeln, die wir in Betracht ziehen müssen. Aus objektiven Gründen spielte die Bourgeoisie die führende Rolle bei der Herausbildung und Entwicklung der deutschen Nation. Im Unterschied zur französischen Bourgeoisie verhielt sich die deutsche dabei ausgesprochen fortschrittsfeindlich. Während Frankreichs Bürgertum konsequent den Feudalismus bekämpfte, gingen seine deutschen Klassengenossen aus Furcht vor den revolutionären Kräften des Volkes ein reaktionäres Bündnis mit den Feudalen ein. Das hat die deutsche Nation, deren Einheit von oben erzwungen wurde, bis heute geprägt. Der Kniefall der Bourgeoisie vor dem Adel drückte auch dem sich in Deutschland entwickelnden Nationalbewußtsein seinen Stempel auf. Estrug von Beginn an nationalistische und reaktionäre Züge. Der auf diesem Hintergrund entstandene Antikommunismus erleichterte es später den Faschisten, die Macht in Deutschland fast legal zu erobern und ihr Schreckensregiment zu errichten. Seine Ideologie half schließlich der Adenauer-CDU, Deutschland zu spalten und die BRD zu einem Bollwerk gegen den Sozialismus auszubauen.

Eine richtige Politik in der nationalen Frage, von der sich jede kommunistische Partei leiten

lassen muß, ist vor allem von der Beachtung der objektiv bestehenden Wechselbeziehungen zwischen Klasseninteressen und nationalen Interessen abhängig. Die Vertreter des Opportunismus und des bürgerlichen Reformismus werfen den Marxisten-Leninisten vor, daß sie allein die Klasseninteressen anerkennen, die nationalen Interessen aber mißachten würden. Tatsache hingegen ist, daß die gesamte Garde der Revisionisten und Reformisten ihrerseits die Realität der Klassen und des Klassenkampfes leugnet, diesen jedoch im Interesse der Bourgeoisie gegen den die große Mehrheit verkörpernden „Rest“ der Nation ununterbrochen führt. Wie die Geschichte bewiesen hat, ist das klassenmäßige Herangehen der Marxisten-Leninisten keineswegs ein Hindernis für das Erkennen und Verfechten berechtigter nationaler Interessen. Im Gegenteil: In dem Maße, in dem die Bourgeoisie die nationalen Interessen verrät und über Bord wirft, ist es die Pflicht der Kommunisten, deren Verteidigung zu übernehmen. Das Nein von Karl Liebknecht von 1914 in der Bewilligungsdebatte des Deutschen Reichstags entsprach den nationalen Interessen des deutschen Volkes, während das Ja der übrigen Abgeordneten einem nationalen Hochverrat gleichkam. Ausgerechnet diese Mehrheit erlangte dann nach der militärischen Niederlage die berüchtigte Dolchstoßlegende, von der es nur ein Schritt zur blutigen Niederschlagung der Novemberrevolution und zur Ermordung der Begründer der KPD war.

Im Widerstand gegen Faschismus und Krieg, in Spanien und an der Seite der Roten Armee retteten deutsche Kommunisten und andere Antifaschisten die Ehre der Nation. Sie erwiesen sich als wahre Patrioten und Internationalisten. Die Hauptkräfte des deutschen Imperialismus und Militarismus aber stürzten die Nation in die tiefste Krise ihrer Geschichte, zerstörten fast ganz Europa und machten auch Deutschland zu einer Trümmerwüste. Es ist bewiesen, daß die CDU unter Adenauer aus Furcht vor der endgültigen Zerschlagung der Klassenherrschaft des Kapitals die Nation nach dem Zweiten Weltkrieg spaltete und der antinationalen Devise folgte: Lieber das halbe Deutschland ganz, als das ganze Deutschland halb. Der Osten, in dem dann mit der Deutschen Demokratischen Republik ein sozialistischer Staat als Träger eines neuen Patriotismus und Internationalismus entstand, wurde von der Bourgeoisie bewußt aus dem deutschen Nationalverband ausgeschlossen, was letztlich einen Prozeß der allmählichen Herausbildung zweier deutscher Nationen beförderte. Der erneute antinationale Hochverrat der Kapitalistenklasse trug entscheidend zur Entfesselung des Kalten Krieges im Herzen Europas bei. Er führte zu einer erbitterten Konfrontation auf deutschem Boden.

Zu diesem Thema wäre übrigens eine gründliche Diskussion wünschenswert. Dabei könnte auch ausführlicher dargelegt werden, wie sich bereits in der kapitalistischen Gesellschaft

*Fortsetzung auf Seite 11*

## Irrtümer einer Ökonomin, die es besser wissen sollte

# Heiße Luft und kaltes Kalkül

„Neues Deutschland“ widmete am 1. Juli 2000 dem zehn Jahre zuvor erfolgten Ausverkauf der DDR durch die „frei gewählte“ Volkskammer - gemeint ist das Inkrafttreten der „Währungsunion“ - nicht weniger als 10 Zeitungsseiten. Da ist die Rede von „Fehlern“, von „hätte“, „könnte“, „sollte“. Das beliebteste Wort ist übrigens „man“. Wer ist „man“? Christa Luft plauscht auf dem Sofa des ND mit dem früheren Unternehmerboß Tyll Necker über die Konterrevolution und über „man“.

Zur Sache: „Man entläßt (?) eine abgeschottete Wirtschaft“ in den „offenen Wettbewerb“, sagt Frau Luft neckisch. War sie nicht beteiligt an dem Beschluß zur Übergabe der DDR an die Herrschaft des Westgeldes? „Man mußte doch einfach um die Folgen wissen!“ Warum hat sie es nicht gewußt? Sie ist doch Ökonomin! „Man hätte Strukturpolitik, Regionalpolitik betreiben“, die Fördermittel (?) gezielter einsetzen müssen. Die unter der Modrow-Regierung eingeführte und vom deutschen Kapital ob ihrer Tauglichkeit für die restlose Zerschlagung des Sozialismus übernommene

*Fortsetzung von Seite 10*

die Spaltung der Nation vollzieht. Im Jahre 1902 bemerkte Lenin, der in London die krassen Klassengegensätze erlebte: „two nations“. Seine Wahrnehmung der „zwei Nationen“ in einer Nation gibt die soziale und nationale Realität des Kapitalismus wider, der die Nation durch unversöhnliche Klassengegensätze trennt.

Dennoch stellen die Marxisten-Leninisten klar heraus, daß die Existenz von antagonistischen Klassen innerhalb einer Nation und der erbitterte Kampf unter ihnen keineswegs die Aufhebung der Nation als stabile Menschengemeinschaft bedeutet. Die nationale Gemeinsamkeit - bedingt durch Sprache, Kultur, Territorium, Wirtschaftsform und Wesensart - verschwindet auch dann nicht, wenn sich die Klassenwidersprüche vertiefen. Aber wahr ist auch, daß die nationalen Interessen keinen „neutralen Schauplatz“ darstellen, wie es die Opportunisten und Reformisten hinstellen versuchen. Von der Bourgeoisie werden die nationalen Interessen mit den Klasseninteressen bewußt vermengt, um die antagonistischen Widersprüche zu verwischen, den bürgerlichen Nationalismus anzuhetzen und die Proletarier der verschiedenen Nationen zu entzweien. Nationale Interessen und nationaler Egoismus sind keineswegs dasselbe. Dieser geht immer davon aus, Privilegien für die eigene Nation zum Schaden anderer Nationen zu ergattern. Wer jedoch die objektive Realität berechtigter nationaler Interessen ignoriert, der gerät unweigerlich auf den Weg des nationalen Nihilismus. Dieser führt folgerichtig zum Sektierertum in der nationalen Frage und zur Isolierung der Arbeiterklasse von anderen werktätigen Klassen und Schichten der Nation. Er spielt damit den chauvinistischen und rechtsradikalen Pseudopatrioten direkt in die Hände.

**Prof. Kurt Tiedke**

Treuhandanstalt hätte „Fehler“ begangen, „zu spät“ mit der Sanierung (?) begonnen, „zu spät“ sich um Märkte bemüht.

Beim besten Willen kann ich keinen Fehler der „mans“ entdecken. Der Ablauf der Konterrevolution war geradezu lehrbuchhaft. Nach langfristiger ideologischer, materiell gestützter Vorbereitung, geglückter Aufweicheung großer Teile der SED wurde der erste und zugleich entscheidende Schlag geführt: Die „Übernahme“ der Währung des imperialistischen deutschen Staates durch die Noch-DDR. Damit war deren gesamtes Finanzsystem mit einem Hieb außer Gefecht gesetzt, das Volk enteignet, der Staat vollständig entmachtet - er hatte ja kein eigenes Geld mehr. Danach wurde der Staatsapparat lückenlos „ausgewechselt“. Lange vor dem 3. Oktober waren bereits sämtliche Schlüsselpositionen direkt oder durch „Berater“ besetzt. Die Leitungen der Banken, Schulen und selbst des Gesundheitswesens übernahmen „Fachleute“ aus dem Westen. Im Namen des „Rechtsstaates“ wurden die Justiz der DDR und die Volkspolizei von der unrühmlich belasteten BRD-Justiz und im Westen aufstiegsbehinderten Beamten der dritten Reservereihe unter Kuratel gestellt. Vor allem mußte die Großindustrie der DDR komplett zerschlagen werden. Das war, wie Tyll Necker sagt, „eine gigantische Leistung“ - für das Großkapital. Die Treuhandanstalt „schuftete“ rund um die Uhr.

Die Zerstörung hatte zwei Aspekte: einen politischen und einen ökonomischen. Zu allererst mußte die Konzentration der Arbeiter in den großen Kombinate beseitigt werden, um jeglichen potentiellen Widerstand (Beispiel Bischofferode) auszuschalten. Die Zersplitterung der Arbeiterklasse durch diesen Kohlschen Überraschungsangriff war eine konterrevolutionäre Meisterleistung und kein „Fehler“. Gleichzeitig erfolgte die komplexe Enteignung des ganzen Volkes. Die Kapitalistenklasse begriff weit besser, als es den demokratischen Sozialisten heute bewußt ist, daß das Eigentum an den Produktionsmitteln den Schlüssel zur Sicherung der Macht darstellt. Diese Expropriation mußte im Wege der Überumpelung vollzogen werden. Da war kein Platz für „Struktur- oder Regionalpolitik“. Erleichtert wurde der Gewaltstreik durch gewisse Idologen, die die Behauptung nachplapperten, es handle sich in Wirklichkeit gar nicht um Volkeigentum, sondern um den „Besitz des Politbüros“. Wenn dem so gewesen wäre - warum dann solche Eile und solcher Aufwand einer Treuhandgesellschaft mit vielen tausend Mitarbeitern? Es gab ja gar kein Politbüro mehr ...

Das ökonomische Ziel der Zerschlagung der DDR-Kombinate und des staatlichen Handels bestand vor allem im Niedermachen jeglicher Konkurrenz. Damit wurde der Diebstahl von Volkseigentum in der Industrie beinahe zur Ausnahme, die Vernichtung aber zur Regel. Die totale Liquidierung des sozialistischen Handels war auch kein „Fehler“, sondern notwendiger Bestandteil der Erschließung Osteuropas als zusammenhängender Markt für die Konzerne und die Großhandelsketten der BRD.

Tyll Necker verspottet die DDR-Bürger, indem er ihnen vorhält, sie hätten den „westlichen“ Goethe im Pappband der weit besser ausgestatteten DDR-Edition vorgezogen. Er verschweigt, wie rasant und mit welcher Brutalität der westdeutsche Großhandel der DDR-Bevölkerung binnen Tagen seine Waren aufzwang, sodaß das eigene Angebot auf der Strecke bleiben mußte.

An allem sind nach Christa Luft die DDR-Oberens schuld. Sie hätten die Wirtschaft „abgeschottet“ und damit wettbewerbsunfähig, die DDR-Bevölkerung aber heiß auf das Westgeld gemacht. Also saß das Politbüro in Bonn? Oder in Frankfurt am Main? Dort hat es das Embargo gegen die DDR erfunden?

In der Tat, dem „kapitalistischen Wettbewerb“ (den es schon längst nicht mehr gibt) dieser ökonomischen Aggressoren waren wir nicht gewachsen. Wir haben eben nicht - wie die Großbanken und Konzerne der BRD - andere Völker, ganze Kontinente gnadenlos ausgeplündert. Wer das wirtschaftliche Kräfteverhältnis einfach außer Betracht läßt und allein „Fehler“ ins Feld führt, der hat sich von der Politischen Ökonomie verabschiedet.

Christa Luft bedauert die Verschwendung von Steuergeldern, obgleich sie „einen Riesenrespekt vor dem Finanztransfer von West nach Ost“ hat. Glaubt Hans Modrow einstige Wirtschaftsministerin ernsthaft, daß das Kapital auch nur eine einzige Mark an das Volk der DDR verschenkt hat? Das klingt wie die naive Lösung von 1990: „Jetzt kommen die Banken und bringen das Geld“. In Wahrheit sind alle nur gekommen, um das Geld aus der „maroden“ DDR zu holen. Die Fördermittel für die „Investoren“ waren doch niemals für die Bürger in der Ostzone der BRD bestimmt! Dieser gigantische Finanztransfer ist eine riesige Umverteilung von Steuermitteln an die Banken.

Schließlich beklagt Frau Luft, daß die früheren DDR-Bürger außer „Freiheit, Meinungspluralismus und Westreisen nur Arbeitslosigkeit, zehnfache Mieten, 70 % des Einkommens der Westdeutschen und Sozialhilfe erworben hätten. „Nun sind wir doch aber ein Volk“, meint sie treuherzig. Hat auch nur ein einziger Monopolist oder Politiker der Bourgeoisie - von Adenauer bis Kohl - die Einheit des Volkes je gewollt? Das Volk war für sie ohnehin nur Stimmvieh und Manövriermasse. „Einheit des Volkes“ ist Leuten dieses Schlages ein suspekter Begriff, dessen Inhalt Gefahren birgt. Sie setzen lieber auf Macht über das Volk.

Die Annexion der DDR war die Voraussetzung für die Annexion Europas. Das funktionierte 1990 mit dem Überstülpen der D-Mark und klappt jetzt mit dem von Waigel erfundenen deutschen Euro. Wirtschaftsaggression auf der ganzen Linie. Es handelt sich um den dritten Versuch zur Eroberung der Weltmacht.

Doch zurück zum Ausgangspunkt. Der nur heiße Luft ausströmenden ND-Analyse zum zehnten Jahrestag der „Währungsunion“ steht das kalte Kalkül der konterrevolutionären Sieger vom Schlage Neckers gegenüber. Sie sind gefährlicher denn je zuvor.

**Norbert Pauligk**

## Wie im Vorfeld von Cottbus PDS-Politik gemacht wird

# Selbstgespannte Stolperdrähte

Zu den Reizthemen, die in der PDS-Programmdiskussion Zündstoff liefern, gehört die von „Reformern“ stammende Parole des „Ankommens in der Bundesrepublik“. Um Befürchtungen von PDS-Mitgliedern zu zerstreuen, mit dem „Ankommen“ sei die Einpassung ins kapitalistische System gemeint, äußerte Gregor Gysi unlängst: „Die PDS muß Teil der Gesellschaft sein, ... um sie verändern zu können.“ Auch das „Positionspapier“ der PDS-Grundsatzkommission verheißt, „systemkritische und antikapitalistische Opposition“ sein zu wollen.

Obwohl damit noch nichts Konkretes gesagt wird, hört sich das ganz passabel an. Die Probe aufs Exempel kann allerdings nur die politische Praxis liefern. Diese aber obliegt allein den PDS-„Reformern“. Denn die „dogmatischen Linken“ der Partei würden sich, fern jeder Realität, die Zeit mit dem Entwerfen utopischer Szenarien für die Weltrevolution vertreiben, behaupten die „Erneuerer“. Nähme man das Ganze für bare Münze, dann müßte man am Wirken der Reformer den Willen zur „Veränderung der Gesellschaft“ ablesen können. Da aber stößt man auf Erstaunliches. In Brandenburg hatte der Verfassungsschutz einen wegen Mordversuchs rechtskräftig verurteilten Neonazi gleich im Gefängnis als Spitzel unter Vertrag genommen. War das schon skandalös genug, so mußte demokratischen Sozialisten geradezu die Luft wegbleiben, als ruchbar wurde: Die Anwerbung des Mannes brauner Herkunft erfolgte mit PDS-Platz. Niemand anderes als der innenpolitische Sprecher der Landtagsfraktion und PDS-Vertreter in der Parlamentarischen Kontrollkommission (PKK) zur „Überwachung“ des Geheimdienstes, Michael Schumann, hatte der Verpflichtung des Mordbuben zugestimmt. Als das ans Licht kam, beteuerte der vom Sonderparteitag 1989/90 als Hauptredner und „Stalinismus“-Ankläger bekannte Schumann, er habe sich sein Ja „schweren Herzens“ abgerungen - und zwar „im Interesse hier lebender Ausländer“. Die sollten durch „sachdienliche“ Informationen des Neonazis vor geplanten Anschlägen seiner Kumpane geschützt werden. Damit, so Schumann, sei sein Verhalten „auch im Nachhinein gerechtfertigt.“

Die Neonazi-Szene lachte sich ob solcher Einfalt ins Fäustchen, denn mit dem Spitzellohn, den der V-Mann bezog, konnte sie ihre Aktivitäten sogar noch ausweiten.

Durch die anrühige Affäre gerieten PDS-Reformer in Erklärungsnot. Sie - die sich bei ihrer Art von „DDR-Geschichtsaufarbeitung“ beflissen von jenem Staatsorgan zu distanzieren pflegen, das Neonazis einst keinerlei Freiraum ließ -, bemühten sich, dieser politischen Peinlichkeit zu entkommen. Zwar wurden auch Bedenken laut, zumal, als sich die Brandenburger PDS-Landtagsfraktion mehrheitlich - mit Bisky an der Spitze! - hinter Schumann stellte. Doch zugleich ließen sich verständnisvolle Töne vernehmen. So äußerte z. B. die Berliner PDS-Chefin Pau nach einem einsichtigen „Man kann nicht Nazis mit Nazis bekämpfen“, daß sie Schumann wegen seines Verhaltens dennoch nicht verurteile. Die Mitwirkung eines PDS-Vertreters auch im „Kontrollgremium“ des Berliner Abgeordneten-

hauses rechtfertigte sie damit, daß der versuche, „die Unsinnigkeit der Beobachtung deutlich zu machen“, wie sie der hauptstädtische Geheimdienst ganz offiziell gegenüber Teilen ihrer eigenen Partei betreibt. Und unbekümmert angesichts all der politischen Unappetitlichkeiten bot Peter Ritter, PDS-Fraktionsvize im Schweriner Landtag, die Kooperation seiner Partei beim Mausecheln mit den Schlapphüten an: „Wird die Arbeit des Geheimdienstes transparenter, lassen wir über eine Mitarbeit in der PKK mit uns reden“.

Übrigens - in Mecklenburg-Vorpommern kann man eine andere Variante des „Ankommens“ studieren. Hier, wo die PDS der Koalitionspartner der SPD in der Landesregierung ist, sind anfängliche Ängste von Konservativen vor der angeblich rot-roten Kumpanei solch süffisanten Wertungen hiesiger bürgerlicher Blätter gewichen. PDS-Landeschef Holter sei im Interesse des Mitregierens „bis zur Aufgabe originärer PDS-Programmatik gegangen“.

Das ist nicht aus der Luft gegriffen. Im Vorfeld der Absegnung der Eichelschen Steuerreform durch den Bundesrat zeigte die Schweriner PDS-Spitze zunächst drohend Muskeln: Wegen der unsozialen Schiefelage dieser „Reform“ werde Mecklenburg-Vorpommern dem Coup der Bundesregierung nicht folgen. Dafür Sorge die PDS, denn bei Meinungsunterschieden zwischen den Partnern - wie in diesem Falle - schreibe der Koalitionsvertrag die Stimmenthaltung des Landes vor. So müsse Eichels Vorlage im Bundesrat durchfallen.

Doch dann genügte es, daß Schröder dem PDS-Spitzentrio von Meckpomm eine einstündige Audienz gewährte, um Ablehnungsentschlossenheit in fügsame Zustimmungsbereitschaft umzuwandeln. Holter rechtfertigte den flotten Standpunktwechsel mit Verbesserungen, die man „für das Land herausgeholt“ habe. Bei genauerem Hinsehen erwiesen sie sich als blasse Zusagen. Vor allem jedoch begeisterten sich die Holterianer für Schröders Geneigtheit, die PDS künftig an parteiübergreifenden Konsensrunden - wie derzeit zur Rentenreform - teilnehmen zu lassen. Als daraufhin die CDU-Oberen mit Boykott drohten, wiegelte die SPD sofort ab: Man könne die PDS ja durch separate Informationsgespräche beteiligen. Einen Platz am Katzentisch also. Doch Holter feiert auch weiterhin das Kanzlergespräch als „bundesweites Aufbrechen tradierter Parteienverhältnisse“. Frohge-

mut verkündet er, daß der Bundeskanzler mit dem Einbinden der PDS beim Projekt Steuerreform „zum ersten Mal die rote Karte gezogen - und gespielt“ habe. In der Tat verstand es der gewiefte Taktiker Schröder, sich der PDS als einer Trumpfkarte zu bedienen, die er bei Bedarf ziehen kann, um politische Konkurrenten auszustechen.

War die PDS-Mitwirkung am Steuerprojekt des deutschen Kapitalsetwa von „systemkritischer, gesellschaftsverändernder oder gar antikapitalistischer“ Qualität,

wie sie von der Grundsatzkommission in Aussicht gestellt wurde?

Mitmachen in Sachen Geheimdienst und Umfallen in puncto Steuerreform gehören zu dem Gepäck, das die PDS zu ihrem Cottbuser Parteitag mitzunehmen hat. Es wird zusätzlich beschwert durch solche Aktivitäten wie Gysis vehementes Eintreten für das „Rederecht von Ex-Bundeskanzler Kohl auf der Dresdner Feier zum 10. Jahrestag der Wiedervereinigung“ („Er gehört dahin und muß reden!“), durch bemerkenswerte politische Akzentverschiebungen, wie sie Bundesgeschäftsführer Bartsch in FDP-Näherücken, wenn er erklärt, die PDS betrachte auch die „Leistungsträger“ als eine ihrer Zielgruppen.

Wer darunter zu verstehen ist, gab wiederum Holter zum besten: „Wir brauchen Unternehmergeist und Unternehmerkultur“, verkündete er. Man müsse „das noch aus DDR-Zeiten vorhandene Klischee vom Unternehmer als dem Mann mit dem großen Auto und der dicken Zigarre zerstören“. Unternehmer seien „Leute mit Ideen und dem Mut zum Risiko, die sich zum Teil sogar selbst ausbeuten“, rekapitulierte der einstige Moskau-Absolvent seine Kenntnisse in Politischer Ökonomie. Es fehle das Verständnis dafür, daß der Unternehmer derjenige sei, „der Verantwortung übernimmt und neue Arbeitsplätze schafft“.

All das sind selbstgespannte Stolperdrähte. Es ist schwer vorstellbar, daß die Delegierten des Cottbuser Parteitages die Drift mancher Führer nach rechts übersehen werden. Der Leitartikel, den das designierte Spitzentrio der PDS dem Parteitag präsentiert, will dem offenbar vorbeugen: „Erfüllungsgehilfen einer wirtschaftsliberalen SPD und ihres Weges in die 'neue Mitte' kann, will und wird die PDS nicht sein“, heißt es darin beherzt. In den Wahlkampf 2002 werde die Partei „mit der klaren Aussage gehen, daß sie sich als gesellschaftspolitische und parlamentarische Opposition versteht“. Es gehe um „einen grundlegenden Politikwandel in Deutschland“.

Reichlich Stoff also für prinzipiellen Meinungsstreit. Den aber scheinen manche zu fürchten. Wie anders könnte man die Klage des scheidenden PDS-Vorsitzenden Bisky verstehen, der das Niveau der politischen Auseinandersetzung in seiner Partei für erschreckend niedrig hält und fordert, mit „linker Besserwisserei“ Schluß zu machen.

Wolfgang Clausner



**FAZ: Vernichtendes Urteil eines Freiburger Juristen**

## Die Eigentore der DDR-Delegitimierer

Als endlich die heiße Sehnsucht der „Bürgerrechtler“ in der DDR mit deren Anschluß an die BRD in Erfüllung gegangen war, kam schon bald die Ernüchterung. Die Bohleyseufzte: „Wir wollten Gerechtigkeit und bekamen den Rechtsstaat.“ Dieser „Rechtsstaat“ diskreditierte sich im Osten von Beginn an durch den Mißbrauch seiner Institutionen zu einem einzigen Zweck: der durch den vom früheren BND-Chef und zeitweiligen Justizminister Klaus Kinkel vorgegebenen „Delegitimierung der DDR“.

Man wird an Schillers Einsicht aus den „Piccolomini“ erinnert: „Das eben ist der Fluch der bösen Tat, daß sie fortzeugend immer Böses muß gebären“. Die böse Tat der Jagd auf unbescholtene DDR-Bürger droht nun den Rechtsbrechern selbst zum Verhängnis zu werden. Die Gefahr erkennend, hat unlängst einer Alarm geschlagen. In einem umfangreichen Beitrag für die tonangebende „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ - das Selbstverständigungsorgan der deutschen Großbourgeoisie - forderte der in Freiburg/Breisgau lebende und lehrende Rechtsanwalt und Staatsrechtsdozent Michael Kleine-Cosack „eine Rückkehr zu rechtsstaatlichen Grundsätzen“. Er hatte dabei die Entwicklung seit 1989 im Auge. Eigentlich ging es dem durchaus rechtskonservativen Autor nur darum, die inzwischen offiziell abgelehnte Verwendung von MfS-Abhörprotokollen durch den Untersuchungsausschuß zur angeblichen Klärung der CDU-Spendenaffäre zu verhindern. Doch bevor er auf sein nobles Anliegen zu

sprechen kam, Kohls Machenschaften betreffende Mitschnitte unbedingt der Öffentlichkeit vorzuenthalten, befaßte er sich grundsätzlich mit der „Aufarbeitung“ der DDR-Staatspraxis durch die BRD-Justiz. Er gelangte dabei zu einem geradezu vernichtenden Urteil über die vielgepriesene politische Unabhängigkeit der bundesdeutschen Rechtspflegeorgane. Seine Ausführungen bestätigen die entlarvende Kritik, die von unvoreingenommenen Juristen aus Ost und West seit fast zehn Jahren an der „rechtsstaatlichen“ Befassung mit dem „SED-Unrechtsregime“ und seinen Funktionsträgern geübt wird. Kleine-Cosack meint, würden die heute bei der Verurteilung von Richtern und Staatsanwälten der DDR geltenden Maßstäbe für „Rechtsbeugung“ auch in anderen Verfahren angewandt, „müßten deutsche Richter und Staatsanwälte massenhaft ins Gefängnis wandern“. Wörtlich schreibt der durch die FAZ bemühte Freiburger Jurist: „Erinnert sei nur an die Aufweichung des bis 1989 strikt formal interpretierten Rückwirkungsverbots des Grundgesetzes durch den Bundesgerichtshof und das Bundesverfassungsgericht. Noch fragwürdiger war es, daß der bis 1989 weitgehend - vor allem bei nazibelasteten Juristen - bedeutungslose Rechtsbeugungsstatbestand erstmals im subjektiven Teil eine bedeutsame Modifizierung erfuhr. Die in der Vergangenheit geltenden Kriterien für ein vorsätzliches Handeln von Richtern wurden bei den verfolgten DDR-Richtern und Staatsanwälten erheblich abgeschwächt ...“

„Geschichtlicher Euphemismus, der den Zusammenbruch der DDR als ‘Revolution’ be-

zeichnete“, habe „zu dem Irrglauben geführt, rechtsstaatliche Gerechtigkeit durch revolutionäre Gerechtigkeit ersetzen zu können“, skizziert Kleine-Cosack die konterrevolutionäre Stunde der Aufhebung allen Rechts. In ihr „könnten sogar Köpfe rollen“. Der bundesdeutsche Staatsrechtslehrer bemerkt: „elementare Grundrechte und Verfassungsprinzipien“ seien „auf dem Altar der Vergangenheitsbewältigung geopfert“ worden. Zu ihrem Zwecke habe man ein „Sonderrecht“ geschaffen, ... „das die gesamte rechtsstaatliche Ordnung zu infizieren droht“.

Zur „Säuberung“ des öffentlichen Dienstes der DDR nach 1989 - gemeint ist die Zerschlagung des gesamten Staatsapparates - bemerkt der Autor, sie sei „in einem unvorstellbarem Maße erfolgt“. Erschreibt: „Kein anderer Staat hat je derart umfangreiche Berufsverbote erlassen wie die Bundesrepublik nach 1989 ... Die Göttin Justitia schien vorübergehend ihre Unschuld verloren und die Binde von den Augen genommen zu haben“.

Dem ist wohl kaum etwas hinzuzufügen, geht doch das Urteil des konservativen Artikelschreibers der FAZ, der seinen Beitrag mit der Flagge zeigenden Überschrift „Der Rechtsstaat im Stasi-Strudel“ versah, beinahe noch über das hinaus, was fortschrittliche Juristen seit Jahr und Tag zu dieser Thematik gesagt haben. So will der „RotFuchs“ nicht darauf verzichten, seine Leser mit den durch die Brille der Bourgeoisie beobachteten Selbsttoren der DDR-Delegitimierer vertraut zu machen.

**Rolf Vellay**

**Zum „Strafausstand“ für Irmgard Jendretzky**

## Weder Gnade noch Recht

Der Juristin Irmgard Jendretzky wurde unlängst von der Staatsanwaltschaft Dresden mitgeteilt, ihr sei „durch Entschließung“ vom 14. 7. 2000 „im Wege der Gnade ... auf Dauer Strafausstand gewährt“ worden. Sicherlich haben auch die zahlreichen Proteste und Gnadengesuche von Freunden aus dem In- und Ausland an den sächsischen Justizminister Steffen Heitmann (CDU) zu dieser Entscheidung beigetragen. Fast anderthalb Jahre brauchten aber die Justizbehörden des Freistaats Sachsen, um der ehemaligen DDR-Richterin die quälende Ungewißheit über die Vollstreckung einer vierjährigen Freiheitsstrafe zu nehmen. Die heute 82jährige schwerkranke Antifaschistin war wegen angeblicher Rechtsbeugung, Totschlags und Freiheitsberaubung in den sogenannten Waldheim-Prozessen gegen Kriegsverbrecher und Naziaktivisten verurteilt worden. Zugleich hatte die BRD-Justiz diese belasteten und überführten Exekutoren der faschistischen Gewaltherrschaft durchweg rehabilitiert („RotFuchs“ berichtete darüber im August 1999).

Natürlich ist jeder Gnadenerweis zu begrüßen, der für die Betroffenen eine Verkürzung ihrer Haft oder dauerhafte Strafaussetzung bedeutet. Ein „Gnadenakt“ aber hebt die empörende Verurteilung nicht auf. Im Gegenteil: Solange das Unrechtsurteil über Irmgard Jendretzky bestehen bleibt, werden die faschistischen Verbrechen, die sie als junge Volksrichterin ahndete, weiterhin gerechtfertigt.

Im Namen der „RotFuchs“-Redaktion, des Solidaritätskomitees für die Opfer der politischen Verfolgung in Deutschland und der Gesellschaft für Bürgerrecht und Menschenwürde haben wir der tapferen Genossin die herzlichsten Grüße und besten Wünsche überbracht. Mit bewegenden Worten bedankte sie sich bei allen Mitsreitern und Freunden für die erwiesene Solidarität. Sie bezog dabei alle ein, die ihr in den schweren Monaten des Prozesses und des Revisionsverfahrens bis hin zur jüngsten Entscheidung auf mannigfache Weise moralische Hilfe bekundet haben.

Die Klassenjustiz beteuert heuchlerisch, die

politische Strafverfolgung in Deutschland sei mit der im Herbst 1999 erfolgten Auflösung der Sonderstaatsanwaltschaft II beendet worden. Die Tatsachen sprechen jedoch eine andere Sprache. Allein in den Monaten August und September 2000 finden Hauptverhandlungen gegen mehr als 25 ehemalige Juristen, Grenzsoldaten und Angehörige der Sicherheitsorgane der DDR vor den Landgerichten in Berlin, Frankfurt/Oder, Potsdam und Schwerin statt. Es geht dabei durchweg um politische Prozesse.

Dagegen erheben wir Protest und rufen zur verstärkten Solidarität mit den Verfolgten auf!

**Kurt André/Herbert Kelle**

Ich habe ja nichts gegen Klassenjustiz. Mir gefällt nur die Klasse nicht, die sie macht. Und daß sie noch so tut, als sei das Zeug Gerechtigkeit - das ist hart und bekämpfenswert.

**Kurt Tucholsky**

*Aus Dokumenten des 15. DKP-Parteitag*

## Schluß mit der politischen Strafverfolgung von Antifaschisten!

Während des vom Imperialismus entfesselten Kalten Krieges seien „in der BRD der Jahre 1949 bis 1968 über 200 000 Bürgerinnen und Bürger Opfer von polizeilichen und staatsanwaltschaftlichen Verfolgungen“ gewesen; „10 000 von ihnen wurden zu oftmals mehrjährigen Freiheitsstrafen verurteilt. ... Wir fordern den Bundestag auf, diese Opfer staatlicher Repression - die politisch verfolgt wurden, weil sie die Ausübung elementarer Grundrechte für sich in Anspruch nahmen - zu rehabilitieren und materiell zu entschädigen und das KPD-Verbotsurteil vom August 1946 aufzuheben“, heißt es in einer Entschließung des 15. DKP-Parteitag.

Zugleich wendet sich die Resolution gegen die landes- und völkerrechtswidrige Strafverfolgung von DDR-Bürgern nach Annexion und Konterrevolution. „Nach den Bestimmungen des von BRD und DDR gleichberechtigt unterzeichneten Einigungsvertrages kann keine DDR-Bürgerin und kein DDR-Bürger

wegen seines staatlichen Handelns juristisch belangt werden. Wir fordern den Bundestag auf, per Beschluß die Verfolgung von DDR-Bürgern zu beenden, alle Inhaftierten umgehend freizulassen und alle bisher Inhaftierten für erlittenes Unrecht zu entschädigen“, wird in dem Dokument betont.

In einem separaten Beschluß appelliert die DKP an Bundestag und Bundesregierung, „die Ungleichbehandlung von deutschen Bürgerinnen und Bürgern, die geheimdienstlich tätig waren, „sofort einzustellen“. Der Strafverfolgung von Kundschaftern der DDR müsse unverzüglich ein Ende gesetzt werden. „Soweit diese Personen wegen ihrer geheimdienstlichen Tätigkeit verurteilt und in Haft gesetzt wurden, sind sie umgehend außer Verfolgung zu setzen, zu rehabilitieren und zu entschädigen. Personen, die verurteilt wurden und deren Strafe noch nicht oder nur zum Teil vollstreckt ist, ist die Strafe zu erlassen; sie sind ebenfalls zu rehabilitieren“.

### Schreibt politischen Gefangenen, die wegen ihres Wirkens für die DDR verurteilt wurden!

**JVA Hakenfelde, Niederneudorfer Allee 140-150, 13587 Berlin**

**Joachim Goldbach**, geb. 8. 12. 29, 3 Jahre, 3 Monate Haft

**Günter Leo**, geb. 25. 2. 41, 3 Jahre, 3 Monate Haft

**Harald Ludwig**, geb. 30. 4. 30, 3 Jahre Haft

**Werner Michael**, geb. 15. 12. 32, 3 Jahre Haft

**JVA Plötzensee, Friedrich-Olbricht-Damm 16, 13627 Berlin,**

**Egon Krenz**, geb. 19. 3. 37, 6 Jahre, 6 Monate Haft

**JVA Brandenburg, Anton Saefkow-Str. 22 F, 14772 Brandenburg**

**Heinz Geschke**, geb. 19. 1. 30, 3 Jahre, 6 Monate Haft

**JVA Chemnitz**

**Reichenhain, Reichenhainer Str. 235, 09125 Chemnitz**

**Günter Strobel**, geb. 2. 4. 36, 2 Jahre, 6 Monate Haft



Dieses Verkehrszeichen stammt aus Frankreich.

Wann wird in Deutschland endlich das Signal „Verbot für Neonazis“ gesetzt?



## Marxismus-Leninismus in Asien

Der Marxismus-Leninismus entstand in Europa, ist aber nicht auf diesen Teil der Welt begrenzt. Um die Jahrhundertwende, im Gefolge der drei russischen Revolutionen (1905/07, Februar und Oktober 1917), besonders nach der Oktoberrevolution, hielt er, vor allem in seiner leninistischen Ausprägung, in Asien Einzug. Hierbei sind einige Besonderheiten zu beachten.

1. Bei den Völkern Asiens dominierte die Bauernschaft. Damals machte sie - mit geringfügigen Unterschieden - in den asiatischen Ländern etwa neun Zehntel der Bevölkerung aus. Damit nahm die Agrarfrage in Theorie und Praxis revolutionärer Bewegungen und kommunistischer Parteien des Kontinents, die im Verlauf der 20er und 30er Jahre entstanden, einen zentralen Raum ein. Das setzte besondere Akzente für die Bündnispolitik der KPen. Die Bauern waren nach Ho Chi Minh die „Hauptkraft“ in der revolutionären Bewegung - im Bunde mit der Arbeiterklasse und unter Führung der kommunistischen Partei.

2. Die asiatischen Länder waren Kolonien oder Halbkolonien imperialistischer Mächte. Damit wurde der nationale Befreiungskampf zu einem Eckpfeiler jeder revolutionären Bewegung. Die asiatischen Gesellschaften waren überdies meist multinational strukturiert. Die theoretischen Arbeiten Lenins und Stalins zur nationalen und kolonialen Frage sowie die Nationalitätenpolitik der KPdSU (B) fanden daher besonderes Interesse.

3. Der Kapitalismus wurde von außen in die asiatischen Länder eingeführt. (Nur in Japan vollzog sich nach der Meiji-Reform 1868/71 eine relativ eigenständige kapitalistische Entwicklung.) Daraus ergab sich eine besondere sozialökonomische Struktur. Es bildete sich ein Ausbeuterblock aus fremden Kapitalisten, Kolonialbeamten, Militärs und einheimischen Grundbesitzern sowie einer mit dem Auslandskapital verzahnten Kompradorenbourgeoisie. Neben der archaischen Produktionsweise in der Landwirtschaft entwickelten sich in den Städten eine moderne Industrie, eine nationale Bourgeoisie und ein Industrieproletariat der ersten Generation.

4. Mit Beginn des 20. Jahrhunderts formierten sich in einer Reihe asiatischer Länder national-revolutionäre Bewegungen. Sie besaßen ein höheres politisches und soziales Niveau als die Bauernaufstände des 19. Jahrhunderts. Der Partisanenkrieg war in China, Indochina, Korea und Indonesien bis zu deren Befreiung von kolonialer Unterdrückung eine ständige Erscheinung. In einigen Ländern dauerte er 30 und mehr Jahre (China bis 1949, Vietnam bis zur Vertreibung der USA-Aggressoren 1975). Daß die dabei gesammelten Erfahrungen in die Marxismus-Leninismus-Rezeption mit einfließen, versteht sich von selbst. Kein Wunder, daß

die „Gewehrläufe“ in Maos Revolutionstheorie eine bedeutende Rolle spielen.

Die angeführten Fakten erklären, warum besonders der Leninismus auf die jungen kommunistischen Parteien großen Einfluß hatte. Rußland/ab 1917 Sowjetrußland/ab 1922 die Sowjetunion war nicht nur ein europäisches, sondern zugleich auch ein asiatisches Land. Bis Ende der 30er Jahre bildeten Bauern die Mehrheit der Bevölkerung der multinationalen UdSSR. Nach der Statistik von 1939 waren 41,59 % der Sowjetbürger Nichtrussen.

Wenn bürgerliche Publizisten meinen, der Leninismus sei eine Entwicklungstheorie für ökonomisch zurückgebliebene Länder, so ist dies zwar eine Einengung und Verstümmelung seines Wesens, enthält aber insofern ein Körnchen Wahrheit, als sein Einfluß auf kolonial bzw. halbkolonial unterdrückte Völker - die Mehrheit der Menschheit - größer gewesen ist als in Westeuropa und in Nordamerika. Der Zusammenbruch des klassischen Kolonialsystems, die siegreichen Revolutionen in China, Vietnam und Nordkorea sind ohne Roten Oktober, ohne Aufnahme des Marxismus in seiner Leninschen Ausprägung nicht denkbar.

Die Verbreitung des Marxismus-Leninismus in Asien war ein äußerst komplizierter Prozeß. Kein Volk kann sich eine Theorie außerhalb seiner eigenen Traditionen, Sprache und Kultur aneignen. Der starke Einfluß traditioneller Ideen wie Konfuzianismus, Buddhismus, Legismus, Totismus erschwerten die Aufnahme des Marxismus-Leninismus. Asketische kommunistische Gedanken finden sich in Ethik und Religion vieler asiatischer und afrikanischer Völker. Sie gehen von der gleichzeitigen Befreiung der ganzen Menschheit, deren Erlösung durch einen „Messias“, einen „Mahdi“ in dieser oder jener Form aus.

Als besonders schwierig erwies sich die Übersetzung marxistisch-leninistischer Literatur in asiatische Sprachen. Begriffe mußten übertragen werden, ohne daß es die entsprechenden Termini für deren inhaltliche Bestimmung gab („Klasse“, „Klassenkampf“, „Sozialismus“, „Kommunismus“, „Mehrwert“, „Konzentration des Kapitals“). Die Mehrheit der Wörter unseres Begriffsinstrumentariums ist in vielen Sprachen von Völkern Asiens und Afrikas unbekannt. Jeder Sprachkundige weiß aber, daß bei Übersetzungen Inhalte eine eigenständige Interpretation erhalten können. Werke der Klassiker wurden oftmals aus dem Deutschen oder Russischen erst ins Englische und Französische übersetzt und erst dann in die entsprechende Volkssprache. Nach China gelangte der Marxismus über Japan als Zweitübersetzung. Für Vietnam war das Französische der Mittler. Aus Frankreich kommende Einflüsse spielten eine große Rolle bei der Formierung der revolutionären Bewegung Indochinas. Ho Chi Minh nahm 1920 in

Tours am Gründungskongreß der FKP teil. Als deren Delegierter sprach er auf dem V. Weltkongreß der Komintern zur nationalen und kolonialen Frage.



Erst 1930 wurde eine eigenständige kommunistische Partei Indochinas gegründet, aus der die KP Vietnams hervorging.

Die Aneignung des wissenschaftlichen Sozialismus in Asien verlief nicht geradlinig und konfliktlos. Neben dem Marxismus-Leninismus drangen auch bürgerliche, kleinbürgerliche und revisionistische Theorien ein, die in den Lebensbedingungen entsprechender Schichten, vor allem bei Teilen der Intelligenz, einen Nährboden fanden. Ho Chi Minh wies wiederholt auf rechte und linke Abweichungen von der Theorie des Marxismus-Leninismus und der Politik der Partei hin.

In der VR China verfiel Mao Zedong Ende der 50er Jahre einem linksextremistischen Revolutionarismus. Die „große proletarische Kulturrevolution“ richtete beträchtlichen Schaden an und kostete die Partei viele wertvolle Kader. Inwieweit es sich dabei um einen „Reflex“ auf den Revisionismus Chruschtschows und dessen Bruch mit der VR China handelt, bedarf weiterer Untersuchungen. Die anti-leninistische Politik Chruschtschows hatte negative Auswirkungen nicht nur auf das Verhältnis zu China, sondern auch auf andere kommunistische Parteien Asiens, führte zur Spaltung der kommunistischen Weltbewegung und zur Aufgabe des Prinzips des proletarischen Internationalismus. Mit der Konzeption Deng Xiaopings, die Theorie des Marxismus-Leninismus mit dem Denken Mao Zedongs zu verbinden, hat die KPCh in den vergangenen 25 Jahren bedeutende Erfolge in der Volkswirtschaft erzielt, wobei ernste, noch ungelöste Probleme und neue soziale Konflikte nicht zu übersehen sind. Inwieweit die chinesischen Kommunisten die Öffnung des Landes für ausländische Investitionen und die begrenzte Zulassung kapitalistischer Wirtschaftsformen beherrschen werden, bleibt abzuwarten. Ein Peking Wissenschaftler meinte, ein Aufmachen des Fensters lasse mit der frischen Luft auch Fliegen eindringen. Mit ihnen fertig zu werden, bleibt für die chinesischen Kommunisten eine entscheidende Aufgabe.

**Ulrich Huar**

### Leseempfehlung:

W. I. Lenin. Referat auf dem II. Gesamtrussischen Kongreß der kommunistischen Organisationen der Völker des Ostens. LW 30/136-148

Mao Tse Tung. Laßt uns unser Studium reorganisieren (Mai 1941). In: Ausgewählte Schriften, Berlin 1956, Bd. 4, S. 16-26

## Reporterskizzen (26)

# Die Enkel Sen Katayamas

Auf der Reise nach Japan, wo ich mich 1973 für längere Zeit aufhalten sollte, machte ich in Moskau Station, um aus dem Wissen sowjetischer Genossen Nutzen zu ziehen. In der Redaktion der „Prawda“ wurde ich von Wsewolod V. Owschinikow, dem für die Berichterstattung über Asien und Afrika verantwortlichen Kollegiumsmitglied - er hatte selbst viele Jahre als Korrespondent in Tokio gearbeitet - herzlich empfangen und mit großer Sachkenntnis informiert. Schließlich gehörte es damals - vor der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen der DDR und Japan und angesichts scharfer Spannungen in der kommunistischen Weltbewegung - nicht zu den Alltäglichkeiten, daß ein ND-Reporter die Einladung eines Mitglieds des Präsidiums des ZK der Kommunistischen Partei Japans in der Tasche trug. Die KPJ hatte sich sowohl von der KPdSU als auch von der KP Chinas abgewandt und verfolgte einen eigenständigen Kurs, den viele unter uns für Nationalismus hielten, andere für einen Reflex auf unzulässige Moskauer Einnischung in innere Auseinandersetzungen unter japanischen Kommunisten. Um so erstaunter waren wir, als Koichiro Ueda, Sekretär des ZK und Chefredakteur des Parteiorgans „Akahata“ (Rote Fahne) mich - den für Japan zuständigen Ressortleiter des ND - zum Studium der Erfahrungen seiner Partei in das fernöstliche Land einlud. Natürlich wollten wir jede Gelegenheit nutzen, um die Beziehungen zu dieser starken und einflußreichen kommunistischen Partei - trotz der entstandenen Schwierigkeiten - konstruktiv zu gestalten. Der Rat, den ich in der „Prawda“ erhielt, lag auf der gleichen Linie. Wsewolod Owschinikow machte mich auf eine Gedankstätte besonderer Art in Moskau aufmerksam: An der Kremllmauer stand ich dann vor der metallenen Platte, die die Niesche mit der Urne Sen Katayamas verschloß. Der große japanische Arbeiterführer und Mitbegründer der KPJ war 1933 als Mitglied des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale in der sowjetischen Hauptstadt verstorben und von Zehntausenden feierlich beigesetzt worden. Sen Katayama, ein wahrer Patriot und proletarischer Internationalist, war der Maßstab, an dem ich seine Enkel - die japanischen Kommunisten späterer Jahre - messen wollte.

In Tokio war der Empfang sehr kameradschaftlich, zumal man als meinen Betreuer einen alten Freund der DDR ausgewählt hatte - den früheren Berliner „Akahata“-Korrespondenten Setsuzo Otaka, der fließend deutsch sprach und mich etliche Wochen durch das Land begleitete. In Kyoto, Osaka, Hiroshima, Yokohama, Kawasaki, Tokio und weiteren Präfekturen konnte ich mich in Gesprächen mit Parteiführern aller Ebenen und einfachen Mitgliedern davon überzeugen, daß die KPJ zu den schlagkräftigsten Organisationen gehört, die ich je erlebt habe. Sie war strukturell straff gegliedert und besaß eine eiserne Disziplin. Nicht zuletzt imponierte mir ihr verlässlicher Sicherheitsapparat, der die Partei umsichtig schützte und gegen den Feind abschürmte - ein Ergebnis langjähriger Illegalität. Dieses Kaliber der KPJ spürte ich sowohl bei der Tokioter Mai-Demonstration, an der ich zusammen mit japanischen Kommunisten teilnahm, als auch später - im Dezember 1973 - auf dem 12. Parteikongreß, als dessen Tagungs-

ort man eine Vorstadt der Metropole gewählt hatte. Tiefgestaffelt standen dort die mit modernster Nachrichtentechnik ausgerüsteten Sicherheitsketten der Partei in den umliegenden Straßen und rund um die Halle, in der die Delegierten berieten. Eines Nachts nahm mich Genosse Otaka - ich glaube wir waren gerade in der als rote Hochburg geltenden Präfektur Kyoto - zum Zeitungsverteiler mit. Man muß wissen: Die etliche hunderttausend Exemplare umfassende Auflage des Parteiorgans wurde und wird nicht etwa über den Postvertrieb, sondern ausschließlich durch die Genossen selbst zu den Beziehern gebracht. Um drei Uhr früh hatten sich die dickehabenden Verteiler - meist Studenten - eingefunden. Sie wurden instruiert, stabsmäßig eingesetzt und gingen in Gruppen vor. Eine beispiellose organisatorische Leistung, die sich jede Nacht wiederholt, wobei die Genossen nach dem Rotationsprinzip eingesetzt werden. Man bedenke: Die Wochenendausgabe des Blattes erscheint in Millionenhöhe!

Eine andere Nacht verbrachten wir gemeinsam in einem Hauptdepot der berühmten blau-weißen Hochgeschwindigkeitszüge - des Shinkansen. Die Staatseisenbahngewerkschaft hatte gerade zum Generalstreik aufgerufen, der hundertprozentig befolgt wurde. Durch ein „Loch im Zaun“ waren wir auf das Gelände gelangt. Otaka brachte mich direkt zur zentralen Streikleitung. Die Männer in dem kleinen Raum - meist handfeste Arbeiter der Werkstätten, aber auch Angehörige des Zug- und Bahnhofspersonals - verneigten sich tief nach japanischer Sitte. Einige überreichten mir ihre Visitenkarten, wie es landesüblich ist. Wir hatten eine herzliche Unterhaltung. Die Streikführer freute es sichtlich, Sympathie und Solidarität von weither zu erfahren. Ich spürte an der Art, wie meine Begleiter aufgenommen wurden, das große Ansehen, das ihre Partei bei den Eisenbahnern genoß. Am nächsten Tag war ich bei einem Streikmeeting zugegen. Wohl an die tausend Mann hatten sich in ihrer Arbeitskleidung, mit Spruchbändern um Kopf und Brust (die hatte ich auch schon bei einer Kampfkation im Hauptwerk des SONY-Konzerns gesehen) in disziplinierten Reihen vor der Rednertribüne niedergelassen. Lebhaften Beifall bekam ein Unterhausabgeordneter der KPJ, der offensichtlich den Nerv traf. Da stürmten plötzlich fünf oder sechs Vermummte mit knallroten Helmen und Gesichtsmasken auf das Podium und stießen den kommunistischen Parlamentsmann grob beiseite. „Was wir jetzt brauchen - das ist die direkte Konfrontation mit der Polizei“, schrie einer der Provokateure ins Mikrofon. Niemand habe ich Trotzkitzen so offen agieren gesehen.

A propos Visitenkarten: Als ich aus Japan zurückkehrte, hatte ich einen ganzen Koffer voll. Auch Kommunisten halten sich hier an die Etikette. Bei einer vom Präfekturkomitee Kyoto organisierten Fahrt in die rote Fischergenossenschaft Ine am Japanischen Meer, wo ich auf wettergegerbte McCrebschwinger stieß, überreichte mir jeder von ihnen vor dem gemeinsamen Essen ganz selbstverständlich sein Kärtchen. Auch Krawatten mit Krawattennadeln durften bei diesem Zeremoniell nicht fehlen.

Damals - während des Vietnamkrieges - war die

japanische Friedensbewegung den USA-Besatzern und ihren Stützpunkten hart auf den Fersen. Allen voran die Kommunisten. Sie überwachten förmlich rund um die Uhr die Aktivitäten der amerikanischen Bomberpiloten und der 7. Flotte des Pentagon. Deren Heimathafen war Yokosuka. Die KP-Organisation hatte ihn fest im Auge. Ortsansässige Genossen führten mich auf eine Anhöhe, von der man die Armada der Aggressoren ganz überblicken konnte. In der Nähe der Yokota Air Base unweit von Tokio lernte ich einen kommunistischen Lehrer kennen, der jeden Start der nach Vietnam abhebenden achtstrahligen Mordmaschinen registrierte. Der Japanische Friedensrat, mit dessen Präsidenten Prof. Yoshitaro Hirano ich zusammentraf, verfügte über tausende solcher Wachtposten.

Zu den größten Stärken der japanischen Kommunisten zählt die Verlagstätigkeit. In immer neuen Auflagen erscheinen die Werke von Marx, Engels und Lenin, da die Partei dem Studium der Theorie große Bedeutung beimißt. Darauf verwies Hiroyuki Okamoto, Mitglied des ZK-Präsidiums und Leiter der Parteihochschule, der mich mit der Geschichte der 1922 gegründeten KPJ eingehender vertraut machte. In jedem Parteibüro, das ich besuchte - und es waren im Laufe der Zeit dutzende -, stieß ich auf die Werke der Klassiker.

Im Gebäude des ZK hatte ich Gelegenheit zu einem langen Gespräch mit Tetzso Fuwa. Seinerzeit leitete er das Sekretariat des ZK, seit vielen Jahren ist er nun schon Vorsitzender der Partei. Unsermchrstündiges Gespräch, das in asiatischer Höflichkeit verlief, die manches ausspart, berührte etliche Themen. Es streifte auch die Haltung der Führung der KPJ zur Sowjetunion, deren Politik als „hegemonistisch“ bezeichnet wurde. Obwohl es sicher gute Gründe gab, die bereits von manchen revisionistischen Einflüssen durchtränkten Auffassungen der KPdSU zu kritisieren, verblüffte mich die eindeutig antisowjetische Haltung, die ich bei dieser Unterredung wahrzunehmen meinte. Sie erinnerte mich irgendwie an vieles, was in jener Zeit aus der Ecke der „Eurokommunisten“ auf uns zukam. Indes - im Unterschied zu diesen, die sich im Niedergang befanden, behauptete sich die KPJ als eine bedeutende Kraft der japanischen Nation, auch wenn nicht alle Blühträume gereift sind. Die Enkel Sen Katayamas, die sich mit dem großen Vorfahren wohl nicht ganz messen können, haben zumindest den Beweis erbracht, daß es möglich ist, auch in einem hochentwickelten kapitalistischen Industrieland eine kampfstärke kommunistische Partei aufzubauen.

Als ich im Anschluß an den 12. Parteitag nach Berlin zurückkehrte, lag auf meinem Schreibtisch der mir von Brockhaus, Leipzig, zugesandte Vertragsentwurf für ein Buch über Nippon. Es sollte den Titel „Im Flügelschlag der Kraniche“ tragen. Einige ganzseitige ND-Reportagen - vor allem über die KPJ - hatten das Interesse des Verlagshauses hervorgerufen. Ich lehnte das Angebot ab. Wußte ich genug über Japan? Was kann man schon in kurzer Zeit über ein so großes Thema ergründen?

Doch an manches Erlebnis in Fernost dachte ich mit Freude zurück: Zum Beispiel an die fruchtbare Begegnung mit dem großen marxistischen Gelehrten Prof. Itsuro Sakisaka, an dessen Häuschen bei Tokio weithin und in deutscher Sprache die Worte leuchteten: „Die Philosophen haben die Welt nur verschieden interpretiert, es kommt aber darauf an, sie zu verändern!“

Klaus Steiniger



**Programmwurf der KP Kanadas**

## Die Zukunft heißt Sozialismus

Die Zeitung "People's Voice", das Organ der kanadischen Kommunisten - es trägt auf seiner Titelseite die Losung „Proletarier aller Länder, vereinigt Euch!“ in englisch, französisch und in der Ureinwohnersprache -, hat unlängst die Debatte über den Entwurf eines neuen Parteiprogramms „Kanas Zukunft heißt Sozialismus!“ eröffnet. Es handelt sich um das erste umfassende Grundsatzdokument der KP Kanadas seit 1971. Auf dem 21. Parteitag war damals das bis heute gültige Programm „Die Straße zum Sozialismus“ überarbeitet worden. KP-Leader Miguel Figueroa verwies darauf, der Entwurf skizziere nicht nur das fundamentale Ziel der Errichtung des Sozialismus in Kanada, sondern benenne auch die Kräfte und Allianzen, die zu seiner Erringung notwendig seien. Er betrachte es als einen verlässlichen Kompaß für den weiteren Weg der Partei. Das Dokument widerspiegele die während der letzten drei Jahrzehnte in der internationalen Arena eingetretenen Veränderungen. Neue Probleme, die sich aus der „kapitalistischen Globalisierung“, der Umweltkrise, den

Wandlungen in der Zusammensetzung der Arbeiterklasse, den wachsenden Angriffen auf die demokratischen Rechte ergäben oder die mit dem besonderen Charakter der nationalen Frage in Kanada im Zusammenhang stünden, würden mutig angegangen. In dem Dokument heißt es, Sozialismus bedeute Arbeitermacht, ein sozialistisches Kanada müsse auf der Vergesellschaftung der entscheidenden Produktionsmittel und Verteilungsmechanismen beruhen. Sozialistische Demokratie gründe sich auf eine Gesellschaft, die durch Solidarität, Chancengleichheit und Emanzipation bestimmt werde. Ziele der KP Kanadas seien der Aufbau des Sozialismus und letztlich eine kommunistische Gesellschaft. In den nächsten acht Monaten will die Partei die Debatte über den Entwurf in Grundorganisationen und Sommerschulen, auf theoretischen Konferenzen und in einem speziellen Diskussions-Bulletin führen, um dann im Januar 2001 auf dem 33. Parteitag zu einer Entscheidung zu gelangen. **R. F.**

**Erste Runde ging an die „13 von Clabecq“**

## Anklage gescheitert

Die 13 Arbeiter aus dem belgischen Clabecq, die gegen die Schließung ihres Stahlwerks protestiert hatten und u. a. wegen Widerstands gegen die Staatsgewalt vor Gericht gestellt worden waren (s. RF Nr. 24), haben in ihrem langandauernden Prozeß einen ersten juristischen Sieg errungen. Am 11. Juli erklärte sich das Tribunal von Nivelles, vor dem die Sache seit dem 26. November 1998 verhandelt worden war, für inkompetent. Die Staatsanwaltschaft hatte, ohne die erforderlichen gesetzlichen Voraussetzungen zu berücksichtigen, eine Strafverfolgung erwungen, was die Möglichkeiten der Verteidigung einschränkte. So wurden klassenkämpferische Gewerkschaftsführer nach einem arbeiterfeindlichen Gesetz aus dem Jahre 1887 angeklagt und bezichtigt, durch Reden und Schriften „ein Verbrechen inspiriert“ zu haben. Die „13 von Clabecq“, die sich besonders auch durch ihre anti-rassistische und internationalistische Haltung profiliert hatten, erhielten starke Unterstützung aus dem In- und Ausland, besonders von Gewerkschaftern. Die Spitzengremien der von den Rechtssozialisten geführten Allgemeinen Föderation der

Belgischen Werktätigen (FGTB) distanzieren sich zwar von dem Prozeß, hielten sich sonst aber bedeckt. Nach Berichten der Presse der Belgischen Arbeiterpartei (PTB), die den Angeklagten von Beginn an zur Seite gestanden hatte, war der Gerichtssaal mit flämischen und wallonischen Arbeitern und vielen Einwanderern besetzt. Nach Bekanntwerden der Entscheidung begann schon im Verhandlungsraum eine Kundgebung, die sich auf der Straße fortsetzte. Roberto D' Orazio, der den Widerstand angeführt hatte, sprach von einer „Lektion für die Arbeiterbewegung“. Man müsse den Kampf wagen, um zu gewinnen - besonders im Ringen um die Verhinderung weiterer Betriebs-schließungen. Roberto Marra, ein anderer angeklagter Gewerkschaftsfunktionär, bezeichnete die Entscheidung, das Verfahren in erster Instanz zu beenden, als Ergebnis der Einheit aller an der Aktion beteiligten Arbeiter. Inzwischen hat die Staatsanwaltschaft beim Appellationsgerichtshof in Brüssel Rechtsmittel eingelegt, sodaß das gesamte Verfahren neu aufgerollt werden könnte. **R. F.**



**V. Parteitag polnischer Kommunisten**

## Zielklarer Kurs

Unlängst fand in Dabrowa Gornicza der V. Parteitag des Bundes Polnischer Kommunisten „Proletariat“ (ZKP „P“) statt. An den Beratungen nahmen 56 Delegierte teil. Der wiedergewählte Parteivorsitzende, Genosse Dr. sc. Zbigniew Wiktor, Dozent an der Universität Wroclaw, referierte zum Entwurf eines „Programmatischen Dokuments“, in dem die Situation in Polen und in der Welt aus marxistisch-leninistischer Sicht analysiert wird. Die Partei bekennt sich darin zum Kampf für ein sozialistisches Polen. In der Diskussion sprachen 24 Genossen, die die politische und sozialökonomische Lage - vor allem das Problem der Massenarbeitslosigkeit sowie den Widerstand gegen die Folgen der Privatisierung zugunsten des Finanzkapitals - darlegten. Die Delegierten der Beratung, an der Vertreter von Bruderparteien des ZKP „P“ sowie inländische Gäste - darunter der Vorsitzende der Polnischen Sozialistischen Partei (PPS), der Präsident des Hauptvorstandes des Soldatenbundes der Polnischen Volksarmee und der Sekretär der Gesellschaft Polnischer Marxisten - teilnahmen, wählten ein 15köpfiges neues Leitungskomitee. Sie bestätigten außer dem „Programmatischen Dokument“ das Statut des ZKP „P“ und andere Parteimaterialien. **R. F.**

**Mysteriöse Parteigründung in Moskau**

## Das „Beste aus beiden Systemen“

In Moskau ist am 15. Juli 2000 eine neue Partei - Berichterstatter sprechen auch von einer „Sammelbewegung“ - unter dem Namen „Rossija“ (Rußland) gegründet worden. Sie will dem Präsidenten Wladimir Putin „von links“ zu Hilfe kommen. An ihrer Spitze steht der Duma-Vorsitzende Gennadi Selesnjow, der Putin bei dessen ehrgeizigen Plänen zur Stärkung seiner persönlichen Macht als Präsident Unterstützung versprach. Selesnjow, der außerdem der Kommunistischen Partei der Russischen Föderation (KPRF) angehört, erklärte, er beabsichtige nicht, diese Partei zu verlassen. Er sprach sich dafür aus, Rußland zu einem „Sozialstaat“ zu machen. Ihm schwebte vor, „die Errungenschaften der Sozialpolitik der Sowjetzeit mit sozialdemokratischen Vorstellungen aus Westeuropa“ zu verbinden. Mit anderen Worten: Das „Beste aus beiden Systemen“. Der Politiker, der in Presseberichten schon des öfteren als Anhänger einer rechtsopportunistischen Position des „Ausgleichs mit der Macht“ bezeichnet wurde, soll versichert haben, er verstehe „Rossija“ als Verbündeten der KPRF. Deren Vorsitzender Gennadi Sjaganow war zum Gründungsparteitag angeblich eingeladen, nahm aber an der Veranstaltung nicht teil. Offenbar handelt es sich um den Versuch Putins, mit Hilfe „linker“ Kräfte einen Teil der Volkspatrioten auf seine Seite zu ziehen und die KPRF zu schwächen. Dabei kann er seine jüngsten Staatsbesuche in China und der KDVR zum „Beweis“ dafür ins Feld führen, daß er das Vertrauen auch des linken Spektrums der russischen Gesellschaft verdiene. Vieles liegt noch im Bereich des Spekulativen. Doch manches deutet darauf hin, daß hier ein Coup im Gange ist. **S. R.**

## Vor den Präsidentschafts- und Kongreßwahlen in den USA

### KP: Das größere Übel schlagen!

Mit Blick auf die am 7. November stattfindenden Präsidentschafts- und Kongreßwahlen in den Vereinigten Staaten hat die KP der USA auf einer Reihe von Konferenzen, an denen auch Vertreter der Gewerkschaftsbewegung und Aktivisten linker Bündnisse teilnahmen, ihre Taktik klar definiert: Sie setzt sich für das Zustandekommen einer breiten Koalition ein, deren Ziel es ist, den ultrarechten, faschistoiden Öl-Multi-Millionär und Liebling der Rüstungslobby George W. Bush - gegenwärtig Gouverneur von Texas - am Einzug in das Weiße Haus zu hindern. Zugleich kämpft sie für eine Brechung der derzeitigen Parlamentsmehrheit des rechten Flügels der Republikaner in beiden Kammern des USA-Kongresses (Senat und Repräsentantenhaus). Deshalb unterstützt sie in New York indirekt die Senatsbewerbung Hillary Clintons, die hier gegen den rechtsgerichteten Populisten Rick Lazio (Republikanische Partei) antritt. Die Clintons sind Anhänger einer Politik, die man - mit westeuropäischen Maßstäben gemessen - am ehesten als sozialdemokratisch im Sinne von Blair und Schröder bezeichnen könnte.

Davon ausgehend, daß kein linker oder unabhängiger Kandidat in den USA auch nur die leiseste Chance hätte, in den Präsidentschaftswahlen wenigstens einen Achtungserfolg zu erringen, bleibt die KP bei ihrer traditionellen Linie, „das größere Übel“ zu schlagen. Während sie gegenüber dem farblosen und in Umfragen derzeit zurückliegenden Bewerber der Demokraten, Al Gore, eine durchaus kritische Posi-

tion bezieht, fordert die Partei die Wähler auf, George Bush als dem Bewerber der Republikaner, der ein gigantisches Hochrüstungsprogramm in Aussicht gestellt hat, eine Niederlage zu bereiten.

Wie der stellvertretende Nationale Vorsitzende der KP der USA Jarvis Tyner in der kommunistischen Wochenzeitung „People's Weekly World“ feststellte, ruft die Partei nicht dazu auf, „das kleinere Übel zu unterstützen“, sondern richtet ihre Energien allein darauf, die Drohung von ultrarechts abzuwehren. „Die Republikaner sind den Faschisten ähnlicher und bereit, härtere, repressivere Maßnahmen gegen die Arbeiterklasse und die rassistisch Unterdrückten zu ergreifen. Diese Tatsache ist Grund genug, eine breite Volksallianz zu schaffen, die sich auf die Verteidigung der Demokratie gründet“, erklärte Tyner. Man dürfe die rechte Gefahr und die Wahlchancen von Bush auf keinen Fall unterschätzen. Es mache durchaus einen Unterschied, wer diesmal gewählt werde. Die Orientierung, das „größere Übel“ zu verhindern, gebe der Stimme einen Sinn, ohne die Illusion zu nähren, die Demokratische Partei sei so etwas wie eine „Volkspartei“.

Bei den übrigen Wahlen unterstützt die KP der USA die erfolgreiche Kampagne des Gewerkschaftsdachverbandes AFL-CIO, im Jahr 2000 insgesamt 2 000 den Unions freundlich gesonnene Kandidaten zu nominieren. Außerdem bewerben sich Kommunisten vielerorts um kommunale Wahlämter

S. R.

## Lebenslänglich für Chinas reichsten Kapitalisten

### Kurzer Prozeß

Mou Quizhong, den die Medien der Volksrepublik China als den reichsten Geschäftsmann des Landes bezeichnen, ist jetzt von einem Volksgericht in Wuhan wegen Betruges zu einer lebenslänglichen Freiheitsstrafe verurteilt worden. Mit dieser Entscheidung stellte das Tribunal unmißverständlich klar, daß die Zulassung kapitalistischer Elemente in Chinas gemischter Wirtschaft nicht bedeutet, daß die Bäume der Bourgeois in den Himmel wachsen. Mou, Präsident der Unternehmensgruppe Land, wurde für schuldig befunden, manipulierte Kreditbriefe in großem Stil in Umlauf gebracht zu haben.

Der Multimillionär war wiederholt im Fernsehen aufgetreten und hatte sich als Symbol der „Reform-Ära“ Chinas dargestellt,

die verschiedene Eigentumsformen zuläßt und durch ein erhebliches Anwachsen privatkapitalistischer Investitionen in- und ausländischen Ursprungs gekennzeichnet ist. Mou hatte sich auch durch ambitionöse Projekte der verschiedensten Art hervorgetan. So finanzierte er z. B. mehrere Fußballklubs und sogar eine Polarexpedition. 1989 landete er einen besonderen Trick: Er tauschte 500 Lastkraftwagen und andere Erzeugnisse gegen vier Flugzeuge vom Typ TU-154 aus sowjetischer Fabrikation ein.

Wie die Presse berichtete, machen sich jetzt gewisse Geschäftsleute in China Gedanken darüber, daß ihnen der sozialistische Staat Grenzen setzen könnte.

R. F.

## Markus Wolf unter Wölfen

### In schlechter Gesellschaft

Wenn der Kreml-Astrologe und Berufsantikomunist Prof. Wolfgang Leonhard auf dem Bildschirm erscheint, ist Alarm angesagt: Hier kann nur eine pseudowissenschaftlich verbrämte Schweinerei im Gange sein. Wer sich mit Leonhard zusammen blicken läßt, ist in schlechte Gesellschaft geraten. In dem Film „Die Wolfs“ von Doris Metz, den das Fernsehen der Bourgeoisie am 20. Juli im Hauptprogramm der ARD ausstrahlte, wurde der ideologische Falschmünzer mit akademischem Anstrich als Freund des Markus Wolf vorgestellt und ins Spiel gebracht. Er war es in der Tat, was nicht für heute gelten mußte. hätte man sich da sauber distanziert.

Vornehmlich bediente der Streifen die Familie des bedeutenden deutschen Schriftstellers und Kommunisten Friedrich Wolf, dessen beste Bühnenstücke wohl zu den Dramen unserer Nationalliteratur gehören. Biographische Details - bis zu Seichtem - wurden ausgebreitet. Auch Sohn Konrad Wolf - der Filmemacher und einstige Präsident der Akademie der Künste der DDR - hatte seinen Part. Bedeutendes schimmerte durch. Doch im Kern zielte das Ganze auf dessen Bruder Markus, der gewissermaßen die Rolle des Wolfs unter Wölfen übernahm. Er führte durch die Handlung und posierte - mit seiner dritten Frau Andrea - in einem Geschehen, das zumindest durch einen kräftigen Schuß antikommunistischer Würze seinen Gout bekam. Offenbar fühlt sich der einstige Chef der HVA, der seinen Dienst wohl nicht nur des Bücher-Schreiben-Wollens wegen vorzeitig quittierte, in einem solchen Milieu pudelwohl. Sein lukrativer Vertrag mit dem USA-Verlag Random House (heute Bertelsmann) und die Co-Autorenschaft einer jungen Dame vom konservativen britischen „Chronicle“ beim damaligen Buchprojekt deuteten das an.

Der Film „Die Wolfs“ endet mit einem Familienfest des Clans, das Markus vor seiner „Datsche“ und im Kreis aller Verwandten und Anverwandten zeigt. Man vernimmt, daß die Träger des großen Namens ihre Ideale auf immer verloren hätten und heute „ganz gewöhnliche Bundesbürger“ seien.

Wer sich aus Eitelkeit vom Teufel reiten läßt und als Mitgestalter eines solchen Werkes zur Verfügung steht, ist wohl außerstande, das zu dementieren.

S. R.

## Wer finanziert den Medienkrieg gegen Milosevic?

# „Leuchtturm“ verbreitet Finsternis

„Radio B2-92 ist wieder in der Hand des Volkes“, erklärte ein Genosse der zur Belgrader Regierung gehörenden Jugoslawischen Linken (JUL) Anfang Mai, nachdem die Polizei den Sender abgeschaltet hatte und die Anlagen von patriotischen Kräften übernommen worden waren. Dieser Schritt erfolgte, weil B2-92 wiederholt zum bewaffneten Kampf und zum Sturz der demokratisch gewählten Führung des Landes aufgerufen hatte. Das ist in der BR Jugoslawien genauso strafbar wie anderswo. Groß war das Geschrei der imperialistischen Medien über die „infame Unterdrückungsmaßnahme“ gegen die „unabhängige Nachrichtengebung“ des Senders, der in vorderster Front gegen das „diktatorische Milosevic-Regime“ gekämpft hatte.

Nur am Rande sei hier erwähnt, mit welchen Maßnahmen bis hin zur Inhaftierung von Mitarbeitern die BRD-Regierung einst gegen linke Zeitungen vorging, denen man unterstellte, sie hätten „Appelle zur Gewalt“ veröffentlicht.

Wie es mit der Unabhängigkeit gewisser Medien in Jugoslawien steht, deckt ein Dokument aus der Brüsseler EU-Zentrale vom Herbst 1998 auf. Es handelt sich um das Programm unter der irreführenden Bezeichnung „PHARE“ - so heißt Leuchtturm auf französisch -, für das die EU-Kommission direkt verantwortlich zeichnet. Seine Verwirklichung vollzieht sich im Zusammenwirken mit der CIA-gelenkten Washingtoner Internationalen Entwicklungsbehörde (USAID) und der „Open Society“-Stiftung des Milliardärs, Kommunistenhassers und vermeintlichen „Balkanbefreiers“ George Soros. „PHARE“ zielt auf Schaffung und Ausbau „unabhängiger Medien“ und „Aktionen zugunsten der Pressefreiheit“ in den ehemaligen jugoslawischen Teilrepubliken Mazedonien, Bosnien-Herzegowina und Kroatien, vor allem aber in Serbien und Montenegro, um den „Demokratisierungsprozeß in diesen Ländern zu unterstützen“. Hierbei sind die „vorrangigen Aktionsfelder“: 1. Formierung von „geeignetem“ Personal: Führungskräften, Journalisten und Technikern; 2. Verbesserung der Möglichkeiten für „freie Information“; 3. Erleichterte Verbreitung von Nachrichten und 4. Optimale Gestaltung der rechtlichen Bedingungen zur „Ausübung der Pressefreiheit“. Das will die EU-Kommission mit „direkten Subventionen für Medien und Nichtregierungsorganisationen“ in der genannten Region erreichen. „PHARE“ hat dazu umgerechnet etwa 17 Millionen DM bereitgestellt. Gestützt werden vier allgemeine Ausbildungsprojekte, 1 Vorhaben in Mazedonien, 5 in Bosnien-Herzegowina, 13 in Kroatien und 14 in der BR Jugoslawien. Sehen wir uns einige dieser Projekte etwas näher an: - Da ist z. B. KOHA-Ditore - ein Komplex aus

Zeitung, Radio und Fernsehsender im Kosovo, der vor dem Krieg wegen UCK-Nähe und gezieltem Separatismus von den jugoslawischen Behörden keine Lizenz bekam. Um das zu umgehen, wurden kurzerhand Internet-Kapazitäten und Ausstrahlungsmöglichkeiten über Mazedonien, Satellit und das ANEM-Netzwerk in Belgrad geschaffen. Die Ausbildung von Fernsehpersonal übernahmen die britische BBC und der Sender B2-92. Für das KOHA-TV floß eine Viertelmillion DM aus Brüssel, etwa 100 000 DM kamen von der USAID. Das machte, wie beim Radio, fast das gesamte Budget aus. Denn auch der Hörfunk erhielt eine etwa gleich hohe Summe von den Verfechtern der Pressefreiheit, damit er sein fast nur aus der Wiedergabe albanischsprachiger Sendungen der BBC, der „Deutschen Welle“ und der „Stimme Amerikas“ bestehendes Programm unter das Volk bringen konnte. Dies hat sicher der Vorbereitung des NATO-Angriffs im März 1999 gedient - wobei die Wiedergabe von Fotos zerhackter Puppen als angeblich durch Serben ermordeter Babys ebenso wie die Teilnahme des KOHA-Bosses Veton Surroi an der „Verhandlungsdelegation“ der Kosovo-Separatisten Ende 98 für sich sprachen.

Ein Kernstück der angestrebten „elektronischen Destabilisierung“ der BR Jugoslawien ist die oben erwähnte ANEM. Diese Dachorganisation der Ätherdiversanten hat ihren Sitz in Belgrad, verfügt über 33 Radiostationen in Serbien und Montenegro und begann 1997 mit 16 Fernsehsendern, z. T. via Satellit. Trotz des „Risikos“, angesichts landesverräterischer Tätigkeit wie der Übernahme und Verbreitung der Rundfunk- und TV-Programme der Kosovo-Separatisten mit der Beschlagnahme des Sendernetzes rechnen zu müssen, entschieden sich die Leuchtturm-Betreiber in Brüssel für eine massive Beförderung des Projekts. Angesichts der erhofften Durchdringung der Gehirne von „35-55% der Einwohner Jugoslawiens“ mit NATO-Wahrheiten wurden gleich Millionen locker gemacht - 2,3 Mio Euro von „PHARE“, dazu 2,16 Mio von USAID und ebensoviel von Mr. Soros.

560 000 Pfund steuerte das britische Foreign Office bei, ebensoviel kam vom holländischen Außenamt, „weitere Spender“ legten noch ca. 1,2 Mio obendrauf ...

Es kann nicht verwundern, daß gleich hinter diesem größten Einzelposten der zweitgrößte „Leuchtturm“ für die NATO-Marionette

Djukanovic in Montenegro Finsternis verbreitet. Sein Separatismus soll weiter angefeuert werden. Hier handelt es sich - „stimuliert durch das veränderte politische Klima in Montenegro“, wie es bei „PHARE“ heißt - ebenfalls um ein „Netzwerk“. Es nennt sich „MONTPRESS“/Assoziation unabhängiger Printmedien Montenegros. Hinzu kommt ALIM Local Press/Assoziation unabhängiger lokaler Medien. Zeitungspapier, Computer, Verteilernetze, Druckeinrichtungen, andere Technik ... Mit knapp 1 Mio Euro ist Brüssel bei soviel „Unabhängigkeit“ budgetdeckend zur Stelle, wiederum flankiert von USAID und Soros.

Bei den übrigen Günstlingen der EU-Leuchtturmwärter sieht es ähnlich aus. Erwähnenswert ist hier noch die von BRD-Organen oft und gern zitierte BETA-Nachrichtengeneratur: Daß sie die BR Jugoslawien mit den Meldungen von BBC, Radio Free Europe, Deutscher Welle und ähnlichen Beiträgen zur Wahrheitsfindung überschüttet, „unabhängige Medien“ füttert und den westlichen Agenturen liefert, was sie für ihre antijugoslawische Kampagne brauchen, ist weitere 100 000 Euro wert - für einen Generator, der sie bei Stromausfall störfrei machen soll.

Und das im Westen beweinte Radio B2-92? Seine „koordinierende Rolle im ANEM-Radio/TV-Netz“ brachte den Sender - laut „PHARE“ - an seine „äußersten technischen und infrastrukturellen Grenzen“. Und da die Station „1996/97 in vorderster Front der Massenproteste in Serbien stand“, d. h. seit Jahren zum Sturz der antiimperialistischen und linkspatriotischen Regierung Milosevic aufrief, mußten ihre Kapazitäten mit gut 200 000 Euro aus Brüssel und Zuschüssen aus den anderen trüben Quellen erweitert werden. Diese Art „freier und unabhängiger Information“ ist nun vorbei. Doch ein NATO-höriger Sender in Budapest will das B2-92-Programm nach Jugoslawien ausstrahlen. Die elektronische Aggression nimmt ihren Fortgang.

Werner Hoppe



## Post aus Essen

## Eine Meinung zum „RotFuchs“

Dem Vorstand der Gruppe Berlin Nordost ist ein Brief des DKP-Vorsitzenden Heinz Stehr mit dem Datum des 12. Juli 2000 zugegangen. Das Schreiben wurde auf einer öffentlichen Gruppenversammlung am 25. Juli verlesen. Die Genossin Lena Andrä machte den allgemein akzeptierten Vorschlag, den ungekürzten Text im „RotFuchs“ zu veröffentlichen, da die Meinung des Genossen Heinz Stehr zu unserer Zeitung von allgemeinem Interesse sein dürfte.

*Der Brief hat folgenden Wortlaut:*

„Liebe Genossinnen und Genossen, ich möchte Euch in aller Kürze meine Meinung zum neuen „RotFuchs“ Juni 2000 mitteilen. Daß in dieser Ausgabe Artikel enthalten sind, die informativ und interessant sind, möchte ich zunächst feststellen.

Mit der Art der Berichterstattung über den 15. Parteitag leistet Ihr keinen erkennbaren Beitrag zur notwendigen weiteren Stärkung der DKP, im Gegenteil, Ihr erschwert den Zugang möglicher Sympathisantinnen und Sympathisanten zur Politik und zur Organisation der Deutschen Kommunistischen Partei. Die wesentlichen Inhalte des Parteitages finden sich nicht im „RotFuchs“ wieder. Es fehlen wichtige Ausgaben (soll heißen: Aussagen - R. F.)

des Referats, der Beschlüsse, der gesamten Diskussion. Es gibt keinerlei Information über die Zusammensetzung, Arbeitsweise, Wahlergebnisse oder ausländische Teilnahme. Einzelne Standpunkte, die sich kritisch zur DKP sehen, noch dazu von Rolf Vellay, nicht Mitglied der DKP, können die notwendige Publizierung der positiven Ergebnisse des Parteitaiges nicht ersetzen.

Am 8. Juli wurde ich während einer öffentlichen Veranstaltung der DKP Mecklenburg-Vorpommerns in Schwerin von zwei der insgesamt über 40 Teilnehmerinnen und Teilnehmer auf den „RotFuchs“ angesprochen. Beide vertraten den Standpunkt, daß der „RotFuchs“ und die dort vertretenen politischen Inhalte für sie ein Grund wären, nicht in die DKP einzutreten. Ich teile Euch dies mit, weil die Art der veröffentlichten Leserbriefe einen gänzlich geschlossenen anderen Eindruck hinterläßt, der nicht mit der Realität übereinstimmt. In den Artikeln 'Notizen eines Gastes', 'Notizen einer Delegierten', 'Kernfrage: Bewertung der DDR' und 'In bürgerlichen Pantoffeln zum Sozialismus' wird sich vorwiegend kritisch mit der DKP-Politik auseinandergesetzt, ohne daß diese authentisch dargestellt wird.

Auch diese Ausgabe des „RotFuchs“ bestärkte mich in der Ansicht, daß die Mitglieder der

Gruppe Nord/Ost und die gewählte Gruppenleitung im Sinne der Stärkung der Partei verantwortlich die Frage diskutieren und entscheiden sollten, ob es nicht sinnvoll ist, daß die Zeitung „RotFuchs“ als eine Zeitung eines Autorenkollektivs herausgegeben wird. Es ist keine DKP-Kleinzeitung. Dies nicht (nur) wegen des überregionalen Charakters der Artikel oder der nicht oder kaum vorhandenen Widerspiegelung von Problemen der Menschen in und um Berlin, sondern auch, weil die Zeitung einen Standpunkt widerspiegelt, der sich kritisch zur beschlossenen Politik der DKP definiert.

Mir geht es bei der Wiederholung meines Vorschlages erneut darum, in der Bezirksorganisation Berlin ein Klima dafür zu schaffen, daß auf der Grundlage der beschlossenen Politik des 15. Parteitages jetzt die Hauptaufgabe - Stärkung der Partei - vorbereitet und umgesetzt wird. Berlin bietet günstige Chancen, die DKP schneller zu entwickeln, als es bisher möglich war. Ich bitte Euch, die Beschlüsse des 15. Parteitages mit aller Konsequenz zu unterstützen.

Mit kommunistischem Gruß

**Heinz Stehr**

Vorsitzender der DKP

## Stellungnahme

1. Die Gruppe Nordost hatte damit gerechnet, daß der Parteivorstand die mit hohem persönlichen Einsatz vieler Genossinnen und Genossen verbundene regelmäßige Herausgabe der kommunistischen Zeitung „RotFuchs“ als die DKP voranbringende Initiative bewerten würde. Statt des erwarteten Zuspruchs stoßen wir auf Ablehnung durch den Parteivorsitzenden.

2. Die negative Einschätzung unserer Parteitagsberichterstattung betrachten wir als sachlich nicht gerechtfertigt. Für deren Kriterien bedarf es keiner Vorgaben „von oben“. Es muß vielmehr der Gruppe und ihrer Leitung überlassen bleiben, wie sie den 15. Parteitag be- und auswerten. Einen Rückfall in den politischen Stil der Vergangenheit, als Grundorganisationen reglementierend „zur Seite gestanden“ wurde, sollte es nicht geben. Übrigens hat die UZ, deren Aufgabe eine umfassende Information gewesen wäre, wichtige Dokumente des 15. Parteitags bisher nicht veröffentlicht.

3. Im „RotFuchs“, der linke Kräfte aus Ost und West zusammenführt und zu dessen ständigen Mitarbeitern Kommunisten und Sozialisten mit verschiedenen Parteibüchern sowie derzeit parteilose Marxisten gehören, werden auch weiterhin kritisch-solidarische Stimmen wie die des Ruhr-Bergmannes und Journalisten Rolf Vellay zu Wort kommen. Wir lehnen jede sektiererische Enge ab.

4. Der „RotFuchs“ hat nahezu alle ihm bisher zugesandten Briefe mit inhaltlicher Aussage in

Abhängigkeit von deren Länge ganz oder auszugsweise veröffentlicht. Damit liegt er wesentlich über dem Abdruckniveau der UZ. Bei Artikeln mußte - wie in der Redaktionspraxis üblich - eine Auswahl getroffen werden. Die dem „RotFuchs“ unterstellte Absicht einer Verfälschung der Tendenz der Leserpost zugunsten des Herausgebers weisen wir zurück.

5. Der von Heinz Stehr erwähnte Vorfall in Schwerin hat sich nach uns vorliegenden Berichten folgendermaßen zugetragen: Ein dem PDS-Landesvorsitzenden Helmut Holter politisch nahestehender ehemals leitender Funktionär, der von einem zweiten Genossen begleitet wurde, richtete in der Diskussion heftige Angriffe auf den „RotFuchs“. Er beschuldigte ihn u. a. der Diffamierung der PDS. Dagegen wandte sich der Landessprecher der Kommunistischen Plattform Mecklenburg-Vorpommerns, Ingo Höhmann, der die Argumente der Vertreter des rechten PDS-Flügels widerlegte. Daraufhin verließen die beiden erstgenannten Personen den Raum. Öffentlich getane Äußerungen, der „RotFuchs“ verhindere den Beitritt von Sympathisanten zur DKP, sind uns nicht übermittelt worden. Übrigens: Gerade im Schweriner Raum ist die Nachfrage so groß, daß der RF an Ort und Stelle in einer ständig steigenden Auflage nachkopiert werden muß.

6. Es stimmt, daß der „RotFuchs“ keine Kleinzeitung ist. Er ist jedoch eine überregional verbreitete Publikation der DKP, die sich aus einer Kleinzeitung entwickelt hat.

7. Einer abermaligen Prüfung der Frage, wer

Herausgeber des RF sein soll, bedarf es nicht. Die Gruppe Nordost und ihr Vorstand haben sich unter Wahrung der Forderungen des Statuts und der Normen der innerparteilichen Demokratie erst in diesem Jahr ein weiteres Mal dafür entschieden, daß der „RotFuchs“ als ihr Organ und im Rahmen der DKP erscheinen soll. Sich in letzter Zeit verstärkende Bestrebungen, die Zeitung auszugrenzen, ihre Loyalität gegenüber der Partei in Zweifel zu ziehen und sie aus der DKP hinauszudrängen, halten wir für abträglich und schädlich. Der PV sollte in Betracht ziehen, daß der „RotFuchs“ das durch die Westlastigkeit der UZ im Osten entstandene Informationsvakuum füllen hilft. Auch im Westen und im Ausland besitzt er zahlreiche Leser, die durch ihn mit der DKP in Berührung kommen.

8. Die Methode ständiger Kritik und Selbstkritik ohne Ansehen der Person stellt ein unverzichtbares Mittel der Parteiarbeit dar. Als in der SED der 80er Jahre die öffentliche Auseinandersetzung mit Mängeln und der kommunistische Meinungsstreit weitgehend unterbunden wurden, war ihr politisch-ideologischer Abstieg besiegelt. Inhaltliche Kritik an der Arbeit des PV sollte nicht als persönlicher Angriff oder als Attacke auf die DKP, sondern als wichtiger Beitrag zur Stärkung der Kampfkraft der Partei betrachtet werden.

9. Die Gruppe Nordost und ihre Zeitung „RotFuchs“ werden auch in Zukunft ihren Beitrag zur Einheit der DKP auf marxistisch-leninistischer Grundlage leisten.

Berlin, den 25. Juli 2000

**Vorstand der Gruppe Nordost**

## Briefe an „RotFuchs“



Ich bedanke mich herzlich für die Zusendung der Juli-Ausgabe des „RotFuchs“. (...)

Als gegenwärtig parteiloser Bürger dieses „Rechtsstaates“ habe ich die Beiträge mit Interesse gelesen, insbesondere die Auseinandersetzungen und Gedanken zu Auffassungen linker Autoren bzw. der PDS. Es ist sicher verständlich, daß man nach 40 Jahren Mitgliedschaft in der SED nun nach dem Programm einer Partei und ihr zugrundeliegender Ideologie Ausschau hält, die den eigenen Ansichten am nächsten kommen. Insofern also mein Interesse an bei Euch dargestellten Meinungen.

Wenn Generalleutnant a. D. Handke schreibt, daß sich das „Tor der Freiheit“ für ihn geöffnet hat, so muß ich sagen, daß es sich für mich gerade erst geschlossen hat. Seit vier Wochen bin ich nun im geschlossenen Vollzug, allerdings mit der Aussicht auf offenen Vollzug in den nächsten Tagen.

Von Beginn an spüre ich hier die Solidarität und Verbundenheit aller meiner Freunde, Bekannten und darüber hinaus bekannter, aber mir persönlich unbekannter Genossinnen und Genossen. Dafür allen herzlichen Dank. Im Kampf um Recht und Gerechtigkeit ist noch viel zu tun. Darum betrachte ich den Schluß als ein wesentliches Kriterium.

**Oberst a. D. Günter Strobel, JVA Chemnitz**

Liebe Genossen, ich bin Leser Eurer Zeitung. Sie ist für mich ein wichtiges Instrument im Klassenkampf und in der Partei (Partito della Rifondazione Comunista), deren Mitglied ich bin. Zur Zeit haben wir in Italien eine harte Auseinandersetzung mit den Trotzkisten und dem rechten Flügel der Partei. Wir in der PRC stehen vor einem schweren Kampf, in dem es um die Partei geht oder, besser ausgedrückt, um die Frage: Wird Rifondazione eine kommunistische Partei oder bleibt sie ein Sammelbecken von linken Gruppen. Da ist Eure Zeitung ein Wegweiser für unsere Arbeit.

Mit kommunistischem Gruß

**Harald Göretz, E-Mail**

Ich bin Mitglied der DKP, Bezirk Rheinland, Gruppe Bergisch-Gladbach. Nachdem ich nun einiges über Euch gehört habe, vorwiegend Kritisches, würde ich mir gerne - an der Quelle orientiert - ein Bild von Eurer theoretischen Position machen. Deshalb bitte ich um regelmäßige Zusendung des „RotFuchs“. Ich bin gerne bereit, Euch einen Betrag für die entstehenden Kosten zu überweisen.

Inhaltlich möchte ich zu Eurer Position anmerken, daß wir uns als Kommunisten nicht von unserer Geschichte verabschieden dürfen. Sie gehört zu unserer Identität. Das sage ich, erst ein Jahr in der DKP, obwohl auch bei mir eine eher kritische Haltung zur DDR vorherrscht. Wobei nicht immer leicht zu fassen ist, inwieweit dies durch die ständige bürgerliche Propaganda verursacht wurde. Wir haben hier im Westen im Zusammenhang mit der DDR nur

Mauer und Stacheldraht zu sehen bekommen. Jenen, die trotzdem an ihrer Solidarität zur DDR festhielten, wurde fast durchgängig empfohlen, doch „rüber“ zu gehen. Also, habt Geduld mit uns Wessis, die ihre Revolution immer nur im Kopf gemacht haben, und nicht gezwungen waren, beim Aufbau eines sozialistischen Landes real zu handeln. (...)

**Reiner Engels, Wermelskirchen**

Jeder neue „RotFuchs“ bereitet Freude, gibt Kraft und dringend notwendige Zuversicht. Deutschland befindet sich wieder auf dem katastrophalen Weg. Die einzig mögliche Rettung kann nur die Arbeiterklasse, angeleitet von einer kommunistischen Partei, erkämpfen. Die UZ wirkt dabei leider kontraproduktiv. Ständige Ärgernisse wie das Verfechten von Pazifismus statt Antimilitarismus (...) haben mich das UZ-Abonnement kündigen lassen. Eine DKP, die sich gegenwärtig weit vom Marxismus-Leninismus entfernt, ist für mich als jungen proletarischen Internationalisten schwerlich zu unterstützen. Dennoch gilt es, gemeinsame Aktionen von Kommunisten aus verschiedenen Parteien auszuweiten, die marxistisch-leninistischen Kräfte zu sammeln. Mit ideologisch klaren Positionen zu SED und DDR und gegen Revisionismus und Opportunismus, wie sie von KPD, „offensiv“ und „RotFuchs“ vertreten werden. Dies schreibt ein 100prozentiger „Wessi“, der niemals in der DDR war.

**Carsten Messerschmidt, Hannover**

In der UZ vom 28. 7. äußert sich Sarah Wagenknecht sehr klug zu der „Politik des kleineren Übels“, wie sie in der Zustimmung der PDS-Regierungsvertreter zur Steuerreform zum Ausdruck kommt. Sie erklärt schlüssig, wie eine solche Politik die PDS als Linkspartei ruinieren muß. Zur Frage einer „Schmerzgrenze“, wo die Linken sich von der PDS auf ihrem Weg nach rechts trennen müßten, erklärt sie aber: „Die PDS als soziale Widerstandskraft .. ist viel zu wichtig und viel zu wertvoll, als daß es verantwortbar wäre, sie - durch Schweigen oder durch Austritt - jenen zu überlassen, die ihren Charakter grundsätzlich verändern wollen.“ Schade, daß eine so kluge, kämpferische Frau an diesem entscheidenden Punkt historische Fehler wiederholt, statt aus den Fehlern zu lernen: Die PDS ist eine pluralistische, nicht-revolutionäre Partei, die marxistische Gruppen noch duldet. Dabei greift die Analyse zu kurz, „daß einzelne Funktionäre die PDS (nach rechts) drängen“. Eine ganze Führungsschicht, oder mindestens eine überwältigende Mehrheit derselben, will die PDS „ankommen“ lassen, und es ist eigentlich gleichgültig, wer den „Modernisierer und Querdenker“ gibt, der sich jeweils mit der Forderung nach dem nächsten Schritt nach rechts profiliert. In dieser Hinsicht ist die heutige PDS vergleichbar mit der SPD vor dem Ersten Weltkrieg.

Auch wenn die PDS-Basis erstaunlich widerstetzlich bleibt, kann sie diese Entwicklung punktuell bremsen, aber niemals dauerhaft aufhalten oder gar umkehren. So ist der Parteivorstand in Münster mit dem Angriff auf das pazifistische Programm gescheitert, aber die gleichen Leute, die dort abgewatscht wurden, stellen weiter die Führung und bereiten die nächsten Versuche vor.

Verständlich, aber falsch finde ich auch den Gedanken, die Linken dürften nicht durch ihren Austritt die Basis der PDS der rechten Führung überlassen. Die Basis besteht nicht aus Unmündigen. Stellt man sie vor die Alternative zwischen einer angepaßten und einer revolutionären Partei, so werden die PDS-Anhänger wählen. Davor dürfen Linke keine Angst haben. Schlimm ist es nur, wenn diese Alternative nicht gestellt wird. Dann ist die Basis im Augenblick der Zuspitzung in ihrem Vertrauen in „ihre“ Organisation nicht erschüttert. Die Linke kann dann keine gefestigte Organisation anbieten, und die Basis folgt der alten Führung.

Wieviel besser wäre die Lage der Linken 1918 gewesen, wenn Luxemburg und Liebknecht nicht erst in den Wirren der Revolution die KPD gegründet hätten, sondern die Arbeiter lange vorher ihre Erfahrungen mit beiden Sorten Partei hätten machen können. Im Übrigen möchte ich an eine Umfrage erinnern, über die „RotFuchs“ vor kurzem berichtete. Danach können sich 70 % der PDS-Anhänger vorstellen, daß es Platz für eine Partei links von der PDS gibt. Schieben wir also nicht unsere eigene Unsicherheit der Basis in die Schuhe. (...)

**Fritz Dittmar, Hamburg**

Über den Artikel der „Sowjetskaja Rossija“ zur Lage in Jugoslawien (RF 30) habe ich mich sehr gefreut. Neulich erhielt ich einen lieben Brief von Professor Ristic, der an der „Schule des Friedens“ in Kragujevac lehrt. Dank der Spendenfreudigkeit von Genossen und Freunden der Gruppe Nordost und der BO Berlin der DKP konnte ich im November 1999 und im Frühjahr 2000 dringend benötigte Sach- und Geldspenden nach Kragujevac bringen. Obwohl es dort am dringendsten mangelt, habe ich von meinen serbischen Freunden seit dem Krieg keine Klage gehört; erst auf energisches Bitten erfahre ich ihre bescheidenen Wünsche, wobei ich weiß, daß die Spenden an das Altenheim, das Kinderheim und die Schüler der „Schule des Friedens“ verteilt werden.

Professor Ristic schreibt in dem erwähnten Brief: „Wir haben eine Seele für die ganze Welt, aber die ganze Welt hat leider keine Seele für uns.“

Nun möchte ich im Herbst noch einmal nach Kragujevac fahren und Solidarität erweisen. In den letzten Monaten haben mein Mann und ich etliche Pakete und Geld dorthin geschickt. Im Herbst soll es nun - falls wir wieder Unterstützung bekommen - eine etwas größere Spende werden.

Darum bitte ich alle, die ein paar Mark übrig haben, um ihre Hilfe. Wir sind z. Z. unter der Tel. Nr. 03 83 91/4 38 76 und ab 1. Oktober unter 0 30/9 32 04 12 erreichbar. Unsere derzeitige Adresse lautet: Dorfstr. 58, 18556 Brooge.

**Brigitte und Dr. Martin Dressel, Brooge**

Meine Mutter Berta Brichacek und ich überweisen Euch eine Spende von 2 000 Schilling aus dem Nachlaß meines Vaters Otto Brichacek. Bitte könnt Ihr meiner Mutter künftig auch ein Exemplar des „RotFuchs“ zusenden. (...)

**Dr. Lisl Rizey, Wien**

Durch Werner Hoppe bin ich auf den „RotFuchs“ aufmerksam geworden. Eure Zeitung unterscheidet sich von der UZ durch klare Positionen (die nicht immer von mir geteilt werden) und von den Mitteilungen der KPf der PDS dadurch, daß man bei der Lektüre nicht einschläft (auch wenn die Inhalte meist soweit in Ordnung sind). Ich hätte das Blatt deshalb gern regelmäßig. Wenn der Scheck nicht ausreicht, bitte Nachricht.

Publizistisch-politisch beschäftige ich mich mit der Strafverfolgung der NATO-Aggression gegen Jugoslawien, zuletzt mit dem Beitrag „Deutsche Politiker auf die Anklagebank?!“ im Sammelband des Hamburger Hearings zur Vorbereitung des Europäischen Tribunals in Berlin. Ein zweiter Schwerpunkt ist die Analyse der Staatsschutzpolitik der BRD, zuletzt mit dem Aufsatz „Politik der inneren Sicherheit am Beginn des 21. Jahrhunderts“ in der Ausgabe 3/2000 der Marxistischen Blätter.

**RA Dr. Heinz-Jürgen Schneider, Hamburg**

Liebe „RotFüchse“, seid bedankt, daß Ihr da seid, daß es Euch gibt. Anbei wieder einmal etwas für Eure Unterstützung.

Herzlich,

**Annelie Thorndike, Seebad Bansin**

Eure Artikel und Analysen zum aktuellen politischen Weltgeschehen, besonders aber in Deutschland, können uns älteren Genossen durch keine Tageszeitung ersetzt werden. Wir an der Basis brauchen sie zur Orientierung in dieser scheinbar ruhigen, in Wirklichkeit aber sehr bewegten Zeit. Deshalb laßt Euch den „RotFuchs“ nicht streitig machen, denn er ist gegenwärtig ein nicht ersetzbarer Kompaß für immer mehr Menschen. (...) Uns alte Genossen bedrückt die Sorge um die Vermittlung der geschichtlichen Wahrheit über Vergangenheit und Gegenwart an die heutige Jugend und kommende Generationen. Ihr leistet dabei eine große Hilfe.

**Manfred Wulf, Glauchau**

Vielen Dank für den „RotFuchs“ vom Juni 2000. Die Leserbriefe verraten es: Nicht nur mir gefällt Eure interessante, problemreiche Zeitung. Sicher stimmt nicht immer jeder jedem veröffentlichten Gedanken zu, aber Ihr greift viele wichtige theoretische und tagespolitische Fragen auf und bemüht Euch, sie in einer guten Sprache und mit parteilichen, überzeugenden Argumenten zu beantworten. Setzt diesen Weg fort und laßt Euch dazu viel Erfolg wünschen. Ein paar Briefmarken sollen dabei eine kleine, der Straffrente angemessene Hilfe sein.

**Dr. Günter Hennig, Berlin**

Es ist an der Zeit, daß unsere DKP-Gruppe dem „RotFuchs“ endlich einmal Hochachtung, Anerkennung und Dank für diese in ihrer Qualität und interessanten Vielseitigkeit einmalige Zeitung ausspricht, die konsequent auf marxistisch-leninistischen Positionen steht. Als gut gestaltete niveauvolle Parteipublikation ist uns der „RotFuchs“ zu einem nicht mehr wegzudenkenden ideologischen Rüstzeug geworden.

Wie bei allen Auseinandersetzungen im Klassenkampf gilt auch beim Streit um den „RotFuchs“ die einfache, aber klare Prämisse: Dient er der Sache oder schadet er ihr?

Darauf gibt es eine eindeutige Antwort: Zu den wichtigsten Aufgaben - Entlarvung des heutigen Imperialismus, Kampf gegen Faschismus und Neofaschismus, breite Bündelung aller linken und antifaschistischen Kräfte - leistet der „RotFuchs“ einen hervorragenden Beitrag. Er vermittelt uns wichtige Einsichten, Ansichten, Argumente und Hintergrundinformationen für den konstruktiven, fundierten Meinungsstreit. Er trägt zur Verbreitung, Förderung und Weiterentwicklung unserer marxistisch-leninistischen Weltanschauung bei. Deshalb unsere dringliche Bitte: Macht weiter so! (...) Denkt an Eure begeisterten Leser, deren Zahl mit den Jahren stets gewachsen ist und weiter zunehmen wird. Laßt Euch von kleinlichen Dogmatikern und Pseudorevolutionären aller Couleur, von ewigen Nörglern und Kritikastern, von Besser-Wessis und Besser-Ossis nicht unterkriegen! Zur finanziellen Unterstützung überweisen wir Euch 50 DM.

**Petra Köhler, Alt-Zauche, Vorsitzende der DKP-Gruppe Niederlausitz**

Besonders gefällt mir die in letzter Zeit offensichtliche Tendenz, mehr über andere KPen zu berichten, wenn auch die Erschließung der Quellen sicher manche Mühe bereitet. Sogar als einstiger „Profi“ finde ich mich in der internationalen Bewegung kaum noch zurecht. Anbei etwas Fuchs-Futter.

**Ernst-Otto Schwabe, Berlin**

Obwohl wir noch immer Straffrenter im Rechtsstaat BRD sind - das sollen wir nach dem Willen der Herrschenden dieses Landes offenbar auch bleiben -, übersenden wir Euch 40 Briefmarken a 1,10 DM.

Unser den Marxismus-Leninismus verteidigender „RotFuchs“ darf nicht aus der kommunistischen Presselandschaft verschwinden. Wir brauchen ihn im Kampf gegen den Klassenfeind und seine Macht. Die Juli-Ausgabe hat uns wieder viel Kraft gegeben. Dafür allen Genossinnen und Genossen der Redaktion und des Vertriebs unseren Dank.

**Prof. Willi Opitz, Bernd Kinzler, Potsdam**

Wir haben jetzt in unserer Gruppe eine Möglichkeit gefunden, den „RotFuchs“ zu vervielfältigen.

sodasß 15 bis 20 weitere Exemplare in unserem Revier kursieren.

**Gerhard Müller, Neubrandenburg**

Besonders die Juni-Ausgabe war eine Fundgrube, aus der in der ideologischen Auseinandersetzung mit der sozialdemokratischen Fraktion in der PDS auch in den kommenden Monaten noch immer zu schöpfen sein wird. Nach der intensiven Lektüre der mir bisher zugegangenen Zeitschriften muß ich resümierend feststellen: Ihr macht es mir nicht einfach, die Entscheidung, Mitglied der PDS zu bleiben, nicht zu revidieren. Aber wohl wissend, daß die Gruppe Nordost eben nicht die Gesamt-DKP repräsentiert und es in dieser noch eine Reihe offener Fragen gibt, werde ich vorerst Euer Sympathisant bleiben und versuchen, die DKP von außen kennenzulernen. Sollte sich eines hoffentlich nicht fernem Tages die DKP, oder welchen Namen auch immer eine konsequent marxistisch-leninistische Arbeiterpartei dann tragen sollte, tatsächlich zu

dieser entwickelt haben, wird mein Beitritt nicht auf sich warten lassen. (...) Im Moment bin ich, nach dem Eintritt der Arbeitslosigkeit mit dem Umzug in meine Heimatstadt Dessau befaßt und würde gerne die Anschrift der dortigen DKP-Gruppe wissen.

**Harald Puff, Trier**

Ein besonderes Kompliment möchte ich Euch zum Leitartikel in der Juni-Ausgabe („Neue 20-Prozent-Partei?“) machen. Ich meine, daß dieser Beitrag eine gute Grundlage für zukunftsorientierte Diskussionen und Richtungsfestlegungen sein dürfte. Hoffentlich wird er von der Basis auch als solche erkannt.

Da ich bisher noch nichts über die Finanzierung des „RotFuchs“ gehört habe, möchte ich mich mit einer Spende von 100 DM beteiligen.

**MR Doz. Dr. sc. med. Erhard Thomas, Berlin**

Vielen Dank für die Übersendung eines Exemplars Eurer Zeitschrift. Wir sind an weiteren Nummern interessiert und freuen uns darauf.

Von Wilhelm lege ich seinen Lebensbericht bei. Vielleicht habt Ihr dafür einmal Verwendung.

**Anna-Maria Fitzner, Wichsenstein**

*Bemerkung der Redaktion:*

*Wir bedanken uns herzlich für das interessante Buch Wilhelm Fitzners „In sowjetischer Kriegsgefangenschaft - als deutscher Offizier im Umerziehungslager“, das die Treue des Autors zu den kommunistischen Idealen, mit denen er in der UdSSR in Kontakt kam, bekundet.*

Liebe „RotFüchse“, ungeduldig warteten wir schon auf Informationen über den 15. Parteitag. Durch die UZ im Vorfeld nur spärlich über Hauptinhalte einiger Bezirkstagungen, durch ND und „junge Welt“ allgemeiner informiert, war das Resultat in etwa vorstellbar. Der zu vielen Worte sind genug gewechselt. Welche „Taten“ sind nun anvisiert? (...)

Manfred Sohn hat m. E. in der „Kernfrage-Diskussion“ den Finger drauf: Klare Priorität der ideologischen Arbeit, straffe Organisation auf der Grundlage des demokratischen Zentralismus, geschlossenes Handeln der Partei zur Erreichung eines hohen marxistischen Niveaus mit Anforderungen, wie sie Ulrich Huar auf S. 15 zum Erbe Lenins nach Gramsci in fünf Punkten verdeutlicht.

„Was tun?“ „Womit beginnen?“ waren einige der ersten Arbeiten von Lenin zum Parteaufbau. Zweifellos mit dem Ziel der Verbreitung der Theorie der Arbeiterklasse. Das setzte die Beantwortung von tausend Fragen und damit die Konstituierung der Avantgarde, die diese Aufgabe übernahm, in Gang. (...)

Die Hauptfrage bleibt eben, wie eine revolutionäre Partei ihre Massenpublikation und deren Konsens organisiert. Deshalb wieder etwas Futter für unser emsiges Tier.

**Ingeborg Böttcher, Altlandsberg**

Am 6. Juli nahm ich als Gast an der Versammlung der DKP-Gruppe Dresden teil, wie auch Mitglieder der KPD und derzeit parteilose Kommunisten. (...) Das Einende muß Grundlage kameradschaftlicher Zusammenarbeit - und zwar auf allen Ebenen - sein. Wenn wir

uns alle zur dialektischen Methode und zum historischen Materialismus von Marx, Engels und Lenin bekennen, dann sollte auch eine gemeinsame Sprache gefunden werden, um bestehende Meinungsverschiedenheiten zu überwinden. Der Leserbrief von Manuel Soler im Juni-„RotFuchs“ findet deshalb meine Unterstützung. Packen wir's an.

Ich gehe davon aus, daß der DKP-Parteivorstand den Brief des Vorsitzenden der KPD an den 15. Parteitag der DKP mit dem Angebot zur kameradschaftlichen Zusammenarbeit und Aktionseinheit noch positiv beantworten wird.

**Gerd Hommel, Dresden, Vorsitzender des Revolutionären Freundschaftsbundes e. V. (RFB)**

Ein herzliches Dankeschön für die regelmäßige Zustellung der Zeitschrift, die wir immer mit Vergnügen lesen. Anbei ein paar Briefmarken.

**Familien Morche und Miksch, Golchen**

Einige Leserbriefe im „RotFuchs“ Nr. 30, welche sich im Grunde mit dem derzeitigen Zustand unserer Partei befassen - vor allem der von Matthias Bublitz -, veranlassen mich, einiges aus meiner Sicht dazu zu schreiben. Erfahrungen aus langer SED- und wesentlich kürzerer PDS-Mitgliedschaft haben mir gezeigt: Veränderungen sind nur zu erreichen, wenn man integrierter Teil einer Gruppe Gleichgesinnter ist. Die Stellung Außenstehender, die von Verantwortung völlig frei sind, ist gänzlich anders. Deshalb habe ich vor rund sieben Jahren Kontakt zur DKP aufgenommen und bin ihr beigetreten, obwohl die Auseinandersetzungen zwischen Genossen damals keineswegs weniger intensiv waren.

Heute ist die DKP-Gruppe Berlin Nordost meine politische Heimat, denn wer, wenn nicht Kommunisten, die sich auf marxistisch-leninistischer Grundlage kritisch-konstruktiv mit der Politik der Partei auseinandersetzen, kann die DKP voranbringen? Natürlich ist Kritik immer schmerzhaft. Wer läßt sich schon gerne kritisieren? Aber niemals - und ich betone dieses niemals nachdrücklich - sollte es zu solchen Äußerungen wie in der von Matthias Bublitz miterlebten Bezirksversammlung kommen. (...) Ich bin der Meinung: Jene, welche es sich zur Aufgabe gestellt haben, den Marxismus-Leninismus in schwierigsten Zeiten zu bewahren, brauchen und verdienen alle Unterstützung, die man zu geben in der Lage ist. Wenn allerdings gewisse Versuche, den „RotFuchs“ aus der DKP hinauszudrängen, Erfolg haben sollten, und wenn es nicht mehr möglich ist, marxistisch-leninistische Positionen auf diese Weise in einer Zeitung der Partei zu verbreiten, dann wäre für mich der Punkt erreicht, die Mitgliedschaft in der DKP zu überdenken.

**Jürgen Thiele, Berlin**

Als Anlage findet Ihr einen VR-Scheck über 50 DM. Das Geld soll der Unterstützung Eurer ausgezeichneten Arbeit dienen. Hätten doch alle Publikationen der Partei - insbesondere die UZ und die Marxistischen Blätter - nur fünfzig Prozent Eures Niveaus, dann wären wir ein gutes Stück weiter!

**Michael Opperskalski, Köln**

In meinem persönlichen Umfeld kenne ich (außerhalb der DKP) etwa 25 Kommunisten, z. T. parteilos, z. T. in der PDS. In Gesprächen zeigen sie derzeit keine Bereitschaft, der DKP beizutreten. Dafür gibt es mehrere Gründe. Zuerst Resignation. Diese jedoch nicht nur wegen der weiterwirkenden Niederlage der sozialistischen Revolution, unter der sie nach wie vor leiden, sondern auch, weil die DKP - vor allem im Urteil älterer Genossen - in bestimmten Fragen keine klar umrissene marxistisch-leninistische Position anbietet. Das betrifft vor allem die zögerliche Haltung einiger führender DKP-Genossen zur DDR als der größten Errungenschaft der deutschen Arbeiterklasse und zur SED als bedeutendster revolutionärer Kraft von 1946 bis 1985. Sie unterscheiden sich offenbar nicht allzu sehr von der in PDS-Führungskreisen vertretenen Auffassung, befürchten manche. Mit den „Sozialismus-Vorstellungen“ finden wir z. B. bei gestandenen Marxisten im Osten keinen Anklang.

Zweitens glauben Kommunisten in der PDS, daß sich dort ein größeres politisches Wirkungsfeld hätten als in der DKP. Das ist für uns ungünstig, denn wir brauchen in der DKP gerade marxistisch gebildete und kämpferische Kommunisten.

Drittens sind da jene, die einen neuen Anfang suchen. Aber auch bei ihnen rufen manche Dokumente und Beschlüsse der DKP Erstaunen hervor. Wenn wir die Partei quantitativ stärken wollen, müssen wir zuerst qualitative Bedingungen erfüllen: Wir müssen klare marxistisch-leninistische Positionen ausfechten und einheitlich beziehen. Es tut weh, bisweilen hören zu müssen, auch in der DKP sei nicht immer das drin, was draufstehe.

Schließlich: Es müßte unserer Zentrale zu denken geben, daß der „RotFuchs“ im Osten zehnmal mehr Leser erreicht als die UZ, obgleich er das ursprünglich gar nicht wollte.

**Dr. Norbert Pauligk, Schwerin**

Von Wolfgang Metzger erhielt ich den wirklich informativen „RotFuchs“. Als alter KPD-Genosse (82) bin ich nicht mehr dazu imstande, aktiv zu wirken. Da mich aber alles weiterhin interessiert, würde ich mich freuen, ab und zu den „RotFuchs“ zu bekommen. Zur Finanzierung lege ich einen Spendenscheck bei. Macht weiter so, Ihr seid auf dem richtigen Weg.

**Hugo Stephan, Hamburg**

Als erstes will ich Euch Dank sagen für die so überaus informativen Beiträge. Dafür, daß Ihr die Fahne von Karl Marx und Lenin hochhältet, was nach dem Niedergang der Deutschen Demokratischen Republik nicht einfach ist. Es gehören Mut und ein unerschütterlicher Glaube dazu, vor allem aber das Wissen um die Zusammenhänge. (...) Um ein richtiger Kommunist zu sein, fehlen mir der Mut und der Kampfgeist, was ich an Euch so sehr bewundere. Meine Solidarität gilt aber allem, was gegen Ausbeutung und Unterdrückung gerichtet ist. Darum habe ich bis jetzt über 25 Jahre lang kontinuierlich Monat für Monat bei der Hilfsaktion Vietnam (HAV) meinen Beitrag zur Linderung der Not dieser gequälten Menschen geleistet,

gegen die Amerika mit außergewöhnlicher Brutalität Krieg führte.

Vor 1989 hatte man ja eine Orientierung. Die ist leider vollends verlorengegangen. Aber da ist nun diese Zeitung - der „RotFuchs“. Ich kann gar nicht sagen, wie wohl es einem tut, daß Ihr jetzt da seid. Alle Artikel lese ich von vorn bis hinten mit großem Interesse. Damit der „RotFuchs“ auch weiterhin lebensfähig bleibt, anbei 30 Mark in Briefmarken.

**Heinz Schulz, Bad Kissingen**

Welche Freude: Heute kam der neue „RotFuchs“. Habe schon etliches mit großem Genuß gelesen. Mit Begeisterung!!! Alle Artikel sind mir sooo genehm. Aus Übereinstimmung. Es ist manchmal arg mit den Westlinken - ich bin froh, daß ich das Lesen gelernt habe.

Trotz allem - wir bleiben optimistisch, wobei wir den Krug beobachten, der zu viel zum Brunnen geht. Ich kann dem „RotFuchs“ nur danken.

**Ursula Siegmayer, Pforzheim**

Wir möchten uns herzlich für die Gestaltung und den Inhalt des „RotFuchs“ bedanken. Mit Spannung erwarten wir immer die neuen Ausgaben, die uns in den politischen Ansichten bestärken. Angesichts der großen finanziellen Ausgaben, die bei Erarbeitung, Herstellung und Vertrieb des RF entstehen, möchten wir Euch eine Spende (Verrechnungsscheck über 100 DM) zukommen lassen.

**Erika und Roland Mehnert, Mitglieder der DKP-Gruppe Chemnitz**

Herr Holter aus Mecklenburg-Vorpommern hat gefordert, die Arbeit der Unternehmer mehr zu würdigen und das DDR-Klischee vom „Mann mit dem großen Auto und der dicken Zigarre“ zu zerstören. Daß Unternehmer auch hart arbeiten, und wenn es um Profit geht hin und wieder Arbeitsplätze schaffen, ist nur natürlich. Doch ihre Arbeitsergebnisse sind nicht auf das Wohl der Beschäftigten, sondern auf die Mehrung des privaten Eigentums gerichtet. Das kommt dem einstigen Parteihochschüler Helmut Holter wohl nicht in den Kopf. Mittlerweile ist in der PDS eine Riege am Ruder, die in der DDR alle Vergünstigungen in Anspruch nahm, heute aber nichts anderes im Sinn hat, als die Würde der DDR-Bürger in den Schmutz zu treten.

**Michael Kommol, Halle/Saale**

Für die kontinuierliche Zusendung des „RotFuchs“ möchte ich mich bei Euch herzlich bedanken. Damit die Bestände nicht ausgehen, denn Reserven werdet Ihr kaum bilden können, lege ich Briefmarken im Wert von 90 DM bei. Es ist doch so wichtig, daß der „RotFuchs“ in allen Hauptrichtungen aufklärt und gegen Rückständigkeit und geistige Entwaffnung wirken kann.

**Horst Schattat, Bruchmühle**

Eine Bemerkung zum Juli-Leitartikel über den „Moralischen Riesen“: Er spricht Verstand und Gefühl an und hebt das absolut Außergewöhnliche auf die normale menschliche Ebene.

**Ernst Heinz, Berlin**



Herzlich gratuliert der „RotFuchs“ dem Genossen **Rainer Rupp** - Kundschafter des Friedens - zum doppelten Anlaß: zu seiner endlich erfolgten **Freilassung** und zum **55. Geburtstag** am

21. September.

Lieber Rainer, wir wünschen Dir weiterhin Mut und Standhaftigkeit für unsere Sache, Glück im persönlichen Leben und viele kluge publizistische Beiträge.

Die Zahl der **Geburtstagskinder** aus unseren Reihen nimmt kein Ende. Diesmal sind **Hans und Dieter** die Jubilare. Herzlichen Glückwunsch!

**Veranstaltungen des Marx-Engels-Clubs der DKP Berlin** (im alten ND-Gebäude, Franz-Mehring-Platz 1)

Am **6. September 2000**, um 19.00 Uhr: **10 Jahre politische Strafverfolgung**. Über den Kampf der Kundschafter des Friedens für ihr Recht spricht **Dieter Popp** (Bonn), anschließend Diskussion

Am **20. September 2000**, um 19.00 Uhr: **Chile 1970 - Chile 2000**. Vom Sieg Salvador Allendes bis zum Ringen um einen Prozeß gegen Pinochet. Erinnerungen, Dokumentation, Diskussion, Videofilm

Redaktionsschluß dieser Ausgabe war der 8. August.  
Nächster Redaktionsschluß: 8. September 2000.

## TERMINE & VERANSTALTUNGEN

**Nordost in Klausur** - solidarische Gespräche in aufgelockerter Atmosphäre von Mitgliedern, deren Partnern und engeren Sympathisanten bei delikatem Mittagessen und Kaffee mit Kuchen im „Schafstall“ des Reithofes Helkenau (Ortsteil von Börnicke, von der Straße zwischen Bernau und Blumberg in Elischnau/Sendeturm abbiegen) am **Sonnabend, dem 23. September 2000 von 11.30 Uhr bis 15.30 Uhr**.

Abholung von Nichtfahrern am Bahnhof Bernau und Rücktransport dorthin werden organisiert.

Unkostenbeitrag pro Person: 30,00 DM, Zuschuß für Gruppenmitglieder, die Bezieher kleiner Einkommen sind, ist möglich.

**Anmeldung bis 18. 9.** bei Genossen **Jürgen Thiele** (Tel: 0 30/ 9 81 56 74)

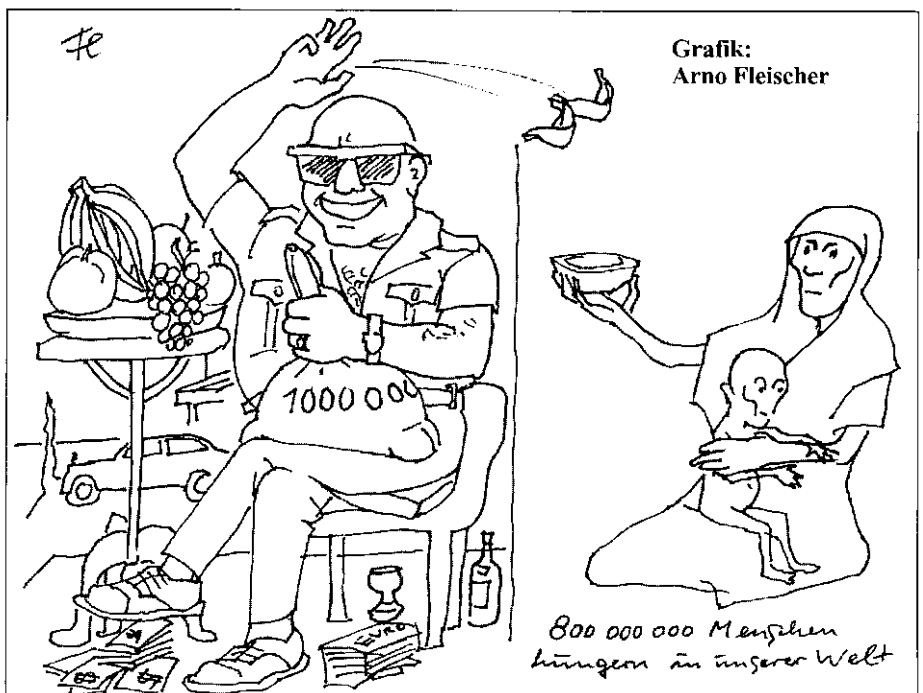
Wir laden alle „RotFuchs“-Leser, alle Mitglieder, Freunde und Sympathisanten unserer Gruppe zur **Konferenz „Imperialismus und antiimperialistischer Kampf im 21. Jahrhundert“** am **28. und 29. Oktober 2000** (Beginn: Sonnabend um 10.30 Uhr, Sonntag um 9.00 Uhr) in den Blauen Salon des alten Berliner ND-Gebäudes am Franz-Mehring-Platz 1 ein.

Die **Hauptreferate** werden von **Harpal Brar** (Southall, England), **Michael Opperskalski** (Köln), **Karl-Eduard von Schnitzler** (Berlin), **Prof. Dr. Ulrich Huar** (Berlin), **Dr. Klaus Steiniger** (Berlin) und Generalmajor a. D. **Dr. Gerhard Niebling** (Groß Dölln) gehalten. Anschließend Debatte.

Teil des Programms ist eine Podiums- und Publikumsdiskussion „Antiimperialistische Kämpfe in Asien, Afrika und Lateinamerika, antiimperialistische Zusammenarbeit und internationale Solidarität“.

Unter den ausländischen Gästen befindet sich **Léonie Abo** (Kongo), Kampf- und Lebensgefährtin von Pierre Mulele, der nach dem Tod Patrice Lumumbas in den 60er Jahren den bewaffneten Widerstand gegen die Unterdrücker seines Volkes anführte (s. Foto).

**Veranstalter** der Konferenz sind die Zeitschriften „RotFuchs“ und „offensiv“



### IMPRESSUM

HERAUSGEBER: DKP Berlin-Nordost  
REDAKTEUR (ViSdP):  
**Dr. Klaus Steiniger**  
Teterower Ring 37  
12619 Berlin  
Tel. (030) 56 13 404  
LAYOUT: K. Uwe Langer

### STÄNDIGE MITARBEITER:

**Lena und Kurt Andrä,**  
**Eberhard Bock**  
**Matthias Bublitz**  
**Wolfgang Clausner**  
**Dr. sc. Gerhard Feldbauer**  
**Arno Fleischer**  
**Walter Florath**  
**Ernst Heinz**

**Heinz Herresbach**  
**Werner Hoppe**  
**Prof. Dr. Ulrich Huar**  
**Dieter Itzerott**  
**Monika Kauf,**  
**Gerda Klabbuhn**  
**Prof. Dr. Eike Kopf**  
**Wolfgang Metzger**  
**Dr. Annemarie Mühlefeldt**  
**Frank Mühlefeldt**

**Armin Neumann**  
**Dr. Norbert Pauligk**  
**Rainer Rupp**  
**SHAHAR**  
**Harry Schmitt †**  
**Karl-Eduard v. Schnitzler**  
**Dr. Hartwig Strohschein**  
**Herbert Thomas**  
**Dr. Ing. Peter Tichauer**  
**Rolf Vellay**

Die in namentlich gezeichneten Beiträgen zum Ausdruck gebrachten Auffassungen und Wertungen müssen nicht immer mit denen der Redaktion übereinstimmen.